

6. HEFT / JUNI 1906

WILLEM HUBERT VLIEGEN · PRINZIP UND PRAXIS IN DER NIEDERLÄNDISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

I
DER jüngste Parteitag der Sozialdemokratie Hollands, der in den Ostertagen zu Utrecht abgehalten wurde, hat eine schwere Hand gehabt. Er hat eine Anzahl Genossen mit mehr als deutlichen Worten zur Ordnung gerufen und damit die Partei in eine Kampfesstellung gebracht, in welcher man sie so bald nicht erwartet hatte.

Dem aufmerksamen Beobachter musste es schon seit langem auffallen, und im letzten Jahre war es niemandem ein Geheimnis mehr, dass es der niederländischen Sozialdemokratie nicht gut ging. Ihre Werbekraft schien gemindert, ihre Propaganda durch eine grosse Unsicherheit in ihrer Taktik gelähmt, so dass sich ein starkes Gefühl der Unbefriedigtheit, der Unzufriedenheit mit sich selbst der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter bemächtigte. Wie gewöhnlich, trat das auch in der sehr grossen Zahl von Streitigkeiten zu Tage, die oft einen Umfang und einen Charakter annahmen, dass sie in der bürgerlichen Presse für eine wahre sozialdemokratische Skandalchronik Stoff lieferten. Wohl bestanden die Skandale nur aus den vielen bösen Worten, welche gewechselt wurden; wenn aber die bürgerlichen Organe durch ihre Wiedergabe nach aussen den Eindruck erwecken können, dass die Partei des Proletariats eine Gruppe von Zänkern und von Leuten sei, die Böses reden wider ihren Nächsten, verliert die Partei naturgemäss viel von ihrer Anziehungskraft für die Massen, und damit ist ihr Wachstum gefährdet. Ist dann die Position der Partei noch so, dass sie von beiden Seiten von zwei nicht zu unterschätzenden Gegnern hart bedrängt wird, welche beide eine gewisse Anziehungskraft auf manche Arbeiterschichten ausüben, wie das in Holland bei den Anarchisten und den fortschrittlichen Demokraten der Fall ist, so wird ihre Lage dadurch auch nicht leichter. Und weil die einzige Macht, welche die grösstmögliche Sicherheit für die kräftige Vertretung der proletarischen Interessen bietet, nur eine starke sozialdemokratische Partei sein kann, ist es selbstverständlich, dass durch diese Lage die

Interessen des Proletariats geschädigt werden. Es ist also begreiflich, dass mancher niederländische Sozialdemokrat, der Land und Leute kennt, voller Sorge war.

Glücklicherweise bot uns die politische Lage des Landes einen Punkt, auf den alle Kräfte sich vereinigen konnten: das allgemeine Wahlrecht. Dieses Bindemittel hat viel Böses verhütet, und die jährliche Demonstration für das allgemeine Wahlrecht war denn auch zweifellos immer der Glanzpunkt der Bewegung; die Agitation für sie stellte die notwendige Verbindung der sozialdemokratischen Partearbeit mit den wirklichen politischen Verhältnissen her. Indessen ist die Wahlrechtsbewegung da, wo die Entrechtung nur einen Teil des Proletariats trifft, und wo die bessersituierten Arbeiter das Wahlrecht haben oder es bekommen können, wenn sie sich die Mühe nehmen, es zu fordern, etwas anderes, als die Wahlrechtsbewegung in einem Lande, wo das bestehende Wahlrecht das Proletariat völlig rechtlos macht. In Holland ist das Wahlrecht ungefähr an die gleichen Voraussetzungen geknüpft, wie in England, nur dass bei uns die Arbeiter noch über eine Anzahl Mittel mehr verfügen, es zu erlangen. In Holland ist jedermann Wähler, der eine direkte Staatssteuer zahlt; nur bei der Grundsteuer ist ein Minimalsatz für die Erlangung des Wahlrechts festgesetzt, 1 Gulden pro Jahr. Die Veranlagung zu einer anderen direkten Staatssteuer (Personal-, Einkommen- oder Gewerbesteuer) gibt, sobald die Steuer bezahlt ist, ohne weiteres das Wahlrecht. Ferner kann Wähler werden jeder, der eine Wohnungsmiete in einem bestimmten Betrage bezahlt, welche von 0,80 Gulden in den kleinsten bis zu 2,50 Gulden in den grössten Orten aufsteigt; jeder, der einen festen Lohn verdient, der mindestens 300 Gulden pro Jahr in den kleinsten, 550 Gulden in den grössten Gemeinden betragen muss; jeder, der ein bestimmtes Examen abgelegt hat (in der Liste der das Wahlrecht verschaffenden Examen steht zum Beispiel die Unteroffiziersprüfung im Heere und ziemlich alle Prüfungen für irgend einen öffentlichen Posten); jeder, der 50 Gulden auf der Sparkasse hat. Aber — alle diese nicht zu einer direkten Staatssteuer veranlagten Männer müssen sich für die Wahlliste anmelden. Da spielen nun der fürchterliche Indifferentismus und der Anarchismus ihre böse Rolle. Bei weitem nicht alle, welche Wähler sein könnten, sind es. Selbstverständlich aber ist, dass diejenigen, welche zu gleichgültig sind, Wähler zu werden, wenn gleich sie es sein könnten, auch zu gleichgültig sind, um für die Erweiterung des Wahlrechts zu kämpfen. Was noch aus dem geltenden Wahlgesetz zu machen wäre, geht aus folgenden Ziffern hervor: Im Jahre 1904 gab es in Holland 670 251 Wähler. 1905 war das Wahljahr, die politischen Parteien bearbeiteten nun ihre Gesinnungsgenossen tüchtig, um sie zu bewegen, sich für das Wahlrecht anzumelden. Und dadurch stieg nun im Jahre 1905 die Wählerzahl auf 750 550 oder von 24,9 auf 27,5 % der männlichen Bevölkerung des Landes. Während in dem Jahre die Bevölkerung nur um 1,5 % anwuchs, stieg die Wählerzahl um 12 %. Nun fand aber dieser Ansturm neuer Wähler nur in den Wahlkreisen statt, welche von den Parteien als unsicher angesehen wurden. Die vielen Kreise, welche im sicheren Besitzstand irgend einer Partei sind, kamen für diese Agitation fast gar nicht in Betracht.

Die Wahlrechtsbewegung ist bei dieser Lage der Dinge für uns ebensogut eine politische Notwendigkeit, wie anderswo. Die proletarischen Grundsätze for-

dern, dass alle Proletarier als vollwertige Bürger gelten. Das Wahlrecht selbst ist das beste Heilmittel gegen die politische Gleichgültigkeit. Aber dies alles zugegeben, kämpft gegen einen derartigen Rechtszustand doch nicht eine Masse an, die sich durch ihn erniedrigt und rechtlos fühlt, die Rechtlosigkeit als ein bitteres Unrecht empfindet und um diesen Einsatz eine revolutionäre Aktion führt. Immerhin ist es der sozialdemokratischen Partei gelungen, in den Jahren 1897 bis 1901 die Wahlrechtsfrage akut zu machen. Dafür ist sie aber seitdem nicht mehr die einzige Vorkämpferin für das allgemeine Wahlrecht. Die fortschrittlich-demokratische Partei bildete sich aus einer Minderheit, welche aus der liberalen Partei ausgeschieden war, weil diese bei den Wahlen von 1901 die Wahlrechtserweiterung nicht für dringend erklären wollte. Vor den Wahlen des Jahres 1905 schlossen dann die fortschrittlichen Demokraten ein Bündnis mit den Liberalen ab; in dem gemeinschaftlichen Programm stand jetzt die Verfassungsrevision: man verpflichtete sich nicht, das allgemeine Wahlrecht in die Verfassung aufzunehmen, sondern nur auf einen Blankoartikel, der das allgemeine Wahlrecht zulässt, sobald sich dafür eine Mehrheit im Parlament findet. Wie dem aber sei, die sozialdemokratische Partei ist nicht die einzige Trägerin des allgemeinen Wahlrechtsgedankens. Immerhin hat der Kampf für ihn vielem Unheil vorgebeugt, und ausser diesem Kampf konnte die Partei nicht viel leisten.

Sieht man auf die Gegenstände, um die sich im letzten Jahrzehnt in Deutschland all die grossen politischen Kämpfe entspannen, in denen die deutsche Sozialdemokratie sich so wunderbar geschlagen hat, so ist fast stets die Reaktion der Angreifer, die Sozialdemokratie in der Verteidigung gewesen. Man denke an die Angriffe auf das Koalitionsrecht, das Umsichgreifen des Militarismus, die Justizskandale, die Steuerpolitik u. s. w. Es sind die besitzenden Klassen, welche immer reaktionärer werden, die Volksrechte schmälern und die Volkslasten erschweren. Unter diesen Umständen ist der direkte Einfluss der sozialdemokratischen Partei auf die Landesgesetzgebung gering. Ihre positiven Forderungen haben keine Aussicht auf Annahme, man stellt sie mehr deshalb auf und propagiert sie, um den Regierenden den Unwillen des Volkes vor Augen zu führen und die Massen weiter zu revolutionieren.

In Holland kam infolge des klerikalen Wahlsieges im Jahre 1901 das Ministerium Kuyper ans Ruder. Dieses Ministerium arbeitete nach deutschem Regierungsmuster, und die sozialdemokratische Bewegung antwortete natürlich auf diesen Druck mit Gegendruck. Das Ministerium Kuyper schränkte das Koalitionsrecht ein und rief dadurch die heftigen Apriltage des Jahres 1903 hervor. Der Generalstreik trieb damals das ängstliche Bürgertum scharenweise in die Arme der Regierung. Kuyper wurde nun übermütig, trieb eine unverschämt reaktionäre Schulpolitik, machte dem Militarismus einen guten Tag — in vier Jahren stieg der Militäretat um mehr als 20 % —, trieb den Nepotismus bei der Verschenkung der Posten weiter, als vernünftig war, tastete auf allerlei Weise die Freiheit der Beamten an und liess dabei die vier Jahre seiner Ministerschaft vorbeigehen, ohne auch nur die kleinste soziale Reform zu stande zu bringen. Dabei rief er durch seine Gegenüberstellung von *Christen* und *Heiden* einen wahren Entrüstungssturm hervor und trieb alle seine Gegner zu einem Haufen zusammen. Aber was geschah nun? In Deutschland hat solcher Politik gegenüber niemand Rückgrat, als die Sozialdemokratie. Die bürger-

liche Linke ist schwach, und ausserdem ist der Reichstag nicht die regierende Macht, während in Holland die Kammer unbeschränkte Gewalt über die Regierung ausübt. So bietet die deutsche bürgerliche Linke der Reaktion keinen bedeutenden Widerstand. In Holland erhob sich dagegen die liberale Partei mit einer fast unwiderstehlichen Kraft. Im Wahlkampf von 1905, wo es hiess *Gegen Kuyper!*, da war es nicht, wie in Deutschland, wo nur eine grosse sozialdemokratische Oppositionspartei der Reaktion entgegentritt, und daneben dann noch ein paar kleine Gruppen von oppositionellen Freisinnigen, welche fast nicht mitzählen, so dass die Sozialdemokratie die Hauptmacht der Opposition ist. Bei uns waren die Liberalen die grosse Oppositionspartei, welche Kuyper stürzen musste. Die Sozialdemokratie konnte es nicht, sie hätte ja doch keine Regierung bilden können. Wer also nichts weiter, als Kuyper los werden wollte, stimmte mit den Liberalen, und ihnen fiel also die ganze neutrale Mittelschicht zu. Daher fielen die Wahlen trotz unserer sehr energischen Agitation für die Sozialdemokratie ungünstig aus. Die Zahl unserer Abgeordneten sank um 1; wir verloren 2 Sitze und gewannen nur 1. Wohl stieg unsere Stimmenzahl von 39 000 auf 65 000, aber auch die Wählerzahl und vor allem die Wahlbeteiligung war 1905 viel grösser gewesen, als 1901. Die vereinigten Liberalen hingegen gewannen 11 Sitze, kamen von 34 Mandaten auf 45.

Kuyper war gestürzt. Aber, wie das fast immer nach sehr heftigem Kampfe der Fall ist, der einen befriedigenden Abschluss erreicht hat: es trat eine grosse politische Windstille ein. Die liberale Partei bildete eine Regierung aus geschickten, wenig kampflustigen Leuten, von denen nicht im mindesten zu erwarten ist, dass sie, sei es der Linken, sei es der Rechten, viel Agitationsstoff geben werde. Das ganze Land hat aufgeatmet, und die warme Sympathie, mit der die begrüsst wurden, die Kuyper gestürzt haben, macht sich noch heut allerwegen bemerkbar. Die Regierung hat zwar keine Mehrheit in der Kammer: nur 45 von den 100 Sitzen sind durch Liberale aller Art besetzt, und das ist eine bunte Gesellschaft. Aber selbst die Klerikalen machen sich keine Illusion darüber, dass, wenn man das Ministerium jetzt stürzen würde, der Gewinn bei den Neuwahlen nicht für sie sein würde. Und für uns wäre er auch nicht. Was das Bürgertum in einem Lande, wie Holland, zu allererst verlangt, ist bürgerliche Freiheit und Ruhe. Und der Sturz Kuypers hat ihm beides wiedergebracht.

II

BETRACHTEN wir jetzt die Lage der Sozialdemokratie! Die Regierung Kuypers hat uns zeitweise in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Volksrechte und Freiheiten waren gefährdet — die Sozialdemokratie auf dem Posten, um das Bedrohte zu verteidigen. Aber solche Zeiten sind gewöhnlich für die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft ganz unfruchtbar, und wäre es nur wegen der Feindschaft, in welcher sie zur Parlamentsmehrheit und zur Regierung steht. In Ländern, wo Parlamentsmehrheit und Regierung zweierlei sind, mag das anders sein, in parlamentarischen Ländern, wo die Regierung gänzlich eins ist mit der Parlamentsmehrheit, ist es so. In solchen Zeiten ist die Taktikfrage sehr einfach. Man hat dann sehr wenig über seine eigene Taktik zu bestimmen; denn wenn es auch wahr ist, dass der Hieb die beste Deckung ist, so ist es doch gewöhnlich

der Starke, der die Fechterstellung und damit die Taktik bestimmt. Das gilt besonders für den politischen Kampf, und nach dem unglücklichen Generalstreikversuch von 1903 war für uns der parlamentarische Kampf der politische Kampf überhaupt. Positive Forderungen müssen nun, um die Massen zu interessieren, neben dem Nutzen, den ihre Erfüllung bringen würde, auch etwas Aussicht auf Verwirklichung haben. In der Lage, in der sich die niederländische Sozialdemokratie unter dem Ministerium Kuyper befand, konnte gar kein Gedanke daran sein, dass eine ihrer Forderungen bewilligt werden würde. In solcher Lage bleibt ihr nur übrig, negative Agitation zu treiben, und darüber ist man sich schnell einig. Die Partei hat den Kampf gegen die Kuypersche Reaktion mit grosser Energie geführt, und ihr Sturz ist zu einem grossen Teil ihr Werk. Dass sie sich nach diesem Sturz an der Regierung oder an einer Regierungsmehrheit beteiligen sollte, davon ist in keinem Augenblick die Rede gewesen. Doch hat man einmal einen gewissen Einfluss, dann trägt man auch das gleiche Mass von Verantwortlichkeit. Resolutionen, in denen man diese Verantwortlichkeit von sich weist, sind schnell gefasst. Aber man bestimmt das Mass seiner Verantwortlichkeit nie selbst. Schon zweimal hing das Leben des Ministeriums de Meester von den sozialdemokratischen Stimmen ab, und zweimal haben sie es ihm gerettet. Es kann nicht geleugnet werden, dass dies aus Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Lande geschah, und will doch nur sagen, dass man das gegenwärtige Ministerium in den gegenwärtigen Verhältnissen für das beste oder das einzig mögliche erachtet. So bringt die politische Lage des Landes gewisse Verpflichtungen mit sich, welche jeder anerkennt: denn gegen diese Abstimmungen der Fraktion hat sich in der ganzen Partei keine Stimme erhoben.


Soll die Partei aber diese Verpflichtungen übernehmen, ohne die Machtposition, welche sie durch die Erfüllung dieser Verpflichtungen im Parlament bekommt, zu gunsten der Arbeiter auszunutzen, darf die Partei den Umstand, dass ihr im politischen Klassenkampf ein schwacher Gegner gegenübersteht, unbeachtet und unausgenutzt lassen?

Was ist der Zweck des politischen Kampfes, den die Sozialdemokratie führt? Die Eroberung der Staatsmacht. Der Kampf um die Staatsmacht gleicht einem Krieg mit tausend Schlachten, gleicht der Belagerung einer Festung mit zahlreichen Forts und Mauern. Der Krieg beginnt mit der Eroberung der politischen Rechte selbst und kann nur fortgesetzt werden durch den Gebrauch dieser Rechte im Klassenkampf. Was ist aber der Klassenkampf für einen Proletarier? Ist er ein abstrakter Gedanke, eine Theorie, die er sich zusammengebraut hat, ist er ein Kampf, für den er sich heute fertig zu machen hat, weil er binnen einer Anzahl von Jahren ausgefochten werden soll? Nein, der Klassenkampf ist für den Proletarier der Kampf an allen Tagen für seine Interessen an jedem Tag, ist der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, der Kampf zur Ausrottung von Missständen durch soziale Reform. Er sieht nun die Kapitalistenklasse sich gegen die besseren Arbeitsbedingungen und gegen diese Reform auflehnen, sieht weiter, wie die besitzenden Klassen sich jeder Erweiterung seiner Rechte widersetzen, ihm womöglich noch die einschränken, die er schon hat. Sache der sozialdemokratischen Partei ist es dann, die Massen über die Ursachen dieser Erscheinung aufzuklären, ihnen an der Hand dieser Tatsachen die Gegensätze und ihren Ursprung in der kapitalistischen Produk-

tionsweise aufzudecken. Den Anknüpfungspunkt dazu muss aber immer und überall die eigene Politik bieten. Wo eine starke bürgerliche Demokratie wirkt, die bei Streiks nicht systematisch dem Arbeiter feindlich gegenübersteht, sondern ihm sogar oft hilft, ihm sein Recht nicht schmälert, sondern für die Erweiterung seiner Rechte eintritt, welche auch nach Sozialreform strebt, ist es unmöglich, schafft es nur Verwirrung, wenn die Sozialdemokratie diese Gegner mit den Reaktionären in einen Topf wirft. Gelingt es, den Arbeiter zu überreden, dass es nur eine reaktionäre Masse gibt, dann schafft man oft gerade dadurch die reaktionäre Masse, indem man halbe und ganze Gegner zu einer Einheit zusammenschweisst.

Die bürgerliche Demokratie als unsere Konkurrentin anzusehen, ist ein Unsinn. Infolge ihres unentschlossenen Charakters, ihres zweideutigen Ursprungs kann sie doch nie verschiedene Arbeiterpolitik treiben. Sie steht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und hat darum stets mit den Interessen des Kapitalismus zu rechnen. Gerade das, was sie tut, gibt uns Gelegenheit zu zeigen, was alles sie nicht kann. Die Gefahr einer Vermischung zweier Parteien kann nur da bestehen, wo kein prinzipieller Gegensatz vorhanden ist. Die absolute Selbständigkeit der Sozialdemokratie im politischen Kampf ist etwas so Selbstverständliches, dass ein Kampf für diese Selbständigkeit nichts ist als die reinste Donquichotterie. In der holländischen Partei hat nicht nur niemand je davon gesprochen, den Klassenkampfstandpunkt zu verlassen, sondern es ist selbst von einem zeitweisen Bündnis mit dem Liberalismus oder dergleichen nie die Rede gewesen. Die strengst mögliche Absonderung, die vollständigste Selbständigkeit der Partei gegenüber den bürgerlichen Parteien ist stets durchgeführt worden. Nur den Anarchisten gegenüber hat man in einem Falle, im Jahre 1903, gegen das Prinzip der Selbständigkeit gefehlt, gegenüber den bürgerlichen Parteien nie. Kein einziger Fall kann da genannt werden. Ich glaube nicht an die Möglichkeit, diese Haltung unter allen Umständen zu wahren. Ich habe in den verschiedensten Ländern Situationen gesehen, in denen sie dem Proletariat Schaden gebracht hätte. Nicht aus Hypertugendhaftigkeit sind wir in Holland so vorgegangen, sondern aus dem einfachen Grunde, dass die politischen Verhältnisse in Holland es nicht möglich machten, sich mit irgend einer bürgerlichen Partei anders zu berühren, als im Kampfe. Die Proletarier in einer selbständigen Partei zu organisieren, sie zu Sozialdemokraten zu erziehen, sie aus bürgerlichem und anarchistischem Bann zu befreien, das ist es, woran die niederländische Sozialdemokratie immer ohne Unterlass gearbeitet hat. Für die Teilnahme an der Regierung ist sie noch nicht reif.

III

ND doch haben wir hier in Holland in der Partei eine Anzahl von Genossen, welche seit vier, fünf Jahren gegen eine ganze Masse von Gefahren angekämpft haben, in die sie die sozialdemokratischen Grundsätze geraten sahen, welche immerwährend auf den Zinnen standen, um das *Prinzip* zu retten, welche überall Ketzer sahen und mit Brennholz umherliefen, um diese Teufelskinder zu verbrennen.

Angefangen hat es 1901 mit der Agrarfrage.¹⁾ Die niederländische Sozial-

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Das Agrarproblem in der niederländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 864 ff.

demokratie hatte sich 1897 ein Agrarprogramm gegeben, in dem zwei angreifbare Punkte waren. Der erste Angriff ging aber nicht von den sogenannten *Marxisten*, sondern vom Schreiber dieses Aufsatzes aus, der neun Monate vor dem Parteitag in Utrecht /1901/ die Notwendigkeit einer Reform des Agrarprogramms voraussagte. Die beiden Punkte waren: der Pachtkontrakt — der Pächter sollte nur Pacht bezahlen, wenn er einen Gewinn erzielt hatte — und die Forderung an die Gemeinde, Grund und Boden zur Nutzung durch die Arbeiter bereit zu stellen. Auf dem Utrechter Parteitag griff Genosse Dr. Gorter diese beiden Programmpunkte an, Troelstra widersetzte sich einer übereilten Abänderung des Programms, und der Parteitag beschloss die Einsetzung einer Kommission, welche die Agrarfrage studieren sollte. Das war alles sehr einfach. Aber Gorter fing damals an, sich als Prinzipienretter aufzuspielen. Er erklärte seine Ansichten für die der internationalen Sozialdemokratie und die Ansichten derer, welche ihm gegenüber standen, für un- und antisozialistisch. Er liess sich Briefe von Kautsky zuschicken und arbeitete damit, und bald hatte sich eine *Richtung* gebildet. Das Schauspiel wiederholte sich in der Schulfrage. Troelstra und mit ihm der Parteivorstand befürworteten die sogenannte *freie Schule*, Gorter und Genossen die obligatorische neutrale Staatsschule. Über beide Standpunkte lässt sich ja reden. Aber wiederum vindizierte sich die eine *Richtung* nicht nur die besseren Gründe, sondern auch den besseren Sozialismus für ihre Ansicht. Die Streikbewegung von 1903 brachte eine von Gorter und Genossen mit viel Eifer poussierte Annäherung der Partei an die Anarchisten, wobei Gorter so weit ging, dass er, nachdem Domela Nieuwenhuis sich geweigert hatte, mit Troelstra und mir zu reden, in öffentlichen Versammlungen diesem grimmigen Feind der Sozialdemokratie huldigte. Als Troelstra den Versuch machte, dem von vornherein verlorenen Aprilstreik vorzubeugen, fiel ihm die *marxistische Richtung* wütend in den Rücken.

Wenn man sich die Fragen selbst ansieht, um die gestritten wurde, ist es unbegreiflich, dass man sich in der Partei darüber in so grosse Hitze redete. Aber der Streit um diese und andere Dinge lief immer wieder in den Kampf um die *Richtung* aus, und eine wahre Verdammungswut ergriff unsere *marxistischen* Genossen. Es regnete Disqualifikationen. Der Genosse, der eine von jenen abweichende Ansicht über irgend eine Frage der Taktik äusserte, und war es auch nur ein Urteil über die tatsächlichen Verhältnisse in Frankreich oder Deutschland, konnte mit Sicherheit darauf rechnen, dass ihm vorgehalten wurde, er hätte den Standpunkt des Klassenkampfes und der internationalen Sozialdemokratie verlassen. Dass man ihn überhaupt noch duldete, war der Gipfel der Gutmütigkeit, und dafür sollte er denn auch gehörig dankbar sein. Vielfach kam es schon vor, dass die *Revisionisten* oder *Opportunisten* aus ihren Parteistellungen herausgedrängt wurden. Am schlimmsten spielte man Troelstra mit, den man als Hauptredakteur von *Het Volk* durch ein bei jeder Gelegenheit sich äusserndes Misstrauen in seine Zuverlässigkeit als Sozialdemokrat, in seine Prinzipientreue unmöglich machte. Auf dem Parteitag im Haag /1905/, wo Troelstra hätte wiedergewählt werden sollen, wurde er in einer mit parteigenössischem Anstand schwer zu vereinbarenden Weise in die Ecke gedrückt. Einstimmig hat später der Parteivorstand erklärt, dass Troelstra damals nicht fair behandelt worden ist. Weiter richteten sich die Pfeile vornehmlich gegen Schaper und mich. Ward unsereiner für irgend eine Kandidatur.

zum Beispiel zum Parteivorstand, vorgeschlagen, so wurde er immer um seiner *Richtung* willen bekämpft. Die *marxistischen* Genossen forderten die Leitung für sich.

Nun ist diesen Genossen aber ein Unglück passiert. Bei den Parteivorstandswahlen im Jahre 1905 bekamen sie die Mehrheit. Es war ein Jahr voller Schwierigkeiten. Nach den Parlamentsneuwahlen musste die Parteitaktik, die Propaganda mit der veränderten politischen Lage in Übereinstimmung gebracht werden. Da halfen keine Schablonen. Da mussten politischer Verstand und Strategie gezeigt werden. Es lag auf der Hand, dass, nachdem eine Regierung gebildet worden war, die mit unserer Partei rechnen musste, diese unmittelbar ihre Forderungen stellen und dafür agitieren musste. Den Parteivorstand aber beherrschte die Furcht, sich an kaltem Wasser zu verbrennen, und er weigerte sich, er war nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. Die Partei war unzufrieden, und als Genosse Troelstra, des Wartens überdrüssig, nach den Wahlen einen Angriff auf die ganze *Richtung* machte, atmete die Partei wirklich auf. Denn es stand in Wahrheit schlecht um die Partei. Sie glich mehr einem Häuflein disputierender Theologen, als einer Arbeiterkampfpartei. Es ist Tatsache, dass die ganzen Streitigkeiten sich fast immer auf die sogenannten *Intellektuellen* oder *Akademiker* beschränkten. Die holländische Partei zählt unter ihren Mitgliedern verhältnismässig viele von dieser Art *Intellektuellen*. Und während einer Reihe von Jahren schien es, als ob die eigentlichen Arbeiter sich auf die Parteifragen überhaupt nicht einlassen wollten. Die Werbekraft der Partei unter den Arbeitern wurde schrecklich gering; ein theologischer Disputierklub übt eben keine Anziehungskraft auf die Masse aus. Die Partei war kein Stück wirklichen Lebens mehr. Sie glich immer mehr einer Vereinigung von Büchermenschen.

Es ist nicht leicht, diese Erscheinung zu erklären. Aber einen Grund will ich doch angeben, gerade weil ich hier für deutsche Leser schreibe: Die deutsche Partei übt auf die holländische einen grossen geistigen Einfluss aus. Jeder niederländische *Intellektuelle* und auch jeder *Halbintellektuelle* liest deutsch. Die sozialistische Literatur in Holland selbst ist noch gering, der Absatz ist zu klein, gerade weil die besser entwickelten Parteigenossen alle deutsch lesen. Kautsky und Mehring, Bernstein und David sind in der holländischen Partei vielleicht ebenso gut bekannt, wie in manchen Gegenden Deutschlands, und die deutsche sozialistische Literatur hat an Holland einen guten Kunden. Der Hauptfehler unserer *Nieuwe Tijd*-Gruppe ist nun, dass sie die deutschen Parteifragen nach Holland importiert, ohne zu überlegen, ob nicht in unserem Lande die ökonomischen und historischen Grundlagen ein ganz anderes Verhalten fordern. Wie der Klassenkampf in Deutschland geführt wird, entstammt er den deutschen Verhältnissen, und die Methode ist ohne Abänderungen für Holland wirklich nicht brauchbar, denn weder der ökonomische, noch der historische Untergrund ist dem deutschen gleich. Wenn uns in Fragen der Parteitaktik der Marxismus etwas lehrt, so ist es, dass die Taktik stets mit der politischen, ökonomischen und historischen Gestaltung des Landes in Übereinstimmung sein muss. »Wenn an einem Tage sich 24 mal die Verhältnisse ändern würden, würden wir 24 mal unsere Taktik ändern«, hörte ich Liebknecht in Zürich sagen. Dies wahre Wort bleibt auch richtig, wenn man es so variiert: wenn wir in 24 Länder gehen, und in jedem Lande die Verhältnisse anders liegen, dann ändern wir


bei jedem Grenzpfahl unsere Taktik. Darum ist das Vorschreiben einer universellen Taktik auf den internationalen Kongressen so töricht. Wie es solchen Beschlüssen ergeht, hat uns jetzt noch Italien gelehrt.

Die holländischen *marxistischen* Genossen hatten jedenfalls die Worte Liebknechts nicht begriffen. Sie wollten mit aller Gewalt *deutsche Sozialdemokratie* spielen. Und auch so ein bisschen *Dresdener Parteitag* dabei. Gorter träumte von Kautskys, Pannekoek von Mehringers Lorbeeren. Die *Revisionisten* liefen wie brüllende Löwen umher, und als man keine *Revisionisten* fand, ach, da machte man sie, indem man diesem und jenem den Namen *Revisionist* auf den Buckel schrieb. Ein *Revisionist* ist doch jemand, der den Parteistandpunkt, das Parteiprinzip revidieren will. Der Parteitag im Haag /1905/, der Parteitag also, auf dem die *Marxisten* alles taten, was sie wollten, beschloss einstimmig, eine Abänderung des Parteiprogramms in die Wege zu leiten mit Rücksicht auf die viel zu absolute Fassung des Konzentrationsparagraphen, und wenn dieser Beschluss zur Ausführung gebracht wird, so ist wohl anzunehmen, dass auch der Verelendungsparagraph mit über Bord geht. Also ist die ganze Partei *revisionistisch*! Dieses Suchen nach dem Bösewicht, der den *prinzipiellen* Parteistandpunkt bedroht und gefährdet, ist doch im allgemeinen herzlich dumm, aber man braucht den Kerl eben, um seinen eigenen unverfälschten *Revolutionarismus* zu zeigen. In der sozialdemokratischen Partei Hollands hat man diesen Unfug in den letzten Jahren eifrig betrieben und mit ihm oft die besten Parteigenossen tief verletzt und den Arbeitern das Parteileben verekelt. Denn merkwürdig: unter diesen Dogmatikern ist fast kein Arbeiter. Alle unsere Propagandisten aus dem Arbeiterstande stehen — ich kenne in der ganzen Partei nur eine einzige Ausnahme — auf unserer Seite. Der Arbeiter hat keinerlei Bedürfnis nach all diesen schmückenden Zusätzen, er ist eben glücklicherweise noch Sozialdemokrat *tout court*.

Im Laufe dieses Parteijahres war die Verstimmung unter den Arbeitern immer grösser geworden. Genosse Pannekoek war es, der sie am höchsten trieb, als er die Partei, die es bei den Stichwahlen in der Hand hatte, das Ministerium Kuyper zu stürzen — das Ministerium Kuyper, das die Arbeiterrechte gekürzt hatte und der Bewegung der Arbeiter gegen seine Zwangsgesetze mit blutigem Hohn begegnete, indem es in der Thronrede von 1903 diese Agitation als »revolthafte Wühlereien« bezeichnete, das Ministerium Kuyper, das die 5000 Opfer des Generalstreiks auf seinem Gewissen hatte — als er trotz alledem die Partei zur Stimmenthaltung in einer ganzen Reihe von Kreisen auffordern wollte. Der Parteivorstand hatte es den sozialdemokratischen Wählern freigestellt, in der Stichwahl für jeden Anti-Kuyper-Kandidaten zu stimmen. Dagegen erhob Pannekoek in schroffer und beleidigender Form Protest und forderte, im Namen des Klassenkampfes und noch einiger anderer Prinzipien, ja selbst im Namen der Parteihre, von uns, wir sollten das arbeiterfeindlichste Ministerium, das Holland seit Jahrzehnten gehabt hatte, leben lassen; denn darauf kam doch die Stimmenthaltung in den Kreisen, wo Liberale und Klerikale einander in der Stichwahl gegenüberstanden, hinaus. Als dann noch ein bekannter Dogmatiker, der in Amsterdam eine bedeutende Rolle spielte, das Parteivorstandsmitglied Wynkoop, uns in einen fürchterlichen Skandal verwickelte, indem er wegen einer rein persönlichen Angelegenheit, wegen eines Konfliktes über

Prozentabzüge bei einer Lebensversicherungsgesellschaft, den sozialdemokratischen Abgeordneten Hugenholtz überwachen liess, wie ein Streikposten den Streikbrecher, da lief das Fass über, und mit wahrer Wut forderten die Arbeiter das Ende des ewigen *gedonderjaag*, des ewigen Gezänkes, unter dem die Partei so schwer litt.

IV

 O kam der Parteitag dieses Jahres heran. Dass er Gericht abhalten würde, stand von vornherein fest; nur, wie das Urteil ausfallen würde, blieb fraglich. Troelstra schrieb für den Parteitag ein ganzes Buch *Über die Parteileitung*, worin er seine eigenen, mit vernichtendem Material belegten Erfahrungen vorlegte. Troelstra ist seiner ganzen Persönlichkeit nach eine echt revolutionäre Natur, zu gleicher Zeit aber ein kluger Kopf und tüchtiger Politiker. Und dieser Mann war seit einigen Jahren unaufhörlich der Zielpunkt für die dogmatischen Pfeile gewesen. Weil er, um den Frieden und die Einheit zu bewahren, oft eine Mittelstellung einnahm, beschuldigte man ihn eines Mangels an Festigkeit in der Leitung, verdrängte ihn aus dem Zentralorgan und verfolgte ihn immer und überall mit dumpfem Misstrauen. Neben ihm waren vornehmlich Schaper und ich die Ketzer, gegen die gedonnert wurde. Tatsachen hatte man nicht, nicht eine einzige. Das ganze Material gegen uns bestand aus einzelnen Äusserungen, aus denen man mit viel theologischer Auslegekunst Abweichungen vom Parteistandpunkt konstruiert hatte; vor einen Parteitag hat man übrigens mit diesem *Material* nie treten dürfen.

Da es nun feststand, dass der Parteitag die Sache bis auf den Grund aufklären wollte, und man entschlossen war, nicht eher auseinanderzugehen, als bis einmal deutlich gesagt war, was die Partei zu sagen hatte, und da der Parteivorstand den ganzen Streit als eine persönliche Angelegenheit Troelstras und der *Nieuwe Tijd* betrachtete, so beantragte Genosse Tak, den man zu keiner der beiden Gruppen zählen durfte, gleich beim Beginn der Tagung die Einsetzung einer Kommission, welche eine Resolution entwerfen und dem Parteitag vorlegen sollte, wenn notwendig eine Mehrheits- und eine Minderheitsresolution. Obgleich der Parteivorstand, der in Holland auch das Bureau des Parteitages bildet, den Antrag lebhaft bekämpfte, wurde er doch mit 154 gegen 93 Stimmen angenommen. Über die Wahlen zu der Kommission ward kein Wort gesprochen. Man wählte zu ihren Mitgliedern die Genossen van der Goes, Dr. Gorter und Frau Roland-Holst einerseits, Troelstra, Schaper und mich andererseits, schliesslich Tak, der sich bis dahin nie für und nie gegen die *Nieuwe Tijd*-Gruppe ausgesprochen hatte. Die Verhandlungen der Kommission waren nicht öffentlich, ich kann also darüber nichts mitteilen und muss mich auf die Verhandlungen im Plenum beschränken, welche aus Mangel an Zeit nur noch kurz sein konnten.

Die Mehrheit der Kommission bestand aus Troelstra, Schaper, mir und Tak. Der letztere hatte sich also gegen die *Nieuwe Tijd*-Gruppe entschieden und verurteilte auch seinerseits ihr Treiben. Ich selbst hatte im Namen dieser Mehrheit dem Parteitag die Resolution vorzulegen. Bei meinem Bericht ging ich von dem Standpunkt des Arbeiters aus, dem in dem ganzen Streit der *Richtungen* vieles allzu künstlich gemacht erscheint, so dass es ohne jeden Eindruck

über ihn hinweggeht. Tatsache aber war es, dass das ganze Parteileben Missmut lähmte. Das schöne, stärkende brüderliche Vertrauen, das uns in den ersten Jahren der Partei an einander geschmiedet hatte, war verschwunden, und an seine Stelle war Misstrauen und Hader getreten, selbst in ihrer Wirksamkeit nach aussen war die Partei bedeutend geschwächt. Angefangen hatte diese Entwicklung in dem Augenblicke, als zuerst der eine nicht mehr sagte: ich bin mit dir nicht einverstanden, ich sehe die Sache so an, sondern für sich das Monopol der Prinzipienfestigkeit in Anspruch nahm und seinen Gegner wegen seines Urteils in einer bestimmten Frage nicht mehr als Sozialdemokraten betrachten wollte. Wollen wir nun zusammenbleiben oder nicht? Das Zusammenbleiben ist nur möglich, wenn wir uns gegenseitig als gute Parteigenossen anerkennen mit gleichem Werte für die Partei und mit gleichem Rechte in ihr. Wiederholt ist es vorgekommen, dass man den Genossen das Recht absprach, diesen oder jenen Schritt zu tun, weil die *Nieuwe Tijd*-Gruppe mit ihnen nicht einverstanden war. So schafft man Genossen erster und zweiter Klasse. Genossen mit vollen und mit beschränkten Rechten. Das geht nicht an. Müssen auch die verschiedenen Richtungen bestehen: es gibt nur eine Sozialdemokratie, und in ihr muss Platz sein für alle, die ihr Programm unterschreiben.

Das ist das erste, was die Kommissionsmehrheit den Parteitag sagen lassen wollte. Deshalb lautet die erste Resolution, die sie ihm vorlegte:

I. »In Erwägung, dass die Sozialdemokratie in Wesen und Endziel der bürgerlichen Gesellschaft gegenübersteht, aber den Klassenkampf führt mit Mitteln, welche ihr diese Gesellschaft selbst bietet, während sie nach politischen und sozialen Reformen zur grösseren Wehrhaftmachung der Arbeiter strebt:

in Erwägung, dass hieraus hervorgeht, dass die Partei aus verschiedenen Elementen besteht, wovon die einen mehr Gewicht legen auf die theoretische und prinzipielle Propaganda, während die anderen ihre Tätigkeit mehr der Aktion für direkte Reformen und der Umgestaltung der Wirklichkeit in der Richtung unseres Prinzips zuwenden;

in Erwägung, dass beide Elemente notwendig sind für die Befreiung des Proletariats, dass sie also in guter Kameradschaft zusammenarbeiten müssen.

erklärt sich der Parteitag gegen jedes Streben, diese notwendigen Äusserungen der sozialistischen Bewegung mit einander in Gegensatz zu bringen, die Bedeutung der einen Richtung auf Kosten der anderen zu übertreiben und die Einheit der Partei zu untergraben.«

Es war in der Kommission ernsthaft erwogen worden, ob man sich damit begnügen sollte, das auszusprechen. Aber die Verketzerungen und die innere Situation der Partei erforderten noch ein Mehr. Es musste ein für allemal, auch für Leute, die nicht gut verstehen, verständlich gesagt werden, was die Partei nicht wollte, was sie verurteilte. Und darum beantragte die Kommission die zweite Resolution:

II. »In Erwägung, dass seit einigen Jahren in der Partei die Erscheinung zu konstatieren ist, dass systematisch gewissen Parteigenossen der Stempel der *Prinzipienchwäche*, des *Opportunismus*, *Revisionismus* u. s. w. durch andere Parteigenossen aufgedrückt wird, die sich insbesondere berufen und verpflichtet fühlen, die Partei vor Verwässerung, vor Abweichung von dem durch das Prinzip vorgeschriebenen Wege zu beschützen;

in Erwägung, dass diese Erscheinung Widerstand hervorgerufen hat auf der anderen Seite, welche sich ebenso verletzender Qualifikationen bedient;

in Erwägung, dass infolgedessen die Einheit der Partei in Gefahr gerät, bedauert der Parteitag den Missbrauch der Kritikfreiheit, welche Freiheit in unserer Partei über jeden Zweifel steht, und legt er allen Parteigenossen die Pflicht auf,

die Kritik innerhalb solcher Grenzen zu halten, dass die Genossen ihre gegenseitige Würde und die Einheit der Partei hochhalten. Diese Resolution stellt — das sprach die Mehrheit wiederholt und unzweideutig aus — einen Ordnungsruf dar. Sie folgt logisch und notwendig auf die erste. Keine Richtung, keine Anschauung wird in ihr verurteilt, auch nicht ein Strohalm wird der freien Kritik in den Weg gelegt. Nur schiebt die Partei der unaufhörlichen, unfruchtbaren und — das ist nicht ihr kleinster Fehler! — langweiligen Prinzipienretterei einen Riegel vor.

Die Kommission hat auch das noch nicht für ausreichend gehalten. Die politische Lage ist so, dass es unverantwortlich wäre, käme nicht die Partei ihrer Pflicht nach, die positiven Arbeiterforderungen jetzt energisch zu vertreten und eine ernste, tatkräftige Reformarbeit einzuleiten. Darum übernahm die Kommission einen Antrag der Abteilungen Amsterdam III und IX und stellte noch folgende Resolution:

III. »Angesichts der Tatsache, dass in den Niederlanden seit 1889, also seit 17 Jahren, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, soweit die Regelung der Arbeitszeit und der Nacharbeit in Frage kommt, kein einziger Schritt vorwärts getan ist;

in Erwägung des Umstandes, dass das, was die Gewerkschaftsbewegung auf diesem Gebiet geleistet hat, nur einem verhältnismässig kleinen Teil der Arbeiter zu gute kommt, und von den übrigen nicht zu erwarten steht, dass sie bald zur Selbsthilfe reif sein werden; dass aber das Erlangte die Möglichkeit des Geforderten beweist, und dass durch Gesetz diese Möglichkeit zur Wirklichkeit für alle Arbeiter Hollands gemacht werden muss,

beschliesst der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, sofort die niederländischen Arbeiter zu einer allgemeinen Agitation aufzurufen, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, damit diese vierjährige Periode nicht vorübergehe, ohne dass erlangt ist:

a. ein gesetzlich festgelegter Zehnstundentag für alle erwachsenen Männer, mit Bestimmung der Fristen, binnen welcher diese Arbeitszeit auf 9 und 8 Stunden verkürzt wird;

b. Abschaffung der Nacharbeit in allen Betrieben, in denen sie nicht unumgänglich notwendig ist, und Einschränkung auf 8 Stunden da, wo sie erlaubt werden muss;

c. Ausdehnung des Verbots der Kinderarbeit auf alle Betriebe, und Heraufsetzung des Alters, das durch das Verbot umfasst wird, auf mindestens 14 Jahre, sowie gesetzlicher Schutz für die Minderjährigen bis zu 18 Jahren.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Kammerfraktion, die nötigen Schritte zu tun, um die Agitation für diese Arbeiterforderungen so bald wie möglich einzuleiten.

Dass gerade diese Forderungen, und nicht auch andere, gestellt wurden, hängt von den politischen Verhältnissen Hollands ab. Auch erachtete die Kommission die Verkürzung des Arbeitstages für das Allernotwendigste, da der Arbeitstag in Holland im allgemeinen fürchterlich lang ist. Schliesslich kann sich die Regierung gegenüber dieser Forderung auch nicht hinter dem Vorwande des Geldmangels verstecken, so dass sie mit um so grösserer Aussicht gestellt werden kann. Die allgemeine Bedeutung dieser Resolution für die Partei liegt aber darin, dass sie damit erklärt, nicht nur ein sozialistischer Propagandaklub oder ein Wahlverein sein zu wollen, sondern auch eine Kampforganisation für die unmittelbaren Interessen des Proletariats. Die Partei hat ihren ernststen Willen kundgegeben, das Proletariat nicht um dieser Gegenwartsaufgaben willen in die Hände der bürgerlichen Demokraten fallen zu lassen. Die Resolution gibt den ernststen Willen der Partei kund, die holländische Regierung auf den Weg der Sozialreform zu drängen und der Arbeiterklasse Nutzen für die Gegenwart zu schaffen.

Eine vierte Resolution bezweckte, ein besseres Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Organen der Partei, vornehmlich zwischen dem Parteivorstand, der Kammerfraktion und der Presse zu stande zu bringen. Bei der Agitation gegen das Gesetz über den Arbeitsvertrag war der Mangel der notwendigen Fühlung klar zu Tage getreten. Die Fraktion musste im Parlament den Standpunkt verleugnen, den die Partei in der Agitation im Lande eingenommen hatte, was einen traurigen Eindruck machen musste. Unverständlich ist es, wie Pannekoek die Resolution, welche der Parteitag in dieser Frage annahm, in der *Leipziger Volkszeitung* als einen *marxistischen* Sieg feiern kann. Ich selbst habe als Delegierter für diese Resolution, die sich mit der Haltung des Parteivorstandes einverstanden erklärte, gestimmt, nachdem ausdrücklich festgestellt worden war, dass ihre Absicht nicht ein Tadel gegen die Kammerfraktion sei. Der Parteivorstand war nur durch seine eigentümliche Lage dazu gekommen, sich mit dem Agitationskomitee, von dem er selbst einen Teil bildete, solidarisch zu erklären, und der Genosse Spiekman, der die Kammerfraktion von allen am heftigsten angriff, erklärte ganz offen, er stände in der Taktikfrage nicht bei Gorter und Genossen, sondern bei Troelstra. Welchen Ton die von der *Nieuwe Tijd*-Gruppe übrigens anschlagen, zeigt das Beispiel Pannekoeks, der die Parteigenossen, die nicht auf seinem Standpunkt stehen, einfach die *bürgerlich-parlamentarische Richtung* nennt! Die Arbeitsvertragsaffäre war nur eine Folge des Missstandes, dass die Organe der Partei zu wenig mit einander in Verbindung standen, und dass die Fraktion, die doch die Politik der Partei zu vertreten hat, auf die Feststellung dieser Politik fast gar keinen Einfluss hatte. Daher die Resolution: IV. „In Erwägung, dass die politische Leitung der Partei von drei verschiedenen Organen, dem Parteivorstand, der Kammerfraktion und dem Parteiorgan, ausgeht;

dass zwischen diesen drei Organen nicht die Verbindung besteht, durch welche die notwendige Einheitlichkeit der Leitung bewirkt werden kann, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, zu erwägen, inwieweit eine Aenderung der Parteiorganisation wünschenswert ist, und, wenn nötig, dem nächsten Parteitag Anträge hierüber vorzulegen.“

Der fünfte Antrag der Kommission betraf die Monatsschrift *De Nieuwe Tijd*. Diese Zeitschrift ist das einzige speziell wissenschaftliche Organ der Partei, steht aber im Privateigentum einer Anzahl von Genossen und unter der Redaktion von vieren von ihnen, alle aus einer Richtung, welche sich selbst zu Redakteuren gewählt haben. Es sind die Genossen Gorter, van der Goes, Roland-Holst und Wiedijk. Die Kommission wünscht vorläufig nichts weiter, als eine Enquete auf Grund der nachstehenden Resolution:

V. „Von der Ansicht ausgehend, dass das Verhältnis der wissenschaftlichen Monatsschrift zu der Partei nähere Erwägung verdient, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, diese Frage bis zum nächsten Parteitag zu untersuchen und, wenn notwendig, diesem Antrage vorzulegen.“

Der Berichterstatter der Kommissionsmehrheit schloss sein Referat über deren Verhandlungen mit der Bemerkung, niemand habe es auf die Personen abgesehen. Es sei nur die Methode, die man aus der Welt geschafft wissen wollte. Aber die betreffenden Genossen müssten einmal die Stimme des Proletariats hören und erfahren, wie dieses seinen Interessen gedient haben will. Die Debatte beschränkte sich ganz auf einige Kommissionsmitglieder. Für die *Nieuwe Tijd*-Gruppe sprachen Gorter, van der Goes und Frau Roland-Holst, von der Gegenpartei nur noch Troelstra. Gorter setzte auch hier seine Me-

dazu, um den Misserfolg ihrer Taktik auch jetzt noch in einen sieg- und hoffnungsreichen Erfolg umdeuten zu können. Sehen wir einmal etwas näher zu, wie es mit diesem *Erfolg* bestellt ist.

Um die Resultate der Boykotttaktik gebührend würdigen zu können, muss man sich genau vergegenwärtigen, was man mit dem Boykott der *Duma* erreichen wollte, und was tatsächlich erreicht worden ist. Da muss man zwei Momente unterscheiden.

Als die Losung des Boykotts der *Dumawahlen* zuerst verkündet wurde, glaubt man, dadurch das Zustandekommen der *Duma* überhaupt unmöglich zu machen. Man fühlte sich stark genug, um die Hoffnung zu hegen, durch die Anwendung von Gewaltmitteln die Wahlversammlungen sprengen und überhaupt die ganze Prozedur des Wählens verhindern zu können. Es wurden auch dahingehende Versuche gemacht; in einigen Orten zum Beispiel zerriss man die Wählerlisten, in anderen wurden die Wählerversammlungen auseinandergesprengt. Aber sehr bald sah man, dass eine solche Taktik nur geeignet sei, die Sozialdemokratie in Misskredit zu bringen und sie bei der breiten Masse der Bevölkerung verhasst zu machen. Entsprechend dieser Erkenntnis wurde auch eine Aufforderung an die Parteimitglieder gerichtet, die darauf hinauslief, dass die gewalttätige Verhinderung der Wahlen als ein ungeeignetes Kampfmittel zu verwerfen sei. Mit dieser Verurteilung des sogenannten *aktiven Boykotts* wurde die Hoffnung, die *Duma* zu sprengen, aufgegeben, und das bedeutete den ersten Misserfolg der abenteuerlichen Taktik der Leninianer.

Nach dem ersten kam der zweite. Als es mit der Hoffnung auf eine *aktive* Verhinderung der Wahlen vorbei war, da sagte man: Ja, sprengen können wir die *Duma* zwar nicht, aber sie diskreditieren — dazu sind wir doch noch stark genug. Man glaubte, die Arbeiter und auch die aufgeklärten Bauern würden sich von der Boykottlosung beeinflussen lassen und sich der Wahl enthalten; die *Duma*, die dann nur von einem Bruchteil der Bevölkerung, und dazu von dem am wenigsten aufgeklärten, gewählt werden würde, wäre so jeglicher Autorität beraubt. Man war fest davon überzeugt, dass die Majorität der *Dumamitglieder* eine unbedingt reaktionäre, absolutistische sein würde, und eine reaktionäre *Duma* hätte sicher keinen Einfluss auf die freiheitlich gesinnte Bevölkerung ausgeübt. Der Verlauf der Wahlen hat, wie bekannt, alle diese Hoffnungen und Berechnungen Lügen gestraft. Die Losung zur Abstinenz wurde fast nirgends, auch nicht von den Arbeitern, in genügendem Masse befolgt, und wenn, wie in Petersburg, die Arbeiter bei den Wahlen in der Arbeiterkurie demonstrativ den Schornstein oder den Fabrikhund Rosa wählten, so nahmen sie dann doch in ihrer Eigenschaft als Mieter mit vollem Ernste an den Wahlen teil.

Das Resultat der Wahlkampagne war ein ganz unerwartetes. Man rechnete, wie gesagt, mit einer reaktionären *Duma*. Es stellte sich aber heraus, dass das Volk in richtiger Erkenntnis seiner Interessen fast durchweg freiheitlich gesinnte Männer in die *Duma* entsandte. Der ganze Feldzug der Boykottisten war somit ein Schlag ins Wasser und führte nur zu einer Isolierung der Partei und dazu, dass die *Kadetten*, die eine energische und gross angelegte Agitation getrieben hatten, auch auf einen gewissen Teil der Arbeiterschaft Einfluss gewannen. Das ist das Fazit der Boykotttaktik, die auch vom Vor-

wärts als ein »glänzendes Resultat« bezeichnet worden war. In der Tat, eine wahrhaft *glänzende* Politik! Der soeben geschlossene Einigungsparteitag der russischen Sozialdemokratie konnte sich aber nicht entschliessen, diese *kluge* Taktik als klug und ihre *glänzenden* Resultate als glänzend anzuerkennen; er nahm vielmehr eine Resolution an, die diese *glänzende* Politik verwirft. Es wurde beschlossen, von nun ab an den in einigen Bezirken noch bevorstehenden Wahlen teilzunehmen und eigene Kandidaten aufzustellen. Diese Wendung der sozialdemokratischen Politik kann man nur begrüssen, und es steht zu erwarten, dass sie zu einem mächtigen Aufblühen der sozialdemokratischen Bewegung in Russland führen wird. Die Ansicht, die auch im *Vorwärts* vertreten worden ist: dass die Antiboykotttaktik für die Partei verhängnisvoll und »der erste Schritt auf einem Wege sein wird, der zur völligen Unterordnung des Proletariats unter die politische Hegemonie der Bourgeoisie führen müsste«, ist völlig unbegründet und kleinmütig. Gerade die Boykotttaktik hat dazu geführt, dass gewisse Schichten des Proletariats sich der Führung der konstitutionell-demokratischen Partei anvertrauen mussten. Durch den Boykott konnte und kann die *Duma* nicht gesprengt werden; von nun ab muss jede sozialistische Politik mit den Schicksalen dieser Institution — die wahrscheinlich stürmische Kämpfe bringen werden — auf das engste verknüpft sein.

Mit der Einberufung der *Duma* beginnt eine neue Ära in der Geschichte der freiheitlichen Bewegung Russlands. Mit der *Duma* und in der *Duma* ist ein Punkt geschaffen, um den die kämpfenden Parteien ihre Kräfte sammeln werden, und von dem aus die Aufklärung der Massen viel energischer und im grösseren Massstabe, als bisher, betrieben werden kann. Die Verhandlungen in der *Duma* werden dem Volke in klarer und unzweideutiger Weise zeigen, auf welcher Seite seine Freunde, und auf welcher seine Feinde stehen. Mit jeder Rede, mit jeder Abstimmung werden die Absichten und die Ziele der verschiedenen Parteien dem ganzen Reiche vor Augen geführt. Auf diese Weise wird eine weite und tiefgehende Aufklärungsarbeit der Partei ermöglicht. Schon die ersten Tage des ersten russischen Parlaments waren in dieser Hinsicht sehr lehrreich und von grossem Wert für eine richtige Beurteilung der jetzigen politischen Lage im Reiche.

Die wichtigsten Debatten im Parlament wurden, wie aus den Zeitungen bekannt ist, aus Anlass der Abfassung einer Antwortadresse auf die Thronrede geführt. An diesen Debatten beteiligten sich alle in der *Duma* vorhandenen politischen Richtungen, wobei auch die Sozialdemokratie ihre, wenn auch nicht offiziell von der Partei anerkannte, Fürsprecher hatte. Nach den Angaben eines sozialdemokratischen Abgeordneten soll diese sozialdemokratische Gruppe in der *Duma* aus 12 bis 14 Mann bestehen. Wer zu dieser Gruppe zählt, und welche Qualitäten diese *unoffiziellen* Sozialdemokraten besitzen, ist vorläufig unbekannt geblieben. Es scheint aber, dass die parlamentarischen Sozialdemokraten meistens, wenn nicht ausschliesslich, aus schlichten Arbeitern bestehen, und dass akademisch gebildete Männer unter ihnen nicht vorhanden sind. Zusammen mit der sogenannten *Arbeitsgruppe*, die aus etwa 60 bis 70, zumeist bäuerlichen, Deputierten besteht, bilden diese 12 bis 14 Sozialdemokraten in der *Duma* die sozialistische Linke, wobei aber ihre Politik bisher durchaus im Einklang mit dem übrigen Teil des Hauses stand. Irgend welche scharfen Gegensätze in der Taktik sind in dem bisherigen Verlauf der *Duma*-

verhandlungen unter den Abgeordneten überhaupt nicht aufgetreten, denn alle waren bestrebt, möglichst einheitlich zu handeln, und setzten alle ihre Kräfte daran, um eine möglichst imposante Manifestation der gesamten Volksvertretung herbeizuführen. Zwar waren die Reden der sozialistischen Linken sowohl inhaltlich, wie auch formell, viel entschiedener, als die der *Kadetten* und der anderen bürgerlichen Redner, doch war man von allen Seiten leicht zu einem Kompromiss geneigt, und die Abstimmungen, besonders bei der dritten Lesung der Antwortadresse, waren fast einheitlich. Das war meiner Meinung nach hier auch die einzig richtige Taktik, und es wäre traurig, hätte die extreme Linke anders gehandelt. In diesem Punkte sind wir nicht im stande, die Auffassung der neuen Parteizeitung *Newskaja Gaseta*, zu deren Mitarbeitern unter anderen Plechanow, Axelrod und Wjera Sassulitsch zählen, zu teilen, die glaubt, es wäre besser gewesen, hier eine eigene Politik zu treiben und einen selbständigen Entwurf einer Antwortadresse einzubringen. Wenn schon die viertägige Diskussion in der *Duma* den Unwillen einiger Schichten des Volkes hervorgerufen hat, und wenn schon diese Frist vielfach als Zeitvergeudung betrachtet wurde, wie gross wäre die Unlust des Volkes gewesen, wenn durch die Einbringung eines neuen Adressenentwurfs, der von vornherein — und dieser Meinung ist auch die *Newskaja Gaseta* — keine Aussicht auf Annahme gehabt hätte, weitere mehrtägige Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen Parteien provoziert worden wären! Jetzt muss alles daran gesetzt werden, um ein möglich einheitliches und rasches Handeln zu ermöglichen. Die Hauptaufgabe der Volksvertreter ist jetzt, die Aufmerksamkeit des gesamten Volkes auf den allen gemeinsamen Feind zu lenken und eine möglichst scharfe Linie zwischen dem alten und dem neuen Russland zu ziehen. Alles Ablenken der Aufmerksamkeit des Volkes von dem Tun und Treiben der Regierung wäre jetzt unangebracht und schädlich. Und gerade das wäre die Folge einer mehr oder weniger heftigen Diskussion gewesen, die aus Anlass eines sozialistischen Entwurfes in der *Duma* stattgefunden hätte.

Wie verderblich eine solche Politik wäre, das erkennt man besonders scharf, wenn man die Manöver der rechtsstehenden Gruppe der *Duma* sich vor Augen hält, die darauf abzielten, die *Kadetten* von der extremen Linken zu trennen und somit die Revolutionäre zu isolieren. Sowohl in der Presse (*Novoje Wremja*, *Slowo* etc.), wie in der *Duma* (von den *Oktobristen*) wurde versucht, die *Kadetten* zu bewegen, die Revolutionäre von sich abzustossen. Der Hauptredner der *Oktobristen*, der bekannte Semstwomann M. Stachowitsch, setzte seine ganze, nicht geringe Beredsamkeit daran, zu beweisen, dass die *Duma* in die Antwortadresse eine Verurteilung der Revolution einschließen müsse. Es war ein kritischer Moment für die *Duma*, den aber die *Kadetten* glücklich überwunden haben. Mit der grössten Entschiedenheit verwarf der Führer der konstitutionell-demokratischen Partei, Roditschew, diesen Antrag, und das ganze Haus stimmte ihm zu. Damit ist der Versuch der Rechten, die Opposition zu spalten, gescheitert. Er beweist aber, wie heiss sie bestrebt ist, diese Spaltung herbeizuführen, und es ist deshalb jetzt die Pflicht der Sozialisten, alles zu vermeiden, was zu einem solchen Ergebnis führen könnte. Die *Arbeitsgruppe* als solche und die sozialdemokratischen Arbeiter handelten deshalb politisch klug, wenn sie, trotz der Meinungsverschiedenheiten, die sie

ROBERT SCHMIDT · EINE EINHEITLICHE ARBEITERVERSICHERUNG

IN den Etatsberatungen des Reichstags bildet die Reform der Versicherungsgesetze seit Jahren ein ständiges Thema, und immer mehr konzentriert sich das Verlangen auf eine Verschmelzung aller Versicherungszweige. Die Regierung, die anfänglich der Frage durchaus ablehnend gegenüberstand, hat ihren Standpunkt revidiert und trifft bereits die Vorarbeiten für eine Neugestaltung der Versicherungsgesetze, so dass deren Verwirklichung näher gerückt ist. Nach welcher Richtung diese Reform gehen wird, ist bisher kaum angedeutet. Aus gelegentlichen Äusserungen massgebender Personen kann man nur entnehmen, dass einige grundlegende Bestimmungen der Gesetze, die vom Standpunkt der Versicherten beseitigt werden müssten, auf eine zähe Verteidigung zu rechnen haben. Es erscheint namentlich recht fraglich, ob alle die Konzessionen, die bisher in der Form der Verwaltung und in der Zersplitterung des Kassenwesens den einzelnen kapitalistischen Interessengruppen zu teil wurden, nunmehr verschwinden werden.

Die einheitliche Gestaltung des Versicherungswesens kann nicht zu einem losen Zusammenfassen der bisherigen Versicherungsträger führen, sondern muss in ein vollständiges Aufgehen zu einem Gesamtorganismus auslaufen. Alle Reformvorschläge, besonders die des ehemaligen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker und des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin Dr. Freund, scheitern an diesem Problem, zu dessen Konsequenzen gelangt keiner der Befürworter; es bleibt der eine mehr, der andere weniger an den alten Formen kleben, die einer strikten Durchführung zu einem einfachen, einheitlichen Aufbau widerstreben. Eine Reform der Versicherungsgesetze, die die Berufsgenossenschaften, die Zerfahrenheit in der Vielgestaltigkeit der Krankenkassen beibehalten will, ist Flickwerk. Wer heute noch nicht erkannt hat, dass die Einteilung der Versicherungsträger in Landesversicherungsämtern, in Berufsgenossenschaften, in Sektionen der Berufsgenossenschaften, in Abgrenzung der Berufsgenossenschaften nach Landes teilen, in staatliche und kommunale Ausführungsbehörden, in Orts-, Gemeinde-, Bau-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts- und freie Hilfskassen mit ihren örtlichen und beruflichen Gliederungen einen entsetzlichen Wirrwarr bedeutet, der möge die Hände von dem grossen Reformwerk lassen. Eine weitere grundlegende Anforderung ist die Ausdehnung der Versicherung auf einen für alle Versicherungszweige gleichen Personenkreis. Um nur einige Beispiele anzuführen: Es muss die Krankenversicherung auf die Dienstboten und ländlichen Arbeiter, und die gesamte Versicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt werden. Die Abgrenzung der Unfallversicherung auf Fabrikbetriebe lässt sich gar nicht aufrechterhalten; denn es ist nicht ersichtlich, warum der Arbeiter, der in einem Handwerksbetrieb körperlichen Schaden erleidet, leer ausgehen soll, während für den gleichen Unfall der Fabrikarbeiter entschädigt wird. Mit welchem Recht wird einem Dienstboten, der beim Fensterreinigen sich eine schwere Verletzung zuzieht, die Entschädigung verweigert, die der Fensterputzer erhält? Wer in der Lage ist,

sich Dienstboten zu halten, gehört gewiss nicht zu denjenigen, die bei Aufbringung der Mittel für die Versicherung besonders geschont werden müssen.

Das Prinzip, das der Organisation der Landesversicherungsanstalt zu Grunde liegt, hat wegen der Einfachheit der Organisation ausserordentliche Vorzüge. Die Landesversicherungsanstalt ist auf breiter Grundlage aufgebaut, sie umfasst einen grossen Kreis von Versicherten, sie schliesst die Berufsgliederung aus und hat in der Verwaltung ein einheitliches Gefüge. Auf dieser Grundlage muss weiter gebaut werden. Mit dem neuen Versicherungszweig der Witwen- und Waisensversorgung muss die Unfall- und Krankenversicherung angegliedert werden. Wie diese Organisation weiter ausgestaltet sein müsste, darüber sollen hier einige Anregungen folgen.

Die Krankenfürsorge wird einer örtlichen Verwaltung nicht entbehren können, da zur Bewältigung dieser Aufgaben eine rege Beziehung zu den Versicherten notwendig ist. Für den Bezirk der Landesversicherungsanstalt wäre vom Vorstand die Höhe der Krankenunterstützung und für die Beitragsleistung die Klasseneinteilung zu bestimmen. Das Kassenvermögen verwaltet das Landesversicherungsamt. Die örtlichen Kassenverwaltungen müssen eine gewisse Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit haben. Es muss ihnen gestattet sein, durch Zuschläge zu den Beiträgen die Krankenunterstützung am Ort zu erhöhen und zu erweitern. Die Beschlussfassung darüber könnte der Generalversammlung der Ortskasse in der bisherigen Art der Zusammensetzung überlassen bleiben, desgleichen die Vertretung in der Verwaltung nach den Beitragsleistungen, so dass, wie bisher, zu einem Drittel Arbeitgeber, zu zwei Dritteln Arbeitnehmer daran teilnehmen. Der Grundbeitrag und die Mindestleistung bei der Krankenfürsorge würde mithin von der Verwaltung der Ortskasse der Landesversicherung festgesetzt und nach den örtlichen Verhältnissen verschieden gesteigert werden. Die Beteiligung der Gemeindebehörden als Aufsichts- oder Beschwerdeinstanz wäre auszuschalten. Für die Innehaltung der statutarischen Vorschriften könnte die Landesversicherungsanstalt Aufsichts- und Beschwerdeinstanz, die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung entscheidende und das Reichsversicherungsamt Revisionsinstanz werden. Für die Beitragsleistung wäre wohl die beste Lösung ein Zuschlag zur Einkommensteuer. Da aber dieser Vorschlag, der seinerzeit von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gemacht wurde, wenig Aussicht auf Annahme hat, so erscheint die gegenwärtige Einteilung der Beitragsbelastung in einem einheitlichen Beitrag für alle Versicherungszweige wohl als die beste Lösung. Diese Beitragsleistung könnte die Klasseneinteilung der Invalidenversicherung hinzufügen. Nimmt man also an, dass für die Krankenversicherung ein Wochenbeitrag von 60 Pfennig, dazu für Invalidität 36 Pfennig zu zahlen ist, so würde, wie bisher, der Arbeitgeber 38, der Arbeitnehmer 58 Pfennig zu zahlen haben, dazu käme für die Unfallversicherung eine Beitragsleistung des Arbeitgebers von etwa 20 Pfennig hinzu, so dass der Gesamtbeitrag 1,16 Mark beträgt, von dem der Arbeitgeber 56 und der Arbeitnehmer 58 Pfennig aufbringen müsste. Der Grundbeitrag von 20 Pfennig dürfte nach der heutigen Leistung der Unfallversicherung genügen, denn nach den Rechnungsergebnissen für das Jahr 1904 sind in den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften 6848 496 Arbeiter versichert, und die Berufsgenossen-

schaften haben 110 036 773,61 Mark an Beiträgen eingefordert; das ergibt pro Woche und pro Arbeiter einen Beitrag von rund 31 Pfennig. Da aber die Landwirtschaft geringere Aufwendungen nötig hat und ein Teil der Last durch Sonderbeiträge nach Aufstellung eines Gefahrentarifes aufgebracht werden soll, so wäre der Grundbeitrag von 20 Pfennig pro Woche selbst unter Berücksichtigung der gesteigerten Ansprüche reichlich bemessen. Bei der Ausdehnung der Versicherung käme ausserdem eine grosse Zahl von Arbeitern hinzu, bei denen die Unfallgefahr geringer ist, als in Fabrikbetrieben, es würden mithin die Lasten auf breiter Grundlage verteilt. Die Aufstellung erbringt sogleich den Nachweis, dass in Betrieben, die nicht besondere Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten, die Beitragsleistung der Unternehmer gegen die der Arbeiter zurückbleibt. Ein Resultat, das nicht nur für eine künftige Gestaltung nach dieser Berechnung eintreten würde, sondern schon gegenwärtig aus den Rechnungsergebnissen zu entnehmen ist. Die grossen Mittel, mit denen unsere Versicherungseinrichtungen prahlen, sind überwiegend aus Mitteln der Arbeiter zusammengetragen. Der Zuschuss des Reichs zu den Invaliden- und Altersrenten wird eine Änderung nicht erfahren, und die Kosten der Witwen- und Waisensversorgung könnten vollständig vom Reich aufgebracht werden. Für Betriebe, die eine besonders hohe Unfallgefahr aufweisen, wäre ein Zuschlag nach einer Einteilung in Gefahrenklassen, wie sie bei den Berufsgenossenschaften üblich sind, zu fordern. Das gleiche müsste von Betrieben, die in ihrer Fabrikation besonders hohe Erkrankungsgefahren für die Arbeiter aufweisen, für die Krankenversicherung verlangt werden. Der einheitliche Beitrag würde dadurch nicht berührt werden, denn die Zuschläge würden von den Unternehmern besonders nach der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter erhoben werden.

Für die Beitragseinzahlung eignet sich die Ortskasse ausserordentlich, und gleichzeitig könnte das Markenkleben fortfallen. Die Krankenkasse wird am ehesten die Hinterziehung von Beiträgen verhindern können, da sie die Verhältnisse am Ort überschauen kann. Schon jetzt ist bei den Krankenkassen die Zahl der hinterzogenen Beiträge verhältnismässig gering; wenn aber weiter die im Krankenversicherungsgesetz enthaltene Bestimmung, dass der Arbeitgeber für den Schaden aufzukommen hat, wenn er bei der Krankenkasse die Anmeldung des Arbeiters unterlässt, allgemeine Anwendung finden würde, dann dürfte die Zahl der hinterzogenen Beiträge sehr zusammenschmelzen. Die Ortskasse hat natürlich nur die Gelder zurückzubehalten, die zur Erledigung ihrer Verpflichtungen erforderlich sind. Besondere Schwierigkeiten werden der Beitragseinzahlung auf dem platten Lande entgegenstehen, weil hier der kleine Kreis der Versicherten es nicht gestattet, in jedem Dorfe eine Ortskasse zu errichten. Solche Ortschaften müssen an die nächste grössere Kasse angeschlossen werden, vielleicht kann man die Beitragserhebung nach Art der Posthilfsstellen zuverlässigen Personen im Nebenamt übertragen. Für die Heimarbeiter wäre von den Unternehmern die volle Beitragsleistung zu fordern, was bei einer so gestalteten Einrichtung auch leicht durchzuführen wäre. Mit dem Aufhören des Markenklebens erübrigt sich auch die Quittungskarte. Die Zahl der geleisteten Beiträge kann am Schluss des Jahres dem Arbeiter in ein Quittungsbuch, das er nie aus den Händen gibt, eingetragen werden; verlässt der Arbeiter den Ort, so hat er sich den Rest der Beiträge quittieren zu

lassen, und an dem nächsten Ort, wo er Arbeit nimmt, wird dann aus seinem Quittungsbuch die bisher geleistete Beitragszahl in die Bücher der Ortskasse übertragen. Diese Buchung wird nötig sein, um beim Verlust des Buches durch Nachfrage bei der letzten Ortskasse die Beitragsleistung zu ermitteln. An- und Abmeldung des Arbeiters liegt dem Unternehmer ob. Bei der Unfallrente würde die Dauer der Beitragsleistung keine Rolle spielen, da es heute schon für die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft gleichgültig ist, ob der durch Unfall zu Schaden gekommene Arbeiter eine Stunde oder jahrelang im Betriebe beschäftigt war. Will man aber weiter die Dauer und Höhe der Krankenunterstützung und Invalidenrente nach der Zahl der geleisteten Beiträge bemessen, so wird das Quittungsbuch die nötige Auskunft geben. Mehr zu empfehlen wäre die einheitliche Leistung im Anschluss an den Klassenbeitrag; denn bei dem Umfang der Kasseneinrichtung spielt die Karrenzzeit bei Gewährung der Krankenunterstützung nicht mehr die Rolle, wie gegenwärtig bei der vielgestaltigen Krankenkassengruppierung.

Für die Invaliden- und Altersrente werden die Bestimmungen über die Berechnung der Wartezeit und der Verlust der Anwartschaft längst als ein grosser Übelstand empfunden; nach dieser Richtung müssen weitgehende Erleichterungen geschaffen werden. In vielen Fällen kommen heute invalide Arbeiter nicht in den Genuss der Rente, weil sie in den letzten Jahren, bevor sie invalid wurden, nicht die nötige Zahl von Marken klebten. Die Zahl der Marken, die sie früher geklebt haben, kann noch so gross sein, sie haben das Anrecht auf jede Rente verloren, wenn sie nicht bis zu ihrer Invalidität mindestens in einem Zeitraum von 2 Jahren in versicherungspflichtiger Beschäftigung 20 Marken oder als Selbstversicherer 40 geklebt haben. Die unterlassene Beitragsleistung ist aber in der Regel darauf zurückzuführen, dass die Arbeitsfähigkeit des langsam der Invalidität verfallenen Arbeiters nachgelassen hat, das dauernde Arbeitsverhältnis infolgedessen aufhörte, und bei gelegentlichen kurzen Beschäftigungen keine Marken geklebt wurden. Die Abweisung der Versicherten in solchen Fällen wird heute von allen einsichtigen Sozialpolitikern als eine Härte empfunden. Man möge lieber die Rückzahlung der Beiträge einstellen, aber an die Erfüllung der Anwartschaft keine anderen Ansprüche stellen, als die, dass der Versicherte die soziale Stellung eines Lohnarbeiters bis zu seiner Invalidität behalten hat.

Das schwerfällige Vorbereitungsverfahren für den Rentenanspruch bedarf sehr der Vereinfachung; sowohl die Gemeindebehörde bei den Invalidenrenten, wie die Polizeibehörde bei den Unfallrenten sollten ausgeschaltet werden, da beide vollständig ungeeignet und vielfach auch unfähig zur Erfüllung der Aufgaben sind. Das Schwergewicht der Rentenfestsetzungen sowohl bei Unfällen, wie bei Invalidität und Alter, ebenso für die Witwen und Waisen sollte der Landesversicherungsanstalt überwiesen werden. Dazu gehört eine Ausdehnung der Befugnisse des Vorstandes, der über alle Rentenansprüche zu entscheiden hätte, und an dessen Zusammensetzung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmässig zu beteiligen sind. Der Vorbescheid, der bei Unfallrentenansprüchen erteilt wird, kann beseitigt werden, da er für die Verletzten von keinem Wert ist, in der Regel nur das Verfahren erschwert. Gestaltet sich die Erledigung der Geschäfte zu umfangreich, so wird durch besondere Rentenfestsetzungskommissionen eine Erleichterung möglich sein. Die Vorbereitung, das heisst

die Entgegennahme der Anträge oder die Antragstellung selbst, die Ausführung von Recherchen, ist Sache der Ortskasse, die für diese Funktionen besondere Beamte anzustellen hat. Von dieser Stelle könnte auch die Auszahlung der Renten erfolgen, so dass die Post aus dem ganzen Abrechnungsverfahren ausscheidet. Der Arbeiter würde sich bei Geltendmachung seiner Ansprüche schnell zurechtfinden und aller Ballast, der dem gegenwärtigen Verfahren anhaftet, beseitigt werden. Die Beamten, die sich nur mit dieser Materie beschäftigen, bekämen eine besondere Vertrautheit mit ihrem Amt, und es bliebe auch eine Fühlung mit den Versicherten bestehen für die Landesversicherungsanstalt, die heute vollständig fehlt. Der Ausschuss in der Landesversicherungsanstalt ist ein überflüssiges dekoratives Beiwerk, das fallen kann mit den erweiterten Befugnissen des Vorstandes. Die Wahl der Mitglieder des Vorstandes wäre auf der Grundlage der Proportionalwahl für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesondert vorzunehmen, mit einer Ausdehnung des passiven und aktiven Wahlrechtes auf die Frauen. Noch besser ist der Vorschlag, den Kleis in der *Arbeiterversorgung* machte, die Teilung überhaupt zu beseitigen und allgemeine Wahlen einzuführen.

Die Anfechtung der Entscheidungen bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und als letzter Instanz dem Reichsversicherungsamt kann wohl in der bisherigen Weise beibehalten werden; dagegen wäre die Abhängigkeit des Schiedsgerichts von der Landesversicherungsanstalt aufzuheben, und die Kosten des Verfahrens müssten vom Reich oder den Einzelstaaten übernommen werden. Neben dem Reichsversicherungsamt noch die Landesversicherungsämter weiter bestehen zu lassen, erscheint unnötig. Das Landesversicherungsamt ist gegenwärtig nur für die Berufsgenossenschaften zuständig, die ihren Bezirk auf das Gebiet eines Bundesstaates beschränken. Die Zahl dieser Berufsgenossenschaften ist sehr klein, es kommen im wesentlichen nur die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Betracht. Da für alle übrigen Berufsgenossenschaften und auch in Invalidenstreitsachen das Reichsversicherungsamt zuständig ist, so ist garnicht einzusehen, welches Anrecht die Landesversicherungsämter auf ihr Weiterbestehen haben sollten; für diese partikularistischen Sonderheiten besteht kein begründeter Anspruch. Die Rechtsprechung bekäme einen einheitlichen Instanzenzug, desgleichen wäre, wie schon angedeutet, das Verwaltungsstreitverfahren, die Anrufung der ordentlichen Gerichte in allen Streitsachen, die die Arbeiterversicherung betreffen, auszuschalten, an deren Stelle wären Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt mit der Rechtsprechung in Arbeiterversicherungssachen zu betrauen.

Auf die übrigen Rechtsfragen einzugehen, würde zu weit führen, die Betrachtungen sollten nur auf die einheitliche Organisation und Verwaltung der Versicherungseinrichtungen gerichtet sein. Das Reformwerk wird nicht so schwierig sein, wie Graf Posadowsky im Reichstag vor kurzem meinte, wenn sich die Regierung nur entschliesst, den ganzen bürokratischen Verwaltungskram unter Ausschaltung aller Sonderinteressen kapitalistischer Gruppen aufzuheben. Eine Versicherungsgesetzgebung, die, wie es heute geschieht, in ihrem inneren Aufbau mehr von dem Gesichtspunkte einer Almosenverteilung, als einer freien Kasseneinrichtung ausgeht, hat eine für die Arbeiterschaft durchaus unsympathische Tendenz. Die Reform muss der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung den nötigen Einfluss gewähren, dann wird den Trägern der

Versicherungseinrichtungen auch das Vertrauen nicht mangeln, dessen sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben so dringend bedürfen.

XX

OTTO HUE · IST EIN DEUTSCHES *COURRIÈRES* MÖGLICH ?

BEVOR ich diese Frage zu beantworten versuche, möchte ich ein paar Worte sagen über einige Begleiterscheinungen der Riesenkatastrophe im nordfranzösischen Kohlendistrikt. Der deutschen Rettungskolonnen ist mit Recht viel Anerkennung zu teil geworden. Aber wenn man diese Rettungsaktion verherrlicht als etwas im Bergbaubetrieb Ungewöhnliches, so muss zur Steuer der Wahrheit dagegen Verwahrung eingelegt werden. Was die mit vorzüglichen Rettungsapparaten ausgestatteten Mannschaften aus Gelsenkirchen-Herne in Courrières leisteten, das haben Hunderte von Bergarbeitern in Deutschland und im Auslande auch schon getan, wenn es galt, gefährdete Arbeitsbrüder zu retten; und zwar haben diese unbekannt Helden die Todesfahrt zur Rettung ihrer Kameraden unternommen ohne schützende Rettungsapparate. Jedes Kind im Bergwerksrevier weiss, dass auf die Kunde von einem grossen Grubenunglück sofort die Bergleute von den benachbarten Gruben herbeieilen, um sich unverzagt in die todesdrohende Tiefe zu begeben. Viele dieser Retter sind bei ihrem hochherzigen Werke selbst zu Grunde gegangen. Für den Bergmann vom alten Schläge versteht es sich von selbst, dass er sein Leben einsetzen muss, wenn Aussicht ist, bedrohte Arbeitsbrüder zu retten. Natürlich meldet von diesen stillen Heldentaten keine lärmende Presse, die Namen der Tapferen bleiben unbekannt. Dennoch sind schon in unseren Gruben von Arbeitern und Beamten Rettungsversuche unternommen und glücklich durchgeführt worden, die sich würdig der Tätigkeit des deutschen Rettungskorps in Courrières zur Seite stellen lassen. Wurde doch auch aus Courrières berichtet, zu Hunderten seien von den benachbarten Gruben Bergleute herbeigelaufen, nur mit Gewalt habe man sie von der Einfahrt in die Todesschächte zurückhalten können.

Das ist uralte Bergmannsart. Sie erklärt auch die Ausdehnung mancher Einzelstände in den Bergwerksbezirken zu Massenstreiks. Beim vorjährigen Generalstreik der Ruhrbergleute registrierten die Werksblätter entrüstet die Tatsache, dass eingestandenermassen auch solche Belegschaften und Bergleute mitstreikten, die über namhafte Missstände nicht zu klagen hätten. Damit sollte der Beweis von der *Frivolität* des Streiks erbracht sein. Wenn aber das aufopfernde Solidaritätsgefühl in Stunden der Not bei der Bergarbeiterschaft nicht vorhanden wäre, wo sollten die todesmutigen Retter bei Grubenkatastrophen hergenommen werden? So etwas lässt sich nicht durch Barzahlung erreichen, und das ist auch gut so.

Die eigentliche Bedeutung der deutschen Rettungsaktion in Courrières liegt nicht auf fachmännischem, sondern auf politischem Gebiete. Zwei Kulturvölker, die in chauvinistische Rasereien versetzt zu werden drohten, sind durch die gemeinsamen Samariterdienste in Courrières so nahe gebracht worden, wie kaum je zuvor. »Was die Diplomaten verdarben, das haben die deutschen

Bergleute wieder gut gemacht«, rief ein französisches Blatt aus. Das allerdings ist das bleibende historische Verdienst der deutschen Rettungskolonnen, und dafür ist ihnen die Kulturwelt Dank schuldig. Schade, dass auch dieser schöne Apfel einen Wurm birgt. Vor mir liegen Reklamezirkulare der verschiedensten Rettungsapparatefabriken. Keine will ich nennen, auch keine Person, schon um für keine Reklame zu machen. Nur möchte ich die beschämende Tatsache konstatieren, dass selbst angesichts eines Riesenunglücks, das einen ganzen Landesteil seiner kräftigsten Bevölkerung beraubte, die unersättliche Gier nach erhöhtem Profit aufflackerte. Die eine Fabrik wollte angeblich den Preis für Rettungsapparate (Sauerstoffapparate für Arbeiten in irrespirabler Luft) herabsetzen. Weil die Konkurrenzfabrik dies »befürchtete«, schlägt sie eine »Vertriebsvereinigung« vor, die den Preis der Apparate »sofort um 50 Mark erhöhen« könne. Denn — so heisst es wörtlich in dem kapitalistischen Dokument — »es wäre doch schade darum, wenn wir nicht alle Vorteile des Grubenunglücks in Courrières ausnutzen wollten«! Den entsetzlichen Tod von 1200 Menschen, das Jammern der Witwen und Waisen, münzt der Kapitalismus in höhere Profite um. Ein grauenhaftes Satyrspiel! Man würde es in das Phantasiereich verweisen müssen, wenn der Beweis nicht schwarz auf weiss vor uns läge.

Sind Katastrophen à la Courrières auch in Deutschland möglich? Um hierauf zu antworten, müssen wir uns die Zustände auf den Unglücksschächten vergegenwärtigen. Damit auch die Verfechter des modernen Bergbausystems mir keine *Entstellung* oder *Hetze* vorwerfen können, werde ich meine Darstellung stützen auf die Originalberichte der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, des Organs des Kohlsyndikats, der *Cölnischen Volkszeitung* und der *Frankfurter Zeitung*.

Am 10. März dieses Jahres ereignete sich die Katastrophe, an einem Montag. Im Schacht III bei Mericourt bestand ein Flözbrand. Ob er, wie die Arbeiter sagen, schon monatelang existierte, oder nur einige Tage, wie die Grubenvertreter behaupten, ist zunächst nebensächlich. Entscheidend ist, dass der Flözbrand der Ausgangspunkt der Katastrophe gewesen ist: von ihm aus wurden die Grubenbaue vom Feuer ergriffen, und die nebenhergehenden oder späteren Explosionen von Gasen oder Kohlenstaubmassen gaben erst dem Unglück seine furchtbare Ausdehnung. Flözbrände sind auch in Deutschland gar nicht selten. Wer das bestreitet, der lese, was ein Fachmann in der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* vom 14. März schreibt. Da wird bestätigt, dass sich »noch nicht gelöschte Feuerherde [in Brand geratene Kohlenaderteile] in allen Kohlenrevieren der Welt befinden . . . Es gibt zahlreiche Kohlengruben, in welchen es in solchen durch die Eindämmung lokalisierten Feuerherden seit vielen Jahren brennt, ohne dass die in der Grube arbeitenden Knappen auch nur im geringsten gefährdet sind.« Die letzte Ursache der Courrièreskatastrophe war ein Flözbrand. Flözbrände sind in deutschen Gruben häufig. Demnach wäre schon theoretisch ein Unglück à la Courrières auch in Deutschland möglich.

Damit der Flözbrand den Betrieb und die Arbeiter nicht gefährdet, wird vor der Feuerstelle eine absperrende *Brandmauer* errichtet. Ist sie stark und dicht genug, dann besteht keine besondere Gefahr für die Arbeiter. Aber — und hier wird auch in Courrières gesündigt worden sein — da meistens die

fetten, wertvollsten Kohlenflöze in Brand geraten, ist es schon wiederholt vorgekommen, da man die Kohle nicht stecken lassen wollte, dass man die Brandmauer zu früh fortriss und damit die Unterlage für ein Unglück schuf. Die Geschichte unseres Bergbaues ist reich an solchen Brandunglücken. Im 3. Heft 1905 der *Zeitschrift für Bergbau-, Salinen- und Hüttenkunde* sind mehrere Grubenkatastrophen beschrieben. Am 2. März 1904 fand auf der ober-schlesischen Steinkohlengrube *Schlesien* eine tödliche Explosion statt, an einer Stelle, von der es in der amtlichen Zeitschrift heisst, sie sei »längere Zeit wegen Grubenbrandes abgedämmt gewesen«. Man versuchte, »das Feld möglichst schnell abzubauen«, dabei geschah das Unglück, mehrere Menschen wurden getötet. Die selbe Zeitschrift berichtet von zwei Explosionen auf der Zeche *Werne* bei Hamm am 16. und 28. April 1904. Die zweite Explosion entstand dadurch, dass eine an der alten Explosionsstelle zwecks Abdämmung eines Flözbrandes aufgeführte Mauer durch die hinter ihr sich entwickelnden Gase »umgeworfen« worden sein soll — mindestens also war sie zu schwach! —, die durch reichlich lagernden trockenen Kohlenstaub begünstigte Flamme brauste durch die Strecken und schlug hoch zum Wetterschacht hinaus. Wäre in diesem Augenblick der betreffende Betriebsteil mit Arbeitern belegt gewesen, so wären alle verbrannt. Hierdurch ist auch die praktische Möglichkeit von Katastrophen à la Courrières in Deutschland erwiesen. Ob es gerade 1200 Tote geben würde, ist nicht entscheidend.

Wäre die Brandstelle im Schacht III bei Mericourt sorgfältig abgemauert gewesen, respektive wäre sie nicht zu früh geöffnet worden, dann hätte nach dem Urteil hervorragender Fachleute die Katastrophe nicht geschehen können. Indes, auch wenn die Brandstelle in frivolster Weise blossgelegt wurde, immer noch hätte sie allein das riesige Unglück nicht nach sich ziehen können. Höchstens wäre es zu einer lokalen Katastrophe gekommen, — wenn die Bewetterung der Schächte eine gute gewesen, und wenn der nachweislich sich stark ablagernde Kohlenstaub sorgfältig genässt worden wäre. War das der Fall? Das ist vollkommen ausgeschlossen. Erstens wurden — was auch die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* bestätigt, — die Schächte II, III und IV nur von einer zentralen Ventilationsanlage bewettert, statt dass jeder Schacht gesondert ventiliert wurde und ausserdem im Notfalle die einzelnen Betriebspunkte auch noch gesondert ventiliert, von den tödlichen Schwaden durch Wettertüren etc. hätten abgesperrt werden können. Der Wetterstrom wurde in den (mittleren) Schacht III geleitet und von hier durch die Schächte IV (*Sallumines*) und II (*Billy-Montigny*) getrieben. Dieses Bewetterungsgebiet umfasst mehr als 60 Kilometer. Und hierfür nur eine zentrale Ventilationsanlage! Da nun das Unglück wollte, dass sich gerade im Felde des Schachtes III der Feuerherd befand, so wurden durch den Wetterstrom die Brandgase und giftigen Schwaden durch drei unterirdische Schachtanlagen getrieben. Die schrecklichen Folgen sind weltbekannt. Zwar wird von Interessenten behauptet, das *System Courrières* entspreche am besten dem französischen Grubenbetrieb. Ich habe aber schon vor Jahren, als ich im nordfranzösischen Kohlenrevier weilte, von Kameraden das Gegenteil gehört. Sie klagten über oft sehr schlechte Luft in der Grube. Das findet Bestätigung durch den riesenhaften Umfang der Courrièreskatastrophe. Und ferner: wäre sonst die Bewetterung gut gewesen, dann konnten sich in den verschiedensten Betriebsabteilungen nicht so bedeutende

Quantitäten Schlagwetter ansammeln, die gewaltig explodierten und ein fürchterliches Chaos anrichteten. Was immer wieder von den erfahrensten Bergleuten erklärt wird, es bleibt wahr: die Hauptsache ist reichliche frische Luftzufuhr nach allen Betriebspunkten! Ist sie vorhanden, dann sind mindestens grosse unterirdische Brand- und Explosionskatastrophen völlig ausgeschlossen. Ist in dieser Hinsicht bei uns vorgesorgt? Die Geschichte der letzten Grubenunglücke verneint diese Frage. Wer die Bergleute fragen will, kann von ihnen erfahren, dass es in unseren Gruben oft grauenhaft schlechte Bewetterung gibt. Allerdings, das zentrale Bewetterungssystem à la Courrières ist bei uns in der Regel nicht gebräuchlich. Man hat die Ventilierung der einzelnen Grubenabteilungen so eingerichtet, dass man jede separat bewettern kann. Tatsache ist aber, dass sehr häufig die Ventilation so schlecht ist, dass keine Lampe brennt, die Leute ohnmächtig werden. Darum auch die häufigen Schlagwetterexplosionen. Doch die Sachlage ist noch viel ernster. Die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* vom 15. März 1906 teilt mit, »nicht überall in Preussen existiere das separate Bewetterungssystem«. Also gibt es auch bei uns Gruben, die nach französischer Methode ventilieren! Nach langer Erörterung kommt das Kohlensyndikatsorgan zu dem Schluss, eine Katastrophe wie in Courrières sei bei uns zwar »unwahrscheinlicher«, aber wenn »noch nicht erkennbare Zufallsmomente« mitwirkten, »nicht ausgeschlossen«. »Noch nicht erkennbare Zufallsmomente« sollen auch in Courrières die Katastrophe bewirkt haben, gerade jene Gruben sind oft als Mustergruben von Fachleuten gepriesen worden — und nun? Da selbst das Kohlensyndikatsorgan die Möglichkeit eines deutschen *Courrières* nicht ausschliessen kann, haben wir erst recht keine Veranlassung, sie zu verneinen.

Doch noch mehr. Es ist abermals die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, die am 17. März 1906 den Unternehmern von Courrières folgende furchtbare Anklage ins Gesicht schleudert: Es fehlte völlig an Berieselung des trockenen Kohlenstaubes; mit offenen Lampen wurde in den schlagwetterreichen Gruben gearbeitet! Um die Ungeheuerlichkeit dieses Zustandes zu ermassen, muss man wissen, dass schon 1845 Faraday und Lyell die Explosivkraft des trockenen Kohlenstaubes demonstrierten. Schon 1875 hat der englische Bergingenieur Galloway praktisch festgestellt, eine kleine Menge Gas genüge, um eine Kohlenstaubexplosion zu bewirken. In Deutschland haben seitdem die grossen Grubenunglücke von *Kleophas*, *Karolinenglück*, *Blumenthal*, *Borussia* u. s. w. die Gefährlichkeit des Kohlenstaubes erwiesen. In Courrières hat sich das Unternehmertum darüber hinweggesetzt, die Riesenkatastrophe hat das kapitalistische Verbrechen enthüllt.

Darf man annehmen, in Deutschland bestände überall die Berieselung des trockenen Kohlenstaubes? Vorgeschrieben ist sie freilich meistens nach der furchtbaren Lehre von *Karolinenglück* /1898/ (120 Opfer). Bezeichnenderweise ist aber bei fast allen späteren Grubenexplosionen die Mitwirkung trockenen Kohlenstaubes festgestellt worden! Erinnert sei nur an das Brandunglück auf *Borussia* am 10. Juli 1905. Nach einwandfreien Aussagen der betreffenden Arbeiter hat in dem Unglücksschacht die vorgeschriebene Berieselung gefehlt. Die hölzerne Schachtverkleidung war trocken, mit einer durchaus gefährlichen offenen Lampe wurde die verhängnisvolle Unglücksstelle beleuchtet. Das ausgebrochene Feuer fand an den trockenen Schacht-

hölzern und dem trockenen Kohlenstaub die beste Nahrung. 39 Menschen sind dabei zu Grunde gegangen. Wenn auch bei uns Sicherheitsmassregeln *vorgeschrieben* sind — wie sie ausgeführt werden, das ist die entscheidende Frage. Wir haben keinen Grund, uns in Sicherheit zu wiegen.

Die Tragödie von Courrières erreichte ihren erschütterndsten Höhepunkt, als 20 Tage nach der Katastrophe 13 längst totgeglaubte Bergleute dem Schacht entstiegen. Einige Tage später kam noch ein Totgeglaubter lebend zu Tage. Die Wut der Bevölkerung gegen die Grubenausbeuter brach elementar los. Wo die Vierzehn lebten, da konnten noch Hunderte gelebt haben. Positiv erklärt der Berichterstatter der *Frankfurter Zeitung*, die Ingenieure hätten zu früh (schon am 11. März) die Rettungsarbeiten eingestellt, die zur Einfahrt drängenden kundigen Arbeiter seien gewaltsam zurückgehalten worden. Aus dieser Schilderung und der anderer bürgerlicher Blätter gewinnt man den Eindruck, dass die Werksinteressenten in erster Linie auf die Erhaltung der Gruben bedacht gewesen sein müssen und nicht alles versucht haben, um die Menschen zu retten. Darüber muss die gerichtliche Untersuchung Aufklärung bringen. Positiv wird aber auch in bürgerlichen Berichten behauptet: wären die Herne-Gelsenkirchener Rettungsmannschaften gleich nach der Katastrophe mit ihren Sauerstoffapparaten zur Stelle gewesen, sie hätten viele Hunderte von Menschen retten können. Die Rettungskolonnen konnten erst am dritten Tage im Unglücksrevier sein. Auf den Courrières-schächten befand sich nicht ein einziger Rettungsapparat!

Es handelt sich hier um Sauerstoffbehälter, die den dafür geschulten Mannschaften auf den Rücken oder vor die Brust geschnallt werden. Aus dem Behälter führt ein Atmungsrohr zum Munde des Trägers, dessen Ausatmung in einen Sack abgeführt wird, in dem Kalipatronen die ausgeatmete Kohlensäure absorbieren. Gegen die äusseren Belästigungen durch Brandgase und Qualm wird der Mann durch Rauchhelm und Schutzbrille geschützt. Es existieren mehrere Systeme solcher Rettungsapparate. Mit solchen ausgerüstet, haben die deutschen Rettungsmänner 24 Stunden ununterbrochen in der giftigen Atmosphäre gearbeitet; leider war es zu spät. Da sich in der Tiefe die auf-erstandenen Vierzehn wochenlang am Leben erhalten konnten, kann nicht stichhaltig bestritten werden, dass, wenn man am 10. März gleich mit Rettungsapparaten vorgegangen wäre, noch Hunderte dem Tode hätten entrissen werden können. Schon vor etwa zehn Jahren hat der Kameraldirektor von Walcher die Verwendung von Sauerstoff für Rettungszwecke durch Konstruktion von Pneumatophoren praktisch gezeigt. Grosse Verdienste um die Ausbildung dieser humanitären Einrichtungen hat sich die Zeche *Shamrock* erworben; sie ist mustergültig vorgegangen. Aber sie hat leider wenig Nachahmung gefunden. Die finanziell glänzend fundierte Gesellschaft von Courrières gab keinen Pfennig aus für Rettungsapparate. Ein Apparat mit zugehöriger Munition (Kalipatronen) kostet nur etwa 500 Mark. Millionen Francs haben die Ausbeuter von Courrières jährlich eingeheimst, für den Schutz ihrer Arbeiter warfen sie nicht einmal einige Tausend Francs aus.

Ist in Deutschland für den Fall von Brandkatastrophen in den Gruben für Rettungsapparate gesorgt? Gleich nach Courrières behauptete die deutsche Werkspresse, so etwas könne bei uns nicht vorkommen, weil unser Rettungswesen »ganz vorzüglich« ausgebildet sei. Diese Behauptung ist einfach unwahr, wofür nunmehr Beweise vorliegen.

Der Vorstand des deutschen Bergarbeiterverbandes hat im April dieses Jahres eine Umfrage veranstaltet nach auf Gruben vorhandenen Rettungsapparaten. Das Resultat hat selbst Kenner unserer Grubenverhältnisse überrascht: Verhältnismässig am meisten sind die oberschlesischen Steinkohlengruben mit Pneumatophoren versehen, was hier auch sehr notwendig ist, weil auf den oberschlesischen Kohlengruben Flözbrände sehr häufig sind. Die fiskalischen oberschlesischen Schächte sind relativ vorzüglich mit Rettungsapparaten ausgerüstet. Aber selbst die feuergefährlichen oberschlesischen Gruben haben nur etwa zum dritten Teil Rettungsapparate, wie die Belegschaftsvertrauensleute berichten. Aus Niederschlesien liegt gar keine Meldung vor. Im Königreich Sachsen sind ebenfalls nicht alle Schächte mit Rettungsapparaten ausgerüstet. Aus dem mitteldeutschen, lothringischen und Aachener Grubengebiet wissen die befragten Belegschaften nichts von Rettungsapparaten. Auf den südbayerischen Zechen konnten nur in Pensberg Rettungsapparate ermittelt werden, sogar auf der fiskalischen Grube *Peissenberg* fehlen solche Einrichtungen. Im Saargebiet brach am 17. April dieses Jahres auf der Grube *Dudweiler* (fiskalisch) ein Brand aus, zehn Arbeiter wurden ohnmächtig und konnten nur mit grosser Mühe gerettet werden. Die näheren Umstände sind bisher nicht bekannt geworden, aber es ist charakteristisch, dass angeblich auch die mit Rettungsapparaten ausgerüsteten Mannschaften **bewusstlos** zu Tage geschafft werden mussten. Ob die Apparate modern waren, oder ob die Schulung der Rettungsmannschaften — worauf es auch ankommt — genügend war, entzieht sich noch der öffentlichen Kenntnis. Im Ruhrgebiet stellte die Umfrage des Bergarbeiterverbandes nicht einmal auf 25% der Schächte das Vorhandensein von Rettungsapparaten fest! In Bezirken mit 9 bis 29 Schächten war den Belegschaften auf keinem einzigen Schacht etwas von Rettungsapparaten bekannt. Sogar auf den fiskalischen Schächten bei Gladbeck wissen die Arbeiter nichts von Rettungsapparaten. Diese Enquete wirft die einullenden Lobhudeleien der Werkspresse glatt über den Haufen und fordert gebieterisch schleunigste Vorkehrungen zur Verhütung von Schreckenzenen à la Courrières.

Es genügt durchaus nicht, dass nur auf einigen Schächten in einem Revier Rettungsapparate vorhanden sind. Sie müssen überall bereit stehen, überall müssen Mannschaften in der Handhabung der Apparate geübt sein. Das hat *Borussia* bewiesen. Als dort am 10. Juli 1905 der mörderische Brand ausbrach, fehlte es an Rettungsapparaten, sie mussten erst von einer anderen Zeche geliehen werden, womit viele kostbare Zeit verloren ging. Naturgemäss sind die fremden Rettungsleute auch nicht so vertraut mit dem Grubeninnern, wie die kundigen Belegschaftsmitglieder. Erst am 1. und 2. Mai 1906 wurden die letzten 25 Leichen auf *Borussia* geborgen. Sie waren halbentblösst, die Unglücklichen haben augenscheinlich mit ihren Oberkleidern die Wettertüren verdichtet gegen die Brandgase, um nicht zu ersticken. Demnach können die Leute nach der Katastrophe wer weiss wie lange noch gelebt haben, wartend auf den Retter! Gerade wie in Courrières. Man kann nicht nachweisen, aber annehmen, dass mit Hilfe sofort vorhandener Rettungsapparate kundige Mannschaften die Unglücklichen früh genug aufgefunden hätten. Ist diese durch die Vorgänge in Courrières gestützte Annahme nicht eine unabweisbare Begründung der Arbeiterforderung *Mehr Bergarbeiterschutz!*? Was dort geschehen, kann sich

jeden Tag wieder ereignen. Deshalb ist es nunmehr absolut notwendig, dass von Gesetzes wegen die Grubenbesitzer gezwungen werden, alle Vorkehrungen gegen Wiederholungen solcher Entsetzlichkeiten zu treffen.

Schon anlässlich der Brandunglücke auf *Zollern* und *Borussia* im Jahre 1898 schrieb der Berginspektorbericht, es sei »ein dringendes Bedürfnis, Rettungsapparate bereit zu halten«. Als das letzte *Borussia*unglück — 7 Jahre später! — geschah, waren immer noch keine Rettungsapparate bereit gestellt. Man hat sich zu entschuldigen versucht, indem man sagte — auch der preussische Bergwerksminister Herr Delbrück machte sich im Landtag dieses Argument zu eigen —, es sei sehr schwierig, geeignete Rettungsmannschaften auszubilden. Das ist nur eine leere Ausrede. Die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* vom 31. März berichtet aus Courrières, die deutsche Rettungskolonie habe französische Kameraden in der Handhabung der Apparate unterwiesen. Die so Angelernten sind nicht nur in Begleitung der Deutscher miteingefahren, sondern haben auch die Rettungsarbeiten mit den zurückgelassenen Apparaten selbständig fortgesetzt, nachdem die Deutschen heimgekehrt waren. Also was dort in einigen Stunden oder Tagen möglich gewesen ist, das soll in Deutschland im Laufe von Jahren nicht zu erreichen gewesen sein?! Höre man endlich auf mit den Beschönigungsversuchen, es handelt sich um Hunderte und Tausende von Menschenleben.

Nicht enthalten konnten sich die kapitalistischen Wortführer in der Werkspresse und im preussischen Landtage, die prinzipielle Forderung der Arbeiter *Anstellung von Arbeiterkontrolleuren!* überlegen zu verhöhnern: in Courrières seien gesetzlich berechnigte Arbeiterinspektoren in Funktion gewesen, ohne die Katastrophe verhindern zu können. Ist es denn wirklich so schwer, ehrlich gegen die Arbeiter zu sein?


Das französische Gesetz vom 8. Juli 1890 gibt den Arbeiterinspektoren nur die Befugnis, die Gruben zu untersuchen, aber sie haben keinerlei Exekutive. Sie haben lediglich den Untersuchungsbefund zu Protokoll zu geben, sie haben kein Mittel, um die vorgefundenen Missstände, und seien es die allerschlimmsten, abstellen zu lassen, können keinerlei Anordnungen treffen, sondern müssen warten, bis es dem Unternehmer gefällt, Remedur zu schaffen. Dass die Arbeiterinspektoren kein Recht haben, Massregeln zur Abstellung vorgefundener Missstände zu treffen, ist in dem zu dem erwähnten Gesetz ergangenen Ministerialerlass vom 19. August 1890 noch besonders ausdrücklich den Inspektoren eingeschärft worden. Warum sagen das die Verteidiger des Grubenkapitals nicht? Warum sagen sie nicht, dass der Arbeiterinspektor von dem Unglücksschacht III, Simon Pierre, im Protokoll vom 3. März 1906 auf den skandalösen Zustand der Grube aufmerksam gemacht hat — 7 Tage vor der Katastrophe!? Diese Warnung liessen die Grubenleiter und die staatlichen Bergingenieure unberücksichtigt. Und deswegen soll die Unbrauchbarkeit der Arbeiterinspektoren bewiesen sein? Bewiesen ist damit, dass die internationalen Bergarbeiterkongresse vollkommen recht haben, wenn sie für die Arbeiterinspektoren gewisse Exekutivbefugnisse verlangen. Die verlangten Befugnisse versagen den Arbeiterinspektoren auch das englische und das belgische Gesetz. Gleichfalls nur das *Recht*, seinen Befund zu Protokoll zu geben, ist den *Sicherheitsmännern* auf der sächsisch-fiskalischen Grube *Zaukeroda* gegeben. Noch wertloser ist die *Bekanntmachung* der Bergwerksdirektion Saarbrücken vom 15. Dezember

1902, betreffend Befahrung der fiskalischen Gruben durch Mitglieder der Arbeiterausschüsse. In dem Prozess Hilger-Krämer wurde zeugeneidlich festgestellt: Als ein Arbeiterausschussmitglied von ihm vorgefundene Missstände zu Protokoll geben wollte, erklärte der Werksbeamte: »Wir brauchen keine Kritiker. Das kommt nicht ins Protokoll!« Hierdurch veranlasst, hat später der Arbeiter, wie er unter Eid bezeugte, in das Protokoll geschrieben: »Alles in Ordnung!«, auch wenn das Gegenteil richtig war. Welchen Wert haben solche Einrichtungen für die Grubensicherheit? Sie können nur noch mehr Unheil stiften. Darum ist es eine durch und durch unehrliche Kampfweise, von der Courrièreskatastrophe auf den Wert von Arbeiterinspektoren zu schliessen, wie es im preussischen Landtag geschah. Die Courrièreskatastrophe beweist gerade, wie notwendig es ist, das Institut der Arbeiterkontrolleure überall einzuführen und ihnen wirkliche Befugnisse zur Unglücksverhütung zu verleihen. Viel notwendiger brauchen die Grubenproletarier die von ihnen längst geforderte Reform der Grubeninspektion, als manches andere. Durch rührselige Leitartikel und nachträgliche Geldsammungen werden die Opfer des modernen Bergwerksbetriebes nicht zum Leben erweckt.

Die Katastrophe von Courrières ist von berufenen Autoritäten als aus aller fachmännischen Berechnung herausfallend beurteilt worden. Ich mache darauf aufmerksam, dass von Arbeiterseite vor Eintritt der schweren Grubenunglücke hingewiesen worden ist auf die lebensgefährlichen Zustände in jenen Schächten. Überlegen haben das die massgebenden Kreise ignoriert. Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen, musste der vorher missachteten Arbeiteransicht recht gegeben werden. Wenn ich alles das bedenke, was ich in dieser Hinsicht erlebt habe, und wenn ich in Betracht ziehe, wie wenig die wirklichen Grubenverhältnisse mit den schönfärbenden Stimmungsbildern der Werksinteressenten übereinstimmen, dann muss ich zu dem Schluss kommen, dass auch in deutschen Gruben sogenannte *unberechenbare Zufallsmomente* ein *Courrières* herbeiführen können. Darum darf ich nicht ablassen von der Forderung *Mehr grundlichen Bergarbeiterschutz!*

XX

HANS FEHLINGER · BERUFLICHE UND SOZIALE GLIEDERUNG IN ÖSTERREICH

 U den wichtigsten Aufgaben der Sozialstatistik gehört unstreitig die Erforschung der wirtschaftlichen Struktur eines Staates, sowie der Wandlungen, welchen sie unterworfen ist, denn sie ermöglicht es uns, die Tendenzen der Entwicklung zu erkennen; aber erst in verhältnismässig jüngster Zeit ist ihr die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet worden. Die Ergebnisse der berufs- und sozialstatistischen Erhebungen, die in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts in den meisten Kulturstaaten stattfanden, haben sowohl der Wissenschaft, wie der praktischen Sozialpolitik wertvolles Material geliefert. Es verlohnt sich daher, auch auf die Resultate der österreichischen Berufszählung von 1900¹⁾ kurz einzugehen;

¹⁾ Vergl. *Österreichische Statistik*, LXVI. Band: *Berufsstatistik* [nach den Ergebnissen der 1. Zählung vom 31. Dezember 1900] (Wien 1904).

sie lassen die berufliche und soziale Organisation der Bevölkerung nach dem Stande vom 31. Dezember 1900 erkennen, und es ist zum erstenmal die Möglichkeit geboten, die Entwicklung während eines Jahrzehnts zu verfolgen.²⁾ Man darf sich nicht wundern, dass in einem Staat wie Österreich, dessen ökonomische Struktur von äusseren Einflüssen relativ wenig abhängt, die im Laufe von zehn Jahren eingetretenen Veränderungen nur geringfügig erscheinen. Gehen wir ihnen aber nach, so enthüllen sich uns dennoch wissenswerte Tatsachen.

Die Methoden der Zählung und der Verarbeitung des gewonnenen Materials sind in Österreich im grossen ganzen von jenen, nach welchen bei der Berufszählung im Deutschen Reiche vorgegangen wird, wenig abweichend, so dass nähere Auseinandersetzungen über sie unterbleiben können. Unter der *Berufsgliederung* wird die Verteilung einer Bevölkerungsgruppe auf die einzelnen Berufsbetätigungen verstanden. Diese Bevölkerungsgruppe kann entweder nur die berufstätigen Personen oder die gesamte Bevölkerung umfassen, also die Berufstätigen allein oder diese und die indirekt Berufszugehörigen, das sind die Familienangehörigen und die Hausdienerschaft. Die Zahl der Personen in jeder dieser beiden Bevölkerungsklassen, sowie deren Verhältnis zu einander in den Jahren 1900 und 1890 veranschaulicht die folgende Tabelle.

Bevölkerungsklasse	Zahl im Jahre 1900		Zahl im Jahre 1890	
	absolut	%	absolut	%
Berufstätige	14 108 596	54,0	13 569 287	56,8
Angehörige und Dienende	12 042 112	46,0	10 326 126	43,2
Gesamtbevölkerung	26 150 708	100,0	23 895 413	100,0

Die Gesamtbevölkerung hat im Lauf der zehn Jahre um 9,44 % zugenommen, die Berufstätigen jedoch nur um 3,97 %, also erheblich weniger rasch. Verfolgt man die Veränderungen, so ist zu finden, dass die Berufstätigen in der Industrie, dem Handel und Verkehr, dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen z u -, in der Land- und Forstwirtschaft jedoch abnahmen, und zwar vornehmlich in den Alpen- und Sudetenländern; Galizien, Krain und Dalmatien weisen hingegen eine Zunahme der landwirtschaftlich Berufstätigen auf. Die Eigenheiten der einzelnen kulturell verschiedenen Gebiete Österreichs kommen noch deutlicher zum Ausdruck in der absoluten Vermehrung der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung (einschliesslich der Angehörigen und Dienstboten) in den Karpathen- und Karstländern und deren Rückgang in den Alpen- und Sudetenländern. In diesem Zusammenhange ist es angebracht, auf die natürliche Vermehrung der ackerbautreibenden Bevölkerung der Karpathenregion zu verweisen, die rascher ist, als bei den übrigen Berufsklassen und in den anderen Teilen Österreichs. Die geringe Entwicklung der Industrie in Galizien und der Bukowina bietet ferner der heranwachsenden Jugend wenig Gelegenheit, der Landwirtschaft den Rücken zu kehren.

An der Abnahme der landwirtschaftlich Berufstätigen ist das weibliche Geschlecht in viel stärkerem Masse beteiligt, als das männliche; es ergibt sich

²⁾ Mit den Volkszählungen von 1869 und 1880 waren gleichfalls Berufserhebungen verbunden; doch sind deren Resultate dürftig, und die Bearbeitung, wie die Darstellung erfolgte nach anderen Gesichtspunkten, so dass Vergleiche nicht angestellt werden können.

nämlich beim männlichen Geschlecht eine absolute Abnahme um 81,927 Personen (1,97 %), beim weiblichen Geschlecht jedoch um 181 722 Personen oder um 4,22 %: Prozentsätze, denen bei der verschiedenen Beteiligung der beiden Geschlechter am Berufsleben eine Gesamtabnahme der Berufstätigen um 2,8 % im Verhältnis zur ortsanwesenden Bevölkerung entspricht.

Die Vermehrung der industriellen Bevölkerung war eine mässige, die Vermehrung der im Handel und Verkehr, sowie im öffentlichen Dienst und den freien Berufen tätigen Bevölkerung eine bedeutende. In der letztgenannten Klasse hat die Zahl der Berufstätigen rascher zugenommen, als die Gesamtheit der Berufszugehörigen. Die Intensität ist allerdings auch territorial verschieden. Eine Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens wird durch die österreichischen Berufszählungen bestätigt: Der Kreis der dem Handel und Verkehr zugewandten Personen wächst rascher, als die der industriellen Produktion gewidmeten Kräfte. Dies wird in der folgenden Tabelle dargestellt.

Berufsklasse	Berufstätige		Zu- oder Abnahme %
	1890	1900	
Land- und Forstwirtschaft	8 469 223	8 205 574	- 3,11
Industrie	2 880 807	3 138 800	+ 8,95
Handel und Verkehr	845 073	1 036 483	+ 22,65
Öffentlicher Dienst und freie Berufe	1 374 004	1 727 739	+ 25,47

Die produktive Bevölkerung in den beiden Klassen *Land- und Forstwirtschaft* und *Industrie* zusammen ging etwas zurück, während in den beiden anderen (nichtproduktiven) Klassen eine Vermehrung der Berufstätigen um 545 055 stattfand. Eine ähnliche Erscheinung, besonders die rasche Zunahme der im Handel und Verkehr tätigen Bevölkerung, findet sich in allen modernen Kulturstaaten. Erwähnenswert ist aber, dass in den Ländern angelsächsischer Kultur die nichtproduktiven Schichten der Klasse *Öffentlicher Dienst etc.* weniger stark vertreten sind und viel langsamer zunehmen, als in den mitteleuropäischen Staaten.

Die nichtberufstätige Bevölkerung zählte im Jahre 1900 11 563 356 Familienangehörige, gegen 9 896 849 im Jahre 1890, was einer Zunahme um 17,16 % entspricht; die Zahl der Dienenden stieg in der selben Zeit von 456 277 auf 478 756 (4,93 %). Die indirekt Berufszugehörigen vermehrten sich von 1800 bis 1900 in der Land- und Fortwirtschaft um 2,68 %, in der Industrie um 13,78 %, im Handel und Verkehr um 23,15 %, im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen um 24,61 %.

In Österreich ist die Proportion der Berufstätigen höher, als im Deutschen Reich, wo diese, zusammen mit den berufslosen Selbständigen, im Jahre 1882 42,99 %, 1895 aber 44,26 % der Bevölkerung repräsentierten. Zu beachten ist ferner, dass in Österreich die Zahl der Berufstätigen im Verhältnis zur Einwohnerzahl zurückging, im Deutschen Reiche stieg. Dies weist auf eine allmähliche Ausgleichung der Wirtschaftsverhältnisse in den beiden Staaten hin. Gegenwärtig ist Österreich in Bezug auf industrielle und kommerzielle Entwicklung noch hinter dem Deutschen Reiche zurück, wogegen der Landwirtschaft eine höhere Bedeutung zukommt. Nach den Resultaten der letzten Zählung entfielen von je 100 Erwerbstätigen auf die Landwirtschaft 56,3

(36,19 im Jahre 1895 im Deutschen Reich), auf Industrie und Gewerbe 21,5 (36,14 im Deutschen Reich), auf Handel und Verkehr 7,1 (10,21), auf den öffentlichen Dienst, die freien Berufe und die Berufslosen 11,8 (15,57), auf häusliche und persönliche Dienstleistung 3,3 (1,89).

Hinsichtlich der sozialen Belastung, welche in dem Verhältnis der Berufstätigen zu den Dienenden und Angehörigen zum Ausdruck gelangt, resultiert, dass in Österreich die Quote der Angehörigen seit 1890 allgemein zunahm, am meisten in Industrie und Gewerbe. Bei den Dienenden kam nur in der Landwirtschaft eine Zunahme, sonst eine geringe Abnahme vor. Auf je 1000 Berufstätige entfielen:

Berufsklasse	1890		1900	
	Angehörige	Dienende	Angehörige	Dienende
Land- und Forstwirtschaft	572	4	664	7
Industrie	1090	49	1185	46
Handel und Verkehr	1346	150	1407	106
Öffentlicher Dienst etc.	544	110	542	98
überhaupt	727	34	820	34

Werden die zwei Kategorien der Nichtberufstätigen zusammengefasst, so zeigt sich überall, mit Ausnahme der Klasse *Öffentlicher Dienst und freie Berufe*, eine Steigerung der Belastungsziffer, und zwar entfielen im Jahre 1900 auf 1000 Berufstätige in der Landwirtschaft 671 Angehörige und Dienende (576 im Jahre 1890), in der Industrie 1231 (1139), im Handel und Verkehr 1513 (1496), im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen 640 (654). In allen vier Klassen zusammen stieg die Belastungsziffer von 761 auf 854. Die geringe Zahl der Angehörigen in der Landwirtschaft rührt daher, dass sehr viele Familienmitglieder als *Mithelfende* erwerbstätig sind und damit — wenigstens teilweise — für den eigenen Unterhalt aufkommen. In der Klasse *Öffentlicher Dienst etc.* hat die selbe Erscheinung in der Einbeziehung des aktiven Militärs, der katholischen Geistlichkeit u. s. w. ihre Begründung. Bei Beurteilung der vorstehenden Zahlen muss auch beachtet werden, dass die Quote der Angehörigen zu einem guten Teil von der Geburtenfrequenz abhängt, die bei den einzelnen Bevölkerungsschichten verschieden ist; durch eine geringe Kinderzahl zeichnen sich besonders die Angehörigen der freien Berufe aus.

Die Berufsstatistik verfolgt nicht bloss den Zweck, die Gliederung der Bevölkerung nach Berufen aufzudecken, sondern sie hat ausserdem noch die wichtige Aufgabe, die soziale Schichtung zu bestimmen. Diese bezieht sich, wie die Berufsgliederung, unmittelbar auf die Berufstätigen und wird erst mittelbar auch auf die Angehörigen ausgedehnt. Im Jahre 1900 wurden Selbständige, Angestellte, Arbeiter, Tagelöhner und mittätige Familienangehörige unterschieden, während bei der vorigen Zählung die Arbeiter und mittätigen Familienangehörigen nicht getrennt worden waren. Die zuletzt genannte Klasse umfasst jene Familienangehörigen der Unternehmer nicht, welche regelmässig als Vollarbeiter in Verwendung stehen, was schon daraus hervorgeht, dass bei der Betriebszählung^{*)} in den Kleinbetrieben (einschliesslich der mit Heimarbeiterkarten gezählten Betriebe) der Industrie und des Handels allein 314 790 Familienangehörige der Unternehmer beschäftigt waren, wogegen in diesen beiden Berufsklassen in dem Bericht über die Berufszählung 147 893 mit-

^{*)} Österreichische Statistik, LXXV. Band, 1. Heft: *Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 3. Juni 1902* (Wien 1906).

helfende Personen angegeben sind. Fassen wir der Einfachheit halber die Arbeiter und Tagelöhner in eine Gruppe zusammen, so erhalten wir von der Verteilung der Berufstätigen auf die sozialen Klassen das folgende Bild.

Soziale Klasse	1900	1890	Zu- oder Abnahme %	Prozent aller Berufstätigen	
				1900	1890
Selbständige	4 310 676	3 842 640	+ 12,18	30,6	28,3
Angestellte	444 751	353 721	+ 25,74	3,2	2,6
Arbeiter	5 268 693	9 372 926	- 0,21	37,3	69,1
Mithelf.Familienangeh.	4 084 476			28,9	
zusammen	14 108 596	13 596 287	+ 3,79	100,0	100,0

Einer relativ bedeutenden Zunahme der Selbständigen und der Angestellten steht eine Abnahme der Zahl der Arbeiter (und der mithelfenden Familienangehörigen) gegenüber. Das grösste Kontingent der Zunahme der Selbständigen stellen solche Berufsgruppen, in welchen mit dieser Bezeichnung ganz andere soziale Elemente erfasst werden, als in den übrigen Berufen, wie Rentner, von Unterstützungen lebende Personen, Anstaltsinsassen u. s. w. Ohne Berücksichtigung dieser nahm die Zahl der Selbständigen nur um 6,37 % zu. Auffallend ist die Vermehrung der Angestellten; speziell im öffentlichen Dienst und den freien Berufen betrug sie 27,7 %, worin nicht nur die fortschreitende Ausgestaltung des Unterrichtswesens, des Sanitätsdienstes etc. zum Ausdruck kommt, sondern auch das enorme Anwachsen der Bürokratie. Die Arbeiterklasse ist seit 1890 in der Landwirtschaft zurückgegangen, in allen übrigen Berufskategorien nahm sie zu, am meisten im Handel und Verkehr. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der Berufstätigen nach sozialen Klassen im Jahre 1900.

Soziale Klasse	Landwirtsch.		Industrie		Handel und Verkehr		Öffentlicher Dienst etc.	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Selbständige	2 164 582	26,4	593 429	18,9	368 580	35,0	1 184 085	68,0
Angestellte	20 738	0,3	75 153	2,4	111 855	10,8	237 005	13,7
Arbeiter	2 085 532	25,4	2 368 725	75,5	509 648	49,1	304 788	17,0
Mithelf. Familienangeh.	3 934 722	47,9	101 493	3,2	40 400	4,5	1 864	0,1

Um die im Laufe des Jahrzehnts 1890 bis 1900 eingetretenen Veränderungen beurteilen zu können, ist im folgenden die soziale Gliederung im Jahre 1890 dargestellt.

Soziale Klasse	Landwirtsch.		Industrie		Handel und Verkehr		Öffentlicher Dienst etc.	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Selbständige	2 006 764	23,7	597 847	20,8	314 577	37,2	923 453	67,2
Angestellte	22 432	0,3	39 316	1,4	106 343	12,6	185 630	13,5
Arb. u. mith. Fam.-ang.	6 440 027	76,0	2 243 734	77,8	424 153	50,2	265 012	19,3

Für die Industrie ist die Abnahme der berufstätigen Selbständigen um 0,7 % bei einer gleichzeitigen Vermehrung der Angehörigen dieser sozialen Schicht um 4,0 % charakteristisch; dies weist darauf hin, dass die Abnahme der selbständigen Existenzen durch den Konzentrationsprozess in einigen zur Grossindustrie gehörigen Produktionszweigen verursacht wurde, während gleich-

zeitig die Zahl der Kleinbetriebe stieg. Die soziale Schichtung in Österreich unterscheidet sich von jener im Deutschen Reich, wie sie 1895 festgestellt wurde, besonders durch die geringere Proportion der Selbständigen und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft und in der Industrie, wie durch deren etwas höhere Proportion im Handel und Verkehr.⁴⁾ Doch haben in Deutschland von 1882 bis 1895 die Selbständigen weniger rasch zugenommen, als in Österreich von 1890 bis 1900 (um 5 %, gegen 12 %); die Angestellten aber um mehr als 100 %, die Arbeiter um 20 %. Hieraus leuchtet die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Entwicklung hervor.

Besondere Schwierigkeiten für die Berufszählung bietet die Erfassung des Nebenerwerbs. Hier soll nur bemerkt werden, dass die Zahl aller Personen mit Nebenerwerb im Jahre 1900 764 781 betrug, oder um 177 003 (30,1 %) mehr, als vor zehn Jahren. Die Nebenberufe sind bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung am meisten von Bedeutung; von der Gesamtzahl der Nebenberufsfälle entfielen auf diese 402 639 (84,2 % mehr, als 1890). In der Industrie sank die Zahl der Personen mit Nebenberuf um 19,4 %.

Die Frauenarbeit hat in Österreich seit 1890 nicht zugenommen; das ist eine Tatsache, die Beachtung verdient. Es waren Frauen beschäftigt:

Berufsklasse	1890	% der Berufs- tätigen	1900	% der Berufs- tätigen
	absolute Anzahl		absolute Anzahl	
Land- und Forstwirtschaft	4 304 581	50,8	4 122 859	50,2
Industrie	725 037	25,2	717 898	22,9
Handel und Verkehr	248 718	29,4	296 798	28,6
Öffentlicher Dienst etc.	542 350	39,5	712 948	41,3
	<u>zusammen</u> 5 820 686	43,0	5 850 503	41,5

Hieraus erhellt eine relative Abnahme des Umfanges der Frauenarbeit von 43 % aller Berufstätigen im Jahre 1890 auf 41½ % 1900. Die weibliche Erwerbsarbeit ist besonders in der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst etc. stark ausgebildet; sie ist in Österreich allgemein von grösserem Umfange, als in Deutschland, Grossbritannien oder den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Frauen unter den Selbständigen stieg seit 1890 in jeder Berufsklasse, ebenso jene der Angestellten mit Ausnahme der Landwirtschaft. Die Proportion der Arbeiterinnen und der mithelfenden weiblichen Familienmitglieder ging in allen Berufsklassen ausser der Landwirtschaft zurück, und zwar von 52,2 % aller Personen dieser sozialen Schicht auf 50,3 %. Es entfielen 1900 von allen erwerbstätigen weiblichen Personen: auf die Schicht der Selbständigen 1 171 713 oder 18,6 %, der Angestellten 67,905 oder 1,1 %, der Arbeiterinnen 1 590 658 oder 25,2 %, der Mithelfenden 3 020 227 oder 47,9 % und endlich auf die Schicht der Dienstboten 456 208 oder 7,2 %. Die Frauenarbeit ist in der österreichischen Landwirtschaft viel mehr ausgebreitet, als in der des Deutschen Reichs (50,2 %, gegen 33,2 % der landwirtschaftlich Berufstätigen); in der Klasse *Industrie* ist der Gegensatz kein so grosser mehr (22,9 %, gegen 18,4 %), ebenso im Handel und Verkehr (28,6 %, gegen 24,8 %). Während aber in Österreich die Frauenarbeit seit 1890 an Bedeutung verlor — abgesehen von der Klasse *Öffentlicher Dienst etc.* — nahm sie in Deutschland von 1882 bis 1895 zu.

⁴⁾ Im Deutschen Reich waren im Jahre 1895 von den Berufstätigen in der Landwirtschaft 30,98% Selbständige, 1,16% Angestellte, 67,86% Arbeiter; in der Industrie 24,00% Selbständige, 3,18% Angestellte, 71,92% Arbeiter, im Handel und Verkehr 36,07% Selbständige, 11,20% Angestellte und 52,73% Arbeiter.

Hinsichtlich der Altersgliederung der berufstätigen Bevölkerung in Österreich zeigt sich die wichtige Erscheinung, dass im Jahre 1900 die Altersstufe *11 bis 20 Jahre* in den Berufsklassen *Industrie* und *Handel* eine relative Abnahme erfahren hat, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass die Zahl der in Berufsvorbereitung befindlichen Personen — die der vierten Berufsklasse eingeordnet wurden — bedeutend stieg. Ein weiteres wichtiges Moment ist darin gelegen, dass unter den Berufszugehörigen der Land- und Forstwirtschaft die jüngsten und höchsten Altersstufen (bis 20 Jahre und über 50 Jahre), also der Hauptsache nach die noch nicht und die nicht mehr vollproduktiven Jahrgänge, stärker, die vollproduktiven Jahrgänge (21 bis 50 Jahre) aber schwächer besetzt sind, als 1890. In der Industrie zeigt die Altersstufe *21 bis 30 Jahre* eine stärkere Besetzung, als gelegentlich der vorhergegangenen Zählung, im Handel und Verkehr ist das selbe der Fall hinsichtlich der Altersstufen zwischen 21 und 41 Jahren.

Soweit das vorliegende Material zu Schlussfolgerungen berechtigt, weist es entschieden auf eine Entwicklung Österreichs zum Industriestaat hin, obwohl dieser Prozess langsam vor sich geht; aber der kulturelle Gegensatz, der zwischen dem Westen des Reiches einerseits und dem Osten wie dem Süden andererseits besteht, erfährt keine Abschwächung.

XX

EDMUND FISCHER · LAIENBEMERKUNGEN ZUR REFORM DES STRAFRECHTS

JURISTEN sind leicht geneigt, verächtlich die Nase zu rümpfen, wenn ein Laie sich erlaubt, sich über juristische Fragen zu äussern. Indes, das Strafrecht ist in meinen Augen gar keine *juristische* Angelegenheit, und daher wage ich es auch auf die Gefahr hin, als Unberufener zurückgewiesen zu werden, mich in diese Dinge zu mischen. Die Reform des Strafrechts steht auf der Tagesordnung nicht des juristischen, sondern des öffentlichen Lebens. Der hervorragendste und kühnste Streiter für eine durchgreifende und wahrhaft fortschrittliche Reform in Deutschland, der Berliner Rechtslehrer von Liszt, hat trotz seiner grossen und anerkannten Autorität nur ein kleines Häuflein Juristen auf seiner Seite, und die Reformgedanken dieses grossen Rechtsgelehrten werden scheitern an dem Widerstande der Juristen, wenn ihm nicht von anderer Seite Hilfe kommt. Denn darüber muss man sich klar sein: Was Liszt erstrebt, ist in letzter Linie doch nichts anderes, als die Lehren der Lombrososchen Schule, geläutert, den neueren Forschungen entsprechend, in der Rechtsprechung zur Anwendung zu bringen. Und das bedeutet, gewollt oder nicht gewollt, die Beseitigung des ganzen juristischen Formelwesens im Strafrecht. Erzogen im juristischen Denken, verirrt im Walde der Paragraphen, sehen die Juristen aber nur sich und diese Paragraphen. Die Regierung und die höheren Verwaltungsbeamten setzen sich aus Juristen zusammen. Juristen beherrschen die Parlamente und die Parteien. In diesen Tatsachen sind die Hindernisse für eine gesunde Reform des Strafrechts zu suchen.

Die von den modernen Strafrechtsgelehrten, Ferri, Liszt und anderen, erstrebte

Reform lässt sich am kürzesten dahin präzisieren, dass nicht mehr, wie jetzt, das Verbrechen, sondern dass der Verbrecher gerichtet werden soll. Dass also der Justiz die Binde, die sie ja doch nur zum Scheine vor den Augen trägt, abgenommen, dass nicht mehr *ohne Ansehen der Person*, mechanisch nach Paragraphen, sondern je nach der biologischen Beschaffenheit des Verbrechers und den sozialen Umständen, aus denen heraus das Verbrechen entstand, Recht gesprochen werde. Zu Richtern würde man dann keine Juristen mehr nehmen, sondern Anthropologen und Soziologen, die weniger nach einem geschriebenen Rechte, als nach dem Ergebnis ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen entscheiden, wie etwa der Arzt über einen Kranken. Diese Auffassung von der Rechtsprechung steht der des Volkes sehr nahe. Wenn das Volk die Juristen gemeinhin hasst, so in erster Linie deshalb, weil das Paragraphenrecht seinem Rechtsempfinden zuwider ist. Das Volk urteilt stets nach Ansehen der Person, es verurteilt nicht das Verbrechen an sich, sondern, je nach den Umständen der Tat und der Person des Täters, den Verbrecher. Wir sehen, dass Schwurgerichte überführte Verbrecher, auch wenn sie nicht der Gesellschaftsklasse der Geschworenen angehören, freisprechen und anderen jede Milde versagen. Ehe ein Lombroso die Resultate seiner Forschungen bekannt gab, kannte das Volk schon das *Diebsgesicht*, sah es dem Verbrecher *an der Stirne geschrieben*, wessen er fähig sei, kannte es den *bösen Blick*, und ehe Soziologen auf den Zusammenhang von Verbrechen und sozialen Verhältnissen hinwiesen, sprach das Volk die Kindesmörderin frei, war es der Meinung *Not kennt kein Gebot*. Das Volk hat nie an die Binde der Justitia geglaubt, und sein Rechtsempfinden, das die Jahrhunderte des Paragraphenrechts nicht zu ändern vermochte, verlangt auch gar nicht, dass die Justiz blind sei.

Die Rechtsanschauung des Volkes entspricht also bereits annähernd einer Reform des Strafrechts, wie sie Ferri in Italien, Liszt in Deutschland propagieren. Und soweit dies nicht der Fall ist, gilt eben das, was Liszt hierzu schreibt: »Die Gesetzgebung hat mit den im Volke lebenden Rechtsanschauungen, den *überlieferten Werturteilen*, als einen mächtigen und wertvollen Faktor zu rechnen. Sie muss sich hüten, plötzlich mit ihnen zu brechen; sie darf aber auch nicht vergessen, dass sie die Rechtsanschauung des Volkes vorsichtig zu leiten und allmählich zu erziehen im stande und berufen ist.«¹⁾

Eine durchgreifende Reform des Strafrechts wird nur möglich sein unter dem Drucke einer Volksbewegung. Nichts geschieht aber nach dieser Richtung hin. Die derzeitige Stellung der Sozialdemokratie ist einer Reform des Strafrechts im Sinne eines Ferri, eines Liszt auch entgegen. Denn mit einer solchen Reform lässt sich die Forderung im Punkt 8 unseres Programms *Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter* nicht vereinbaren. Immer noch hält man auch in unseren Reihen an der Auffassung fest, dass die Verbrechen nur Produkte der sozialen Verhältnisse seien, dass sie mit besseren sozialen Zuständen im allgemeinen verschwinden werden. Diese Auffassung halte ich für eine durchaus irrige. Ferri drückt sich noch sehr vorsichtig aus, wenn er sagt: »Selbst die verbreitetste Ansicht, dass das Verbrechen nur das Produkt der Gesellschaft ist, erscheint mir einseitig und unbefriedigend.«²⁾ Er ist der Meinung, »dass der wirtschaftliche Faktor nicht ohne die biologischen Bedin-

¹⁾ Vergl. Franz von Liszt: *Lehrbuch des deutschen Strafrechts* (Berlin 1905), pag. 79.

²⁾ Vergl. Enrico Ferri: *Das Verbrechen als soziale Erscheinung* (Leipzig 1896), pag. 66.

gungen Verbrechen herbeiführen würde, ja, dass er nicht einmal eine erste und absolute Ursache vom Verbrechen ist . . . Bei der Wechselwirkung von Ursachen und Wirkungen ist der Schluss unvermeidlich, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse nur einer der mehrfachen Faktoren sind, die mit mehr oder weniger Energie zusammen das Verbrechen determinieren. Die gleiche Anschauung vertritt auch Liszt.

Man kann ja für jedes Verbrechen und Vergehen schliesslich neben andern auch eine soziale Ursache finden. Tausende von Rechtsverletzungen entspringen auch direkt oder indirekt schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Aber ebenso richtig ist es, dass Tausende von Rechtsbrüchen mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gar nicht oder nur sehr gewagt in geringem Masse direkt oder indirekt in Verbindung zu bringen sind. Für den Mord aus Eifersucht kann der Soziologe so wenig eine Erklärung geben, wie etwa für den Meineid, den ein hochgebildeter Mann aus *edlen Motiven* leistet, und mit dem er vielleicht ein Menschenleben vernichtet, also indirekt einen Mord begeht. Die Verbrechen und die Rechtsverletzungen überhaupt lassen sich allgemem weder aus den sozialen Verhältnissen, noch aus der biologischen Beschaffenheit des Täters, noch aus dem freien Willen des Rechtsverletzers allein erklären. Sicher entspringen viele Rechtsbrüche lediglich den sozialen Verhältnissen. Für andere — und darunter gehören wohl die meisten schweren Verbrechen — kann uns nur die Kriminalbiologie eine Aufklärung geben. Bei einer dritten Gattung haben die sozialen Verhältnisse und die biologische Beschaffenheit des Verbrechens zusammengewirkt, hat eine Ursache die andere hervorgerufen oder ergänzt. Aber man muss auch zugeben, dass für viele Verbrechen weder soziale Ursachen, noch krankhafte Beanlagungen in Betracht kommen können.

So wenig, wie die Trunksucht, die Prostitution und die Krankheiten allgemein nur den sozialen Verhältnissen entspringen, lassen sich die Verbrechen in erster Linie durch die Soziologie erklären. Und solange es Menschen geben wird aus Fleisch und Blut, beherrscht von Leidenschaften, behaftet mit guten und schlechten Eigenschaften, Liebe und Hass, Eifersucht und Neid, Ehrgeiz und Egoismus, und solange es Krankheiten geben wird, die im Körper und Geiste anormale Zustände hervorrufen, die sich dazu noch vererben, so lange wird es *Verbrecher* geben, vor denen man sich schützen muss. Ist ein Hennig etwa das Produkt der wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse? Er hat brave Eltern und Geschwister, eine gute Erziehung genossen, war nicht in Not. Nur der Anthropologe vermag eine Erklärung für diese Art von Verbrecher zu geben. Gewiss: durch bessere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse können eine grosse Anzahl von Verbrechen verhindert werden — aber die Menschen werden auch zahlreicher, das Zusammenleben wird ein engeres, komplizierteres, und daher ist in absehbarer Zeit jedenfalls nicht zu erwarten, dass die Verbrechen und Rechtsbrüche verschwinden. Wir haben uns damit abzufinden, dass ein Strafrecht und ein Strafvollzug dauernd bestehen werden. Damit fällt uns die Aufgabe zu, unsere ganze Kraft darauf zu verwenden, diese Einrichtungen so zu gestalten, dass sie zweckentsprechend sind, dass sie der Humanität, aber auch der Wissenschaft entsprechen.

Wie Ferri, verlangt Liszt, dass die Strafe als Zweckstrafe sich in Art und Mass nach der Eigenart des Verbrechers richte, den sie durch Zufügung eines Übels von der künftigen Begehung weiterer Verbrechen abhalten

will«. In dieser Forderung liege der Ausgangspunkt für die Entwicklung des Programms einer Gesetzgebung der Zukunft. Zu einer derartigen Individualisierung der Verbrecher bedarf es aber, statt der Juristen und Laien, Biologen und Soziologen. Daher deduziert Liszt: »Die zielbewusste Bekämpfung des Verbrechens setzt . . . eine berufsmässige Ausbildung aller an der Strafrechtspflege beteiligten Personen insbesondere nach der Richtung voraus, dass diese mit dem gesamten Leben und Treiben der Verbrecherwelt in allen seinen Beziehungen vollständig vertraut gemacht werden.« Trotzdem müsse das Strafrecht eine systematische Wissenschaft bleiben, denn nur die Ordnung der Kenntnisse im System verbürge eine sichere Herrschaft über alle Einzelheiten, »ohne welche die Rechtsanwendung stets Dilettantismus bleibt, jedem Zufall, jeder Willkür preisgegeben«.

Die individuelle Behandlung der Rechtsverletzer in dieser Weise schliesst meines Erachtens aber ein so weitläufig detailliertes, paragraphiertes Strafgesetzbuch, wie das heutige, aus. Und mit Recht meint Ferri: »Soll . . . das Untersuchungsverfahren eine wissenschaftlich psychologische Erforschung des Angeklagten bedeuten, wobei das Verbrechen als blosser Bedingung der Strafbarkeit, der Verbrecher, die erste Rolle spielt, dann muss sich das Strafgesetzbuch offenbar darauf beschränken, einige allgemeine Regeln über die Formen gesellschaftlicher Abwehr und Sanktion und über die wesentlichen Merkmale jedes Verbrechens und Vergehens zu geben, während der Richter mit grösserer, durch die positiven, wissenschaftlichen Ergebnisse des Verfahrens kontrollierter Freiheit und in weiser Menschlichkeit über den Menschen, den er vor sich hat, wird urteilen müssen.«

Darin liegt nun der Schwerpunkt dieser Reform: der Justiz muss die Binde von den Augen genommen, es muss nach Ansehen der Person geurteilt werden; es sollen zwar allgemein gehaltene Rechtsgrundsätze bestehen, aber im übrigen soll den Richtern die grösste Freiheit in ihren Entscheidungen, die sie nach dem Ergebnis ihrer wissenschaftlichen Untersuchung fällen, gegeben werden. Solche Richter, die sich aus Anthropologen und Soziologen zusammensetzen, können nur Berufsrichter sein, eine Wahl der Richter durch das Volk scheidet aus. Ebenso die Schwurgerichte, von denen Ferri mit Recht sagt: »Die Jury ist eine regressive Erscheinung, denn sie repräsentiert die mittelalterliche, instinktive Stufe der Rechtsprechung.« Ich weiss auch nicht, welche Vorteile heute noch die Schwurgerichte bieten sollen. Ganz gleich, wie ihre Zusammensetzung auch beschaffen sei: eine gerechtere Beurteilung erhalten durch sie die Angeklagten nicht. Von politischen Prozessen rede ich hier nicht. Wir verlangen die Abschaffung der politischen Prozesse überhaupt. Aber, solange man noch politische Vergehen kennt und aburteilt, so lange sollen für diese ganz selbstverständlich Schwurgerichte bestehen bleiben respektive verlangt werden. Zur Beurteilung aller übrigen Rechtsbrüche halte ich aber die Laiengerichte für nicht mehr zeitgemäss.

Die Bedenken gegen die Willkür der Richter sind meines Erachtens nicht stichhaltig. Diese Willkür bestand auch bisher. Wenn der Richter die Wahl hat zwischen 5 Mark Geldstrafe und 2 Jahren Gefängnis oder zwischen 1 Tag und 10 Jahren Gefängnis u. s. w., so ist das gewiss ein sehr grosser Spielraum, dass man sagen kann: der Richter entscheidet ganz nach freiem Ermessen. Aber er entscheidet heute als Jurist — und darin liegt das Übel. Der Jurist kennt als

Richter kein anderes Ziel, als das, dem Buchstaben des Gesetzbuches Genugtuung zu verschaffen. Dass ja der Buchstabe richtig angewandt werde, darauf verwendet er seine ganze Arbeitskraft. Und macht er einmal die Augen auf, sieht er sich das Objekt an, das gegen einen Paragraphen verstossen hat, dann kommt in der Regel, gewiss auch aus ehrlicher Überzeugung, ein schlimmes Klassenurteil heraus, weil ihm das Wesen des Verbrechers ein völlig unbekanntes Ding ist und er aus den rauhen Äusserlichkeiten des Armen auf einen rohen Menschen schliesst, der durch eine harte Strafe gebessert werden müsse aus den gebildeten Manieren des Reichen aber auf einen Unglücklichen, der Mitleid und Nachsicht verdiene. Der Rechtsanwalt hinwiederum muss seine ganze Kraft aufwenden, um das Buchstabenrecht so zu drehen, dass sein Klient eine Lücke findet zum Durchschlüpfen.

Wären die Richter keine Juristen, sondern Biologen und Soziologen, dann wäre ihr ganzes Interesse nur auf Körper und Seele des Angeklagten und dessen Lebensverhältnisse gerichtet. Wir sehen, wie der junge, reiche Arzt beim Kinde der fremden Bettlerin die Kanüle anlegt und mit seinem Munde das Krankheitsgift aussaugt, um das Kind zu retten, sein eigenes Leben opfernd. Wie ferner der ernsthafte Soziologe unwillkürlich an die Seite der Armen rückt, um ihnen zu helfen. Das ist etwas ganz Natürliches. Jeder Berufsmensch muss, wenn ihn sein Beruf mit Befriedigung erfüllen soll, in seiner Arbeit leben, ein Interesse, eine Liebe für den Gegenstand seiner Arbeit finden. Wie der Künstler, so der Gelehrte, so der Richter. Wie die Juristen nur für ihre Paragraphen leben, so wird, wenn für den Richter nicht mehr der Paragraph das Objekt seines Handelns ist, sondern der vor ihm stehende Mensch, dieser das Interesse des Richters allein erwecken, wie für den Arzt der Kranke, und man darf sicher erwarten, dass die Rechtsverletzer dann eine mildere und gerechtere Beurteilung und Verurteilung erfahren werden, als heute. Zudem wird heute jedes Gerichtsurteil der öffentlichen Meinung unterbreitet, die eine viel wirkungsvollere Schranke gegen richterliche Willkür bietet, als der Paragraphenwald des Strafgesetzbuches.

Anders, als durch die weitestgehende Individualisierung der Verbrecher lässt sich eine wirklich gerechte und humane Rechtsprechung nicht einführen. Man kann zum Beispiel den Diebstahl nicht unter allen Umständen freilassen. Die Straflosigkeit kann aber auch nicht nur dann eintreten, wenn er aus wirklicher Not geschah. Denn wenn wohlhabende Frauen unzählige Diebereien in ganz zweckloser Weise vollführen, hat das mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gar nichts zu tun. Wenn aber feststeht, dass mehr als 90 % dieser Diebereien von Frauen während der Zeit ihrer Menstruation begangen werden, so steht der physiologische Einfluss auf den Geisteszustand der Frauen ausser Zweifel, und ob man diesen Zustand nun *Kleptomanie* oder anders nennen will: hier muss der Psychiater urteilen, nicht der Jurist, und zwar nach wissenschaftlicher Untersuchung, von Fall zu Fall. Bekanntlich plädierte der berühmte Leipziger Nervenarzt Möbius vor einigen Jahren dafür, dass die Frauen wegen Vergehen und Verbrechen milder beurteilt werden müssen, als die Männer, dass für sie im Gesetze eine geringere Verantwortlichkeit festgelegt werde. Die gesamte schreibende Frauenwelt fiel damals über Möbius her — und doch muss es so kommen, wenn die arme Kindesmörderin einmal gerechte Richter finden soll.

Teilweise brechen sich die hier angeführten Auffassungen auch bereits in der heutigen Rechtsprechung Bahn. Bei Lustmördern und anderen schweren Verbrechern werden fast stets Psychiater zu Rate gezogen. Aber damit ist wenig getan. Die Reform muss das ganze juristische Gebäude niederreißen und alle gemein den Verbrecher, nicht das Verbrechen, zum Gegenstand der Untersuchung machen. Solange das nicht geschieht, sind alle anderen Vorschläge ziemlich wertlos. Aufhebung der niederen Gefängnisstrafen, Schadenersatz an den Verletzten wird vorgeschlagen. Was soll man damit anfangen? Wenn ein Arbeiter 100 Mark Schadenersatz leisten soll, wäre das für ihn furchtbarer, als 14 Tage Gefängnis. Wie sollte er dann 500 oder 1000 Mark zahlen? Solche Vorschläge sind — solange nicht individualisiert werden kann — so unrealisierbar, wie etwa das Wirtshausverbot, das Liszt als Strafmittel vorschlägt.

Die ganze Reform muss von Grund auf angestrebt, der Gedanke muss unter die Massen geworfen, in den Parlamenten und der Presse muss diese Reform vertreten werden. Und man kann hier getrost am Althergebrachten anknüpfen: Man besetze zunächst einmal die Gerichtshöfe, statt mit Juristen, mit Anthropologen und Soziologen, was ja auch Liszt verlangt. Solange diese Reform nicht durchgeführt ist, wird auch im Strafvollzuge nicht viel anderes geschehen, als dass die Gefangenen mit mehr Humanität behandelt werden: einer Individualisierung der Verurteilten muss die Individualisierung der Angeklagten vorausgehen. Und dazu ist erforderlich, dass die Kriminalbiologie und die Kriminalsoziologie das heutige Kriminalrecht ablösen.

XX

FRANZ LINDHEIMER · PERSÖNLICHKEIT UND SOZIALISMUS

VOLK und Knecht und Überwinder, sie gestehen zu jeder Zeit: höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit.« Wollten wir unter *Persönlichkeit* nichts als die geistige Besonderheit verstehen, durch welche die Individuen sich von einander abheben und unterscheiden, so könnten wir mit dieser Definition nicht das Beglückende und Erstrebenswerte erklären, welches die Persönlichkeit nach Goethe für die Erdenkinder ist. Erst wenn wir zugleich die geistige Höhe und Kraft der Individuen, die innere Freiheit der Personen, in den Begriff einschliessen, verstehen wir Goethes Ausspruch. Nur so auch begreifen wir die Persönlichkeit als einen wirkenden kulturellen Faktor. Im übrigen kann es ruhig dahingestellt bleiben, was unsere Sprache mit den Worten *Persönlichkeit* und *Individualität* sagen will. Nehmen wir einmal an, direkt sei damit die geistige Besonderheit, Eigenart, Differenziertheit der Individuen gemeint, auch dann kann man — und darauf kommt es schliesslich an — die Frage der Persönlichkeit nicht erörtern, ohne in die Frage nach der geistigen Höhe der Individuen und nach ihrer Entwicklung in dieser Richtung einzutreten. Denn die Differenziertheit ist mit der Qualifiziertheit der Geister untrennbar verbunden. Sie ist ein formales Prinzip, welches die Qualifiziertheit und die Entwicklung zu ihr als ein solches des Inhaltes fordert, und umgekehrt würde geistige Höhe und Freiheit sich in der Form eines verschiedenartigen Zuschnittes der Individuen äussern wollen. Mit

anderen Worten: Individuen, deren Geist unentwickelt ist und nicht weitergebildet wird, können keine geistige Besonderheit bewahren und äussern, und solche, welchen Besonderheit verwehrt ist, können auf keiner geistigen Höhe stehen. Der Grad der Besonderheit der Individuen entspricht jederzeit dem Grade ihrer geistigen Entwicklung.

Dass Persönlichkeit allen Menschen eine Notwendigkeit ist, auch »Volk und Knechte«, um mit Goethe zu sprechen, wird, im Gegensatz zu einer ungehörigeren Vorzeit, heute von den »Überwindern« schon zugegeben. Natürlich ist es nur eine sehr theoretische Zugabe, und in der Praxis stehen die modernen innerpolitischen Überwinder von Lohnsklaven, die unter der Devise *Gleiches Recht für alle!* jede Rechtsungleichheit zu üben gelernt haben, durchaus auf historischem Boden. Wie alle früheren Überwinder, haben sie die Überzeugung, sie selber seien Persönlichkeiten, und das genügt ihnen. Obwohl sie sehr gerne von der Erhaltung der Persönlichkeit reden, widersetzen sie sich der Annäherung des Ideals und lassen durch philosophierende Sachwalter das Verhältnis von Persönlichkeit, Sozialismus und Kapitalismus in sein genaues Gegenteil umstülpen. Insbesondere von der geistigen Differenziertheit der Individuen wird von dieser Seite dreist gesagt, sie müsse durch den Sozialismus, weil er alles *gleichmacht* und *nivelliert*, verloren gehen und könne nur durch die in dem System des Privateigentums begründeten Vermögens- und Machtstufungen erhalten werden. Es ist kaum eine Behauptung zu denken, die bei der grössten Sicherheit, auf ein gemeines Publikum zu wirken, so unwahr ist, wie diese.

Sicherlich ist in jeder Ordnung Gleichmacherei zu finden. Es fragt sich nur, was für eine. Die Gleichmacherei des Sozialismus, als eines ökonomischen Prinzips, beruht darin, allen Menschen gleichwertige wirtschaftliche Existenzmöglichkeiten zu geben. Daraus folgt noch nicht einmal die Gleichheit der wirtschaftlichen Existenzen, und man sollte annehmen, dass niemand sich selbst als Individuum so herabsetzen kann, die Gleichheit der Geister daraus zu folgern. In Wahrheit folgt das Gegenteil daraus, denn die Menschen können sich nach eigener, individueller Besonderheit erst dann von einander unterscheiden und abheben, wenn die Existenz aller von gleichwertigen materiellen Bedingungen getragen wird. Gerade so, wie die Bäume nur auf ebenem Boden sich genau ihrer Höhe entsprechend überragen. Auf dem welligen Gelände der heutigen Wirtschaftsordnung, wo die Individuen in den Tiefen und auf den Höhen des Privatbesitzes wurzeln, ist dagegen alles, was nach persönlicher Besonderheit aussieht und als solche wirksam ist, eine grobe Täuschung, verursacht durch die Besonderheit der materiellen Bedingungen, durch die besondere Höhenlage des Bodens, auf den der einzelne durch ungeordnete Vorgänge wirtschaftlicher Art gestellt ist. Wohl kann eine Eiche, die in der Tiefe wurzelt, das auf der Höhe spriessende zwerghafte Stämmchen doch noch überragen; aber um wieviel mehr würde sie das bei gleicher Wurzelbasis tun! Und immer wird sie unter der gleich starken und gleich schönen Eiche zurückbleiben, die auf der Höhe wächst. Der Wert einer ebenen materiellen Grundlage für das reine Hervortreten der Individualitäten ist etwas so Selbstverständliches und Anschauliches, dass diejenigen, die es unternehmen, im Namen der Individualität daran vorbeizureden, damit nur bekunden, wie sehr sie, trotz all der schönen Worte, in ihrem Herzen die menschliche Persönlichkeit mi-

achten. Erst wenn die materielle Grundlage aller Existenzen eine ebene sein wird, wird man berechtigterweise von einem Ringen der Individualitäten, von dem Siege der Tüchtigsten im Kampf ums Dasein und von einer Auslese durch natürliche Zuchtwahl reden können. Und die Tüchtigsten werden — infolge der Gemeinsamkeit des Arbeitsnutzens — alsdann die sozial Nützlichsten sein. Dass unter dem Privateigentum der Wettbewerb der Individuen und die Auslese verfälscht sind, hat schon Darwin selbst ausgesprochen.

Wollte man nun einwenden, mit der Entfaltung solch eines reinen Individualismus beschwöre der Sozialismus einen allzu heftigen Wettkampf der Individuen herauf, weshalb man sich vor ihm hüten müsse, so wäre ein derartiges Wort im Munde unserer Gegner zwar ein erfreuliches Zeichen beginnenden Verständnisses und erwachender Ehrlichkeit, aber es wäre doch nicht zutreffend. Denn der Sozialismus, welcher die volle Entfaltung und gerechte Geltung der individuellen Kräfte bewirkt, tut es nicht, ohne zugleich dem Kampf ums Dasein innerhalb der menschlichen Gesellschaft eine menschenwürdige, vergeistigte Form zu geben, die wir heute nicht kennen. Durch eine weitgehende Egalisierung der *Futterplätze* und die Gemeinschaft des Arbeitsnutzens beseitigt der Sozialismus die Konkurrenz menschlicher Individuen um den materiellen rein und direkt persönlichen Nutzen¹⁾, und indem er ihnen die geistige Entwicklung, um die sie bisher betrogen sind, ermöglicht, befähigt und spornt er sie zum besseren Wettbewerb, zu dem des Wissens, der Sittlichkeit und der Schönheit, für welchen sie sich heute mit Recht bedanken würden. Hier zeigt es sich von neuem, wie innig die Differenzierung und die Entwicklung der Geister mit einander verwebt sind.

Das Problem der geistigen Entwicklung ist kaum weniger anschaulich, als das der Differenzierung, aber es präsentiert sich methodischer, weil es ganz genau das Problem der Philosophie ist. Die Philosophie war und ist nichts anderes, als ein beständiges Tasten und Suchen der Menschen, sich geistig zu entwickeln, und das Ziel dieses Verlangens ist *innere Freiheit*, das heisst die Erhebung unserer psychischen Person über das äussere Geschick. Die innere Freiheit ist der adäquate Zustand der Persönlichkeit und in der Tat das erstrebenswerte höchste Glück der Erdenkinder. Aber dieses Streben zur Höhe, welches vielleicht so alt ist, wie das Denken überhaupt, ist in alter und neuer Zeit mit den Geboten der menschlichen Natur und mit den praktischen Notwendigkeiten des Lebens in Konflikt geraten und über diesen Konflikt niemals hinweggekommen. Als die Stoa entdeckte, »dass der Mensch nicht ein isoliertes Wesen ist«, dass es seiner Natur entspricht, »wenn er nicht nur seine eigenen, sondern auch die fremden Werte zu realisieren sucht« (Gomperz), war dieser Konflikt gegeben. Vorher, in einer heiter-naiven Zeit, als Griechenland-Athen ein kraftvolles politisches Leben hatte, und es allen, die für die damalige Menschlichkeit in

¹⁾ Diese Beseitigung des materiellen Konkurrenzkampfes innerhalb der menschlichen Art ist eigentlich nur eine Nachahmung der Natur, eine Würdigung und Krönung natürlicher, der zoologischen und ethnographischen Forschung wohlbekannter Lebensgesetze. Denn schon die Natur hat dem aristokratischen Gesetze des Kampfes und der Auslese das demokratische Gesetz der Gegenseitigkeit zur Seite gestellt und beide in der Schöpfung als Faktoren der Entwicklung geoffenbart. Darwin, der an dem imposanten Gebäude der wissenschaftlichen Entwicklungstheorie den rechten Flügel ausgebaut hat, hinterliess uns doch schon manchen Stein zum Ausbau des linken. Als der unvergleichliche Beobachter der Natur, der er war, wusste er das Gegengesetz des Kampfes ausserordentlich hoch zu schätzen und hat viele Seiten mit Beobachtung und Würdigung des sozialen Lebens innerhalb der Art angefüllt. Entschieden ist schon nach dem von ihm gesammelten Material der Kampf ums Dasein innerhalb der Arten durchbrochen.

Betracht kamen, gut ging, da konnten die Philosophen bei ihrem Suchen nach Erkenntnisglück sich selbst und jeden andern fröhlichen Herzens als einen psychisch unabhängigen, isolierten Komplex empfinden. Nun waren die Zeitverhältnisse anders geworden, Griechenland stand unter mazedonischer, später unter römischer Herrschaft. Man litt allgemein. Der hilflosen Lage aller entsprach ein instinktives Gefühl der Zusammengehörigkeit, und mit einem Male sah sich in der Stoa der Mensch genötigt, nicht für sich allein, sondern für die anderen mitzuphilosophieren. Die konkreten Bedingungen des Lebens, die immer die Zügel des abstrakten Denkens sind, hatten durch ihren Ernst das Denken zur Vertiefung hingeführt und damit die Unmöglichkeit der geistigen Entwicklung fühlbar gemacht. Aus der philosophischen Tradition wusste man, dass es eine innere Freiheit geben müsse, und man wollte von dem sokratischen Glückesideal nicht lassen, aber der Weise hatte jetzt viel mehr, als seinen eigenen Schmerz, zu überwinden, sein Auge und Ohr waren, schärfer sehend und feiner hörend, als einst, dem Leben zugewandt, er vernahm die Ansprüche der anderen und sah das Unrecht, das sie litten; kurz: die Forderung eines allgemeinen Sittengesetzes stand neben dem Ideal der inneren Freiheit. Damit war die edle Ruhe des Weisen und die geistige Entwicklung der Menschheit zerstört, denn das Sittengesetz muss bei einer ungerechten Ordnung der materiellen Dinge immer den Stempel des Mitleids und des Kummers an der Stirne tragen, und unter der Einwirkung dieser Gefühle entwickelt sich der menschliche Geist nicht zur Höhe.⁵⁾ Die Philosophie hatte auch damals nicht jenen Mut der Verzweiflung, Leid und Qual des Schwachen, Gewalttat und Genuss des Starken zum Prinzip eines Sittengesetzes zu erheben. Verlegen stand sie dem Konflikte gegenüber, und das erklärt die Kompromisstimmung der stoischen Lehre, die noch spät, aber sehr deutlich in dem merkwürdigen Satze der römischen Stoa *Der Weise fühlt kein Mitleid, aber er hilft* zum Ausdruck kommt. In ihm stehen die grosse theoretische Vergangenheit und die grössere, wenn auch gar ferne praktische Zukunft einander gegenüber. Hier ist, trotz der Versicherung der Mitleidslosigkeit, das Ideal der inneren Freiheit nur noch eine schöne Leiche. Aber in dem zweiten Teile des Satzes keimt auch schon die tätige soziale Gerechtigkeit. Der Grundstein zu einem neuen Aufbau der Gesellschaft, in der die sittliche Forderung nicht schmerzt und das Ideal der inneren Freiheit wieder auflebt, ist gelegt. Den zeitlichen Untergang des Ideals hatte auch Aristoteles schon richtig erkannt, als er es zwar »lustvolle«, aber »schöner, als einem Menschen zukommt,« nannte.

Seitdem war die Philosophie nicht im stande, das lustvolle Ideal zu beleben. Sie ging entweder dem alten Konflikt aus dem Wege, oder sie scheiterte, so oft sie ihn aufnahm. Darum musste sie das Panier der geistigen Entwicklung

⁵⁾ In einem sehr geistreichen Essay *Der Sozialismus und die Seele des Menschen* hat Oscar Wilde den Abscheu der Persönlichkeit vor dem Mitleid gut vertreten. »Der grösste Nutzen,« sagt er, »den die Einführung des Sozialismus brächte, liegt ohne Zweifel darin, dass der Sozialismus uns von der schmutzigen Notwendigkeit, für andere zu leben, befreite, die beim jetzigen Stand der Dinge so schwer auf fast allen Menschen lastet . . . Sie sehen sich von schrecklicher Armut, schrecklicher Hässlichkeit, schrecklichem Hungerleben umgeben. Es ist unvermeidlich, dass ihr Gefühl durch all das stark erregt wird.« Man sage nicht, so sprache nur einer, dessen innere Freiheit von dem schönen Schein abhängig ist. Die Worte mögen noch so sehr wie die eines Ästheten klingen, das ihnen zu Grunde liegende Gefühl ist ethisch und ihre ganze Meinung ist es auch. Ein Mensch aus ethisch nuancierter Individualität hat mit anderen Worten das Fazit des Individualismus verkündet, und diese Worte bedeuten praktisch das gleiche. Leo Tolstoj sagte zu Hugo Ganz: »Das Individuum gelangt ja im Streben nach Selbstvervollkommnung unbedingt zum Solidarismus.«

und der inneren Freiheit an die Soziologie abgeben. Der Zusammenhang der materiellen und der geistigen Dinge, den die Stoa fühlte, musste begriffen, die materiellen Dinge selber mussten im Sozialismus verstanden und beim wahren Namen genannt werden. Die innere Kultur des einzelnen leidet und gedeiht mit und mittels der äusseren Kultur aller. Denn das Individuum kann, wie Lawrow sagt, in eine geistige Entwicklung gar nicht eintreten, solange sich in ihm nicht die Einsicht entwickelte, dass die Gerechtigkeit in ihren Endergebnissen mit dem persönlichen Vorteil identisch ist, und diese Einsicht wird von den Individuen nur in einer sozialistischen, auf Solidarität errichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommen.

Allerdings gibt es Individuen, die durch die Kraft einer Illusion die Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit schon heute geniessen, und die sich durch keine Macht der Welt diese notwendige Vorbedingung der Geistesentwicklung rauben lassen; aber, was sie so voreilig als die Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit empfinden, ist immer eine Verleugnung der Gerechtigkeit oder des Egoismus. Der einzelne bedarf ja nur der freundlichen Himmelsgabe, sich der *Macht der Verhältnisse* gehörig unterordnen zu können, um alsbald zu *wissen*, dass alles, was er für sich und sein Haus tut, für das Volk, für die Menschheit, für Gott u. s. w. getan ist. In diesem schönen und friedlichen Bewusstsein handelte gewiss jener Herzog der Renaissance, der eines Tages, als die hungernden Bürger seiner Stadt Mailand ihn um Beendigung der kostspieligen Kriege anflehten, sich exemplarisch vor persönlicher Belästigung schützte und auf der Stelle zweihundert der Bittenden von seinen Söldnern totschiessen liess. In gleicher Weise, nur in grösserem Massstabe, sind in Petersburg am Blutsonntage Gerechtigkeit und Egoismus *identifiziert* worden, und ganz unhistorische Staatsbürger begehen an allen Orten und an jedem Tage von früh bis spät in milderer Form die gleiche Identifizierung, indem sie voller Gesetzlichkeit und Gemütsruhe ihre Nebenmenschen geistig und körperlich missbrauchen und vergewaltigen. Und andere, die geopfert und missbraucht werden, fühlen sich im Hinblick auf Gesetz und Gewohnheit in ihren persönlichen Ansprüchen befriedigt, haben ebenfalls das behagliche Bewusstsein der Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit.

Diese Illusion politisch hassenswerter Individuen, welche der Menschheit von jeher teuer zu stehen kam, verpflichtet den philosophischen Betrachter zu nichts. Die Individuen, die ausserhalb des Sozialismus die Einheit von Gerechtigkeit und Egoismus geniessen, braucht man nur in das Licht der modernen Philosophie zu bringen, um zu sehen, dass sie für den menschlichen Geist und seine Entwicklung nichts bedeuten. In solcher Beleuchtung werden sie durchsichtig und verschwinden. Die Philosophie hat nämlich noch immer Beweiskraft. Sie macht aus zweimal zwei nicht fünf und gelangt nicht zu Resultaten, ohne die nötigen Voraussetzungen zu haben. Wenn der Philosoph den Sozialismus nicht hat, so gelangt er nicht zur Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit, und also nicht zur geistigen Entwicklung und inneren Freiheit. Aus diesem Grunde sind die krampfhaften Entwicklungsversuche, welche der moderne Geist unter Ignorierung des Sozialismus anstellte, so wichtig. Sie alle mussten scheitern, aber sie tragen viel zur Diagnose unserer geistigen Situation bei, auf welche sie ein erschreckendes, blitzartiges Licht werfen. Mit einer Übereinstimmung, die ironisch und grausam aussieht, die

aber nur logisch ist, resultieren diese modernen Entwicklungskämpfe darin, dass sie entweder den Egoismus oder die Gerechtigkeit klar und laut verneinen. Es sei der Kürze halber nur an zwei der inbrünstigsten und berühmtesten Versuche der neuen Philosophie erinnert. Schopenhauer hat um Erkenntnis gerungen. Er gelangte zu einem mystischen Triumph der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit, zu der Lehre vom gänzlichen Erlöschen des egoistischen Prinzipes. Nirwana. Wir müssen seinem verzweifelten Ringen tiefe Achtung zollen, aber unser Menschentum sträubt sich, die Frucht dieses Ringens anzunehmen. Wir wollen nicht Erlöschen und Apathie, sondern wir wollen Genuss und eigenes Leben, und wir glauben, dazu berechtigt und verpflichtet zu sein. Nietzsche wurde an das entgegengesetzte Ufer verschlagen. Sein erbitterter Kampf um Erkenntnis brachte ihn dahin, dass er Mitleid und Gerechtigkeit gegen andere als Sklaventugend hinstellte, die wir abtun müssen. Nur dem Starken, der das vermag, räumte er ein Recht auf Lebensgenuss ein. In der edlen Absicht, den Menschen die Individualität zu retten, lehrte er die Unmenschlichkeit. Es gibt andere Beispiele. Jeder Versuch moderner geistiger Fortentwicklung ist eines. Viele sind bekannt, einige berühmt, aber gewiss sind Tausende von Menschen in aller Stille verzweifelt, weil sie weder ihren Egoismus, noch ihre Gerechtigkeit verneinen und verleugnen konnten.

Die bedeutsame Ähnlichkeit der Resultate moderner Philosophie bringt die verborgene Ursache des geistigen Martyriums, die Feindschaft von Egoismus und Gerechtigkeit, an den Tag. Es ist, als erschiene auf den Gesichtern unglücklicher Kinder die sorgfältig übertünchte Qual einer Ehe. Wie töricht, die qualvolle Feindschaft von Egoismus und Gerechtigkeit zu leugnen! In einer Gesellschaft, wo jeder, um sich zu erhalten, den Kampf gegen alle führen muss, wo die Starken gar nichts Grosses schaffen könnten, wenn sie nicht die Schwachen ausbruteten, ist sie das Selbstverständliche.

Der Mensch hat sich seit langem auf dem Felde seiner materiellen Existenz — dort also, wo jede Härte und jeder Fehler unmittelbar sein Fleisch treffen, sein Blut verbittern — derart eingerichtet, dass er ein Gerechter nur auf Kosten des persönlichen Vorteils und ein Egoist nur auf Kosten der Gerechtigkeit sein konnte. Das war wider sein Menschentum, und was er in dieser langen Periode des Irrtums und der Heuchelei zur Entwicklung seines Geistes versuchte, schlug fehl und war gleichfalls wider sein Menschentum. Jeder Versuch, wenn er sich tauglicher Mittel bediente, führte zur Leugnung der Gerechtigkeit oder des Egoismus. Und dennoch: ein Egoist sein und ein Gerechter, dieses, und nur dieses, braucht der Mensch. Er kann weder den Egoismus, noch die Gerechtigkeit und Nächstenliebe verleugnen, ohne sein Menschentum aufzugeben. Der Sozialismus hilft. Schon hat er den heute nur noch gewaltsam konservierten Irrtum des wirtschaftlichen Lebens erschüttert, um an seine Stelle die Solidarität der Arbeitsleistung und die Gemeinsamkeit des Arbeitsnutzens zu setzen. Dann wird der Gewinn und die Würde eines jeden Gewinn und Würde aller sein. Und dann, wenn der Mensch zu jeder Stunde und in jeder Lage seiner konkreten Existenz ein Gerechter und ein Egoist sein darf, wird er auch den Weg zur geistigen Höhe gewonnen haben.

Der Sozialismus bewirkt die Differenzierung und die Entwicklung der Geister

und damit den Aufstieg der Menschen dem Glücke der Persönlichkeit entgegen. Eines Tages werden die Menschen in zahlreicheren Figuren, als heute, sich anziehen und abstossen, sich verbinden und bekämpfen, sich lieben und hassen, und sie werden es fröhlicheren Mutes, ehrlicheren Sinnes, mit grösserer Sicherheit und Anmut und mit mehr Verstand tun, als heute.

XX

RUDOLF KLEIN · EIN JAHRHUNDERT DEUTSCHER MALEREI

UNTER der Leitung Hugo von Tschudis wurde in der *Nationalgalerie* zu Berlin eine Ausstellung veranstaltet, die uns die deutsche Kunst des letzten Jahrhunderts in ihrer Entwicklung — so weit man von einer solchen reden kann — vorführen sollte. Die Ausstellung ist vielfach angegriffen worden, doch sehr zu Unrecht. Denn allein wenn wir bedenken, welch einen Genuss uns die nie wieder zu ermöglichende Zusammenwirkung dieser für eine so kurze Zeit aus ganz Europa herbeigeschafften erlesenen Kunstwerke bereitete, so können wir gar nicht genug den Veranstaltern danken für die unendliche Mühe, die sie nicht scheuten, das Werk zu stande zu bringen. Abgesehen von einigen missvergnügten Historikern und den üblichen Journalisten, die alles besser wissen, aus dem einfachen Grunde, weil ihr Beruf dies verlangt, ging der Widerspruch vornehmlich von den Malern älterer Richtung aus. Doch die Frage ist damit nicht gestellt und beantwortet, wie weit diese Maler berechtigt waren, eine bestimmte Gruppe von Künstlern zu vermissen — die um die Mitte des letzten Jahrhunderts den lärmendsten Erfolg und die klingende Münze einzogen und somit doch alle Ursache hätten, auf ihren fragwürdigen Lorbeern auszuruhen — es handelt sich hier um den Typus des Akademikers selbst, um seine Tätigkeit, deren Psychologie zu schreiben eine Preisaufgabe für Moralisten wäre: so sehr litt nicht nur die Kunst unter ihrer Herrschaft, auch das ganze Menschenmaterial, das durch ihre Hände ging, nahm geistigen Schaden daran. Dass der Akademiker schlechte Bilder malt, wäre nicht das Schlimmste, und daraus wäre ihm kein Vorwurf zu machen: als Typus genommen aber ist er der schlimmste Schädling am idealen Kunstleben unseres Volkes, und sein kunstfeindliches Denken lässt sich schon deutlich nachweisen bei den Schülern der sogenannten *Meisterateliers*, die sich in diesen parasitär breit machen, auf die Akademie schimpfend, bis sie selbst eine Professur inne haben und die gleiche Wirkung üben. Man wirkt unmoralisch, wenn man die ideellen Werte fälscht; darin aber besteht heute die Tätigkeit des Akademikers und so ist es eine Tatsache, dass heute niemand weniger von der Kunst versteht, als die Maler jener Richtung. Aber die Gefahr liegt viel tiefer, sie hat mit den schlechten Bildern dieser Leute nichts zu tun; sie liegt da, dass es heute tatsächlich keinen Beruf gibt, dessen *gebildete* Vertreter derartig verlernt haben, organisch zu denken: wer aber verlernt hat, organisch zu denken, der denkt, ohne es zu wollen, negativ, das heisst hier unmoralisch.

So wäre denn niemand weniger fähig, als ein Maler dieser Richtung, eine solche Ausstellung zu arrangieren. Es konnte dies nur einem Historiker vom Schlage

Tschudis gelingen; doch nicht etwa seiner Gelehrsamkeit wegen, vielmehr weil er nicht nur gelehrt, sondern ein Mensch ist, der einen Blick für die Werte des Lebens hat, für das Wesen der Entwicklung. So ergab sich aus dieser seiner Art das Programm der Ausstellung ganz von selbst. Es galt, um die Gelenke ihres Organismus herauszuarbeiten, jene Künstler besonders zu betonen, in deren Werk sich der lebendige Geist ihrer Zeit verkörpert; dabei mussten naturgemäss solche Künstler mehr oder weniger übergangen werden, in deren Werk sich dieser nicht findet, weil es in irgend einer Weise sich von der Anlehnung ernährte, statt aus dem Volksmark seiner Tage gewachsen zu sein. Nun haben diese Künstler ja allerdings auch das Recht, zu sagen: wir vertreten ebensosehr den Geist unserer Tage, und zwar, wie unser Erfolg beweist, einen sehr mächtigen; dem aber wäre zu erwidern, dass wir heute schon genug Distanz gewonnen haben, zu konstatieren, dass dieser Geist nicht jener war, der am wachsenden Baum des Volkswerdens die Knoten der Entwicklung markiert: ein Geist, der, leider allzu häufig verdunkelt, im letzten Jahrhundert in Deutschland still im Verborgenen schaffen musste, während im hellen Licht des Tages im Wirken der Marktschreier die Phrase geräuschvoll verrann, ohne eine Spur in der Seele des Volkes zurückzulassen, aus deren langsamer Verdichtung Werte keimen konnten. Es würde zu weit führen, hier auch nur annähernd darauf hinzuweisen, wie die Akademie und ihre Vertreter die Entwurzelung zwischen Kunst und Volk bedingte und beschleunigte, so dass am Ende des Jahrhunderts die wenige selbständige Kunst wie isoliert dasteht, als eine Sache des einzelnen, ohne Zusammenhang mit der Volksseele, ohne Protektion der Führenden. Es war daher nur natürlich, dass die Ausstellungsleitung einen Teil ihrer Aufgabe darin sah, in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts nach den im Lauf der Zeit verschütteten Quellen zu forschen, aus denen damals eine gesunde Kunst gewissermassen als täglicher Hausbedarf in die breiten Kreise eines empfänglichen Bürgertums sich ergoss: als eine Basis für jene wenigen Werke der monumentalen Kunst, die immer nur vereinzelt entstehen können, und die später, ohne die natürliche Voraussetzung jener gesunden, naturalistischen Bürgerkunst, die Akademien epigonenhaft zu züchten als ihre Aufgabe betrachteten. Der Zeitraum der Ausstellung wurde daher festgesetzt auf die Spanne von 1775 bis 1875. Diese auf den ersten Blick für den Beobachter ein wenig befremdenden Ziffern einer Jahrtausstellung sind jedoch beinahe selbstverständlich. Im letzten Viertel des XVIII. Jahrhunderts ruhen die Wurzeln der neuen Kunst, und im letzten Viertel des XIX. liegt diese nahezu schon in der Agonie: die Kunst des XX. kündigt sich an. Die grössten Vertreter der vorigen sind schon abgetreten.

So begegnen wir an der Pforte des neuen Jahrhunderts denn auch in Daniel Chodowiecki einen Mann, der beider Zeiten Züge in seinem Antlitz vereint: ist er im grössten Teil seiner Gemälde in vollständiger Abhängigkeit von Watteau, so sehen wir in seinen Handzeichnungen die Keime des neuen Denkens, die einem Grösseren, Gottfried Schadow, den eignen Weg weisen sollten, während die Mehrzahl seiner Zeitgenossen als vortreffliche Porträtisten noch das koloristische Erbe des Barock verarbeiteten; doch, wie uns das Werk von Anton Graff zeigt, nicht ohne mit offenem Blick ins Leben zu schauen. Die geistigen, durch die neuentdeckte archäologische Wissenschaft in das Kunstleben fliessenden Strömungen, wie sie sich unter dem Einfluss Winckelmanns in der Person von

Asmus Carstens verkörpern, bedeuteten hiergegen, wie wir alle wissen, einen starken Rückschlag, in dem die Künstler unter ihrem Schwarm für die Antike die im Porträt noch so glänzend dokumentierte Malkunst auf Jahrzehnte verlernen sollten. Da aber auch unter dieser Anbetung des kalten und leeren Formalismus der geistige Gehalt so gut wie gänzlich in die Brüche ging, versuchte eine Gruppe von Künstlern, auf dem Umweg über das italienische Quattrocento sich der Natur aufs neue zu nähern. Nicht ohne den Einfluss der romantischen Literatur und ihres Schwarms fürs Mittelalter, gerieten diese Künstler auf jenen Weg, der ihnen, ihrer religiösen Neigungen wegen, den Spottnamen *Nazarener* eintrug. Die Tradition war damals in Deutschland so vollends vernachlässigt, dass begabte Künstler wie diese, ohne eine direkte Anlehnung nicht auskommen zu können glaubten, und so erkannten sie aber mit Recht in den primitiven Künstlern die grössere Innigkeit, während sie in der nachraffaelischen Kunst den leeren Formalismus witterten, dem sie gerade entfliehen wollten. Für uns heute sind ihre Werke daher dort am lebendigsten, wo sich ihre Abhängigkeit am wenigsten fühlbar macht; das heisst im Porträt, und es soll nicht verschwiegen werden, dass diese Künstler, die bedeutende Menschen waren, auf diesem Gebiet, trotz gewisser Trockenheiten der Ausdrucksmittel, Hervorragenderes leisteten, als es lange Zeit nach ihnen und in unseren Tagen der Fall ist. In direktem Zusammenhange mit der Schule der Nazarener standen verschiedene Abzweigungen der romantischen Kunst, die in den verschiedensten Gegenden Deutschlands ihre Siedlungspunkte hatten, und deren Kraft und Wollen im Werke der beiden grössten jener Zeit, im Werke Schwind's und Rethel's gipfeln. Es ist so bekannt, dass wir uns hier, bei dem knapp bemessenen Raum, nicht bei ihm aufhalten dürfen, um uns mit jenen zu befassen, die in der Ausstellung als die Neuentdeckten gelten.

Ich sagte schon, dass der Geist des neuen Werdens in Deutschland teilweise im Verborgenen zu wirken gezwungen war, während der leere Lärm des Akademizismus seine Scheinraketen verpuffte. Liegt uns nun auch nichts ferner, als die teilweise hervorragende Kunst der Nazarener — Rethel, den grössten, danken wir ihnen — mit diesem Akademizismus auf eine Stufe zu stellen, so gab es in ihren Tagen doch eine Gruppe von (seltsamerweise meist früh verstorbene) Künstlern, die noch direktere Fühlung zum Leben suchte, als die Nazarener im Gegensatz zu den Klassizisten. Wenn deren Kunst nun auch — damit wir sie heute wiederentdecken — von der der Nazarener überflügelt wurde, so können wir nicht in die Behauptung mit einstimmen, sie sei von ihr erdrückt worden. Jene frühen Naturalisten, sie schufen in Hamburg, Berlin, München, Wien, hatten Gelegenheit, ihr Letztes und Bestes zu geben, und gaben es auch: wenn ihre Kunst aber den Ruhm der Nazarener nicht überdauerte, so lag dies hier, bei allen ihren Vorzügen, in dieser Kunst selbst begründet, der es trotz aller formalen Natürlichkeit, die sie vor den Nazarenern voraus hatten, an deren geistiger Kraft fehlte. Wenn wir nun aber heute diese Kunst wiederentdecken, so freuen wir uns an ihrem reinen und schönen Können und beneiden eine Zeit, in der der Durchschnitt, vor allem auf dem Gebiet des Porträts, so Vortreffliches leistete. Wie vorteilhaft sticht nicht die Porträtkunst der Oldach, Krüger, Waldmüller von der der akademischen Phraseure der folgenden Jahrzehnte ab, ja selbst von dem meisten, das heute auf diesem Gebiet geleistet wird, und eine wie reichhaltige Persönlichkeit ist nicht der Landschaftler Fried-

rich, wenn wir auch durchaus nicht geneigt sind, ihn den Heutigen als Vorbild hinzustellen! Aber man bedenke, dass es möglich war, einen Achenbach und Gustav Richter zu umjubeln, nachdem ein Waldmüller und Friedrich geschaffen hatten.

Die Phase der Achenbach und Richter ist denn auch die trostloseste in Deutschland; wir wollen sie die Maler um 1850 nennen und können leider nicht verhehlen, dass einem Teil der Produktion des Grössten dieser Zeit — der sonst im Grunde abseits stand —, dass einem Teil von Menzels Werk die gleichen, uns heute peinlichen Züge anhaften. Ein Blick auf den deutschen Kunstsüden zeigt es uns mit unerträglicher Deutlichkeit in den Werken der Pilotyschule, deren Geist selbst so starke Talente, wie Lenbach, ruinierte. Diese Phase der deutschen Kunst ist denn auch von der Ausstellungsleitung mit erklärlicher Kürze behandelt worden. Ihre Werke haben lange Zeit genug im Vordergrund gestanden, und sollten ihre Schöpfer wirklich, unserer Meinung entgegen, dennoch jene einst verherrlichten Grossen sein, so brauchen ihre Freunde nicht um sie zu bangen.

Und es nahte im Münchener Realismus, an dessen Spitze Leibl stand, die Zeit der Auferstehung reineren Kunstdenkens. Zwar liessen sich auch noch gegen diese Kunst, von unserem heutigen Standpunkt aus, Einwendungen machen, doch sei es unterblieben, um nicht im Rahmen eines so knappen Überblickes irriige Wirkungen zu wecken. Wie Piloty und seine Schule von Venedig, ging Leibl von Rembrandt aus, nur mit dem Unterschied, dass er sich an dessen Kunstprinzip hielt, weniger an den äusseren Schein, wie jene es noch Venedig gegenüber hielten. Sein Zweck war, die Dinge auf dem Wege des malerischen Vortrags wiederzugeben, wobei jene ihm vollständig gleichgültig, dieser ihm alles war. Und wir müssen zugeben, dass er es bis zu einer seltenen Meisterschaft brachte, dass Werke aus seiner Hand hervorgingen (*Die beiden Dachauerinnen*, das Porträt *Pallenberg*), die dieser Art in der Kunst des letzten Jahrhunderts in Deutschland bis dahin unbekannt waren. Eine Reihe von Schülern, deren begabtester Trübner war, folgte dem Meister auf diesem Wege und wenn wir heute auf dessen Produktion zurückschauen, so wissen wir nicht, ob wir mehr darüber staunen sollen, dass dieser Künstler zu Beginn der siebziger Jahre, er zählte damals 23, eine solch stattliche Reihe exquisiter Werke schuf, oder dass diese Werke sang- und klanglos, ohne weiter beachtet zu werden, von der Ausstellungsbildfläche verschwanden. Und auch muss noch erwähnt werden, dass Trübner, vielleicht eine nicht so starke Begabung wie Leibl, diesen dennoch im Begriff des Malerischen überholte; Leibl selbst aber diesen Weg verliess, um der Fahne Holbeins zu folgen. Eine weitere Auseinandersetzung dieses Umstandes würde uns auch an den Punkt bringen, der uns zur Behauptung veranlasste, es sei in der Malerei Leibls doch noch nicht alles in Ordnung; doch dies muss hier unterbleiben.

Die nächste Etappe der deutschen Malerei lässt sich unter den Namen Max Liebermanns zusammenfassen. Es ist dies der einzige dieser Generation, der dem Wesen der modernen Farbenanschauung, wie sie dem Impressionismus zugrunde liegt, in seinem Werke zum Ausdruck verhalf; die verschiedenen Entwicklungsphasen lassen sich in seiner reichhaltigen Produktion deutlich verfolgen, und die in der Jahrhundertausstellung zur Vorführung gelangten Werke liessen uns gerade bis an die Grenze der völligen Entfaltung dieses neuen Denkens, die bei Liebermann natürlich nach 1875 fällt.

Es folgten als Abschluss dieser künstlerischen Veranstaltung die Gruppen jener grossen Stilisten, die versucht hatten, aus der neuen, in ihrer Zeit wurzelnden Empfindung, ihre Zeit repräsentierenden Empfindung, ihre Kunst im Gewande jenes monumentalen Faltenwurfes zu gestalten, den frühere Schulen in lähmender Anlehnung suchten: Feuerbach, Marées, Thoma, Böcklin, sind diese modernen Hellenen. Wie sehr zwei von ihnen in unseren Tagen von der Parteien Hass umwütet sind, kann hier nicht wieder in den Bereich der Betrachtung gezogen werden. Es sei nun betont, dass gerade in der Empfindung die beiden Angegriffenen die Moderneren und Einheitlicheren scheinen, während Feuerbach und Marées, bei herrlichen Eigenschaften teils diese, teils jene Seite ihrer Kunst zum Nachteil einer anderen spezialisierten. Die ganze Gunst der Ausstellungsleitung galt diesmal Feuerbach, als ein letzter Versuch, diesem noch immer nicht genügend Gewürdigten zu verdientem Ansehen zu verhelfen. Das ganze Lebenswerk nahezu, über 75 Nummern hatte man zusammengebracht; aber einsam wird es nach wie vor um den Namen Feuerbach bleiben: in seinem Wesen liegt's begründet. Wenn auch nicht in dem Grade wie Marées, er ist dennoch eine problematische Natur, der freilich herrliche Malereien gelangen, von seltener Vollkommenheit, zu denen ein einziges Modell ihn zu begeistern vermochte. Seine Kunst sank und stieg mit diesem Weibe. Der Thoma- und Böcklinsaal war nicht so liebevoll arrangiert, doch können trotzdem die zur Schau gestellten Werke den aufmerksamen Beobachter nur aufs neue überzeugt haben, wie reiche Naturen die deutsche Kunst in diesen beiden besass, und dass Böcklin, von diesem Standpunkt aus, in der Tat die reichste war, während Marées einigen zur Abstraktion und zur Spekulation neigenden Geistern Stunden seltenen Genusses bereitete, wie das knappe Aperçu, das dem Blitz gleich, eine Welt voll Wunder erleuchtet, aber eben nur, dem Blitz gleich, für einen flüchtigen Augenblick, statt diese Welt selbst zu sein und vor uns auszubreiten.

So wären wir auf dieser im Schnellzugstempo, das kein Verweilen zulies, sehr beschleunigten Wanderung ans Ziel dieser umfangreichen, lehrreichen und genussvollen Veranstaltung gelangt und scheiden voll Dank von ihren Leitern, die es unternahmen, der Nation, die ein Anrecht auf diese Kunst hat, diesen seltenen Überblick zu ermöglichen, und mit dem Bewusstsein, dass die deutsche Kunst in jenem Jahrhundert zwar eine stattliche Reihe starker Künstler hervorbrachte, dass es ihr aber an jener einheitlichen Entwicklung fehlte, die in ihrer Organik selbst ein Kunstwerk ist: ein Mangel, den nicht zum wenigsten die unorganische, negative, unmoralische Denkweise der Akademiker verschuldete, von der wir in dieser Betrachtung ausgingen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Vereinigte
Staaten von
Amerika

Die enge internationale Verflechtung aller wichtigeren nationalen Wirtschaftsgebiete bekundete sich wieder ein-

mal in der Rolle, die, hauptsächlich in der Übergangszeit vom Monat April zum Mai, den Vereinigten Staaten zufiel. Zweifellos wurde auch die Unionsentwicklung schon länger von der Vollflut der Hochkonjunktur getragen, vielleicht in noch stärkerem Masse, als irgend ein

europäisches Land. In den amerikanischen *Clearing*häusern erreichten die Bankverrechnungen im I. Vierteljahr 1906 eine niemals zuvor beobachtete Höhe. Die insgesamt verrechnete Summe belief sich in den 94 für die statistische Zusammenstellung in Betracht gezogenen Hauptplätzen der Vereinigten Staaten auf 41,5 Milliarden Doll., sie war um 17,8 % und 63 % grösser, als in dem entsprechenden Abschnitt von 1905 und 1904. In New York allein erreichten die verrechneten Summen die Höhe von 27,9 Milliarden Doll. und überstiegen die vorjährige um 18 %; für die übrigen 93 Städte verblieb also eine Gesamtverrechnung von 13,6 Milliarden Doll. bei einer Steigerung um 16,6 % gegenüber Januar bis März 1905. Alle geographischen Hauptgruppen, die Neuengland- und Mittelstaaten, der Westen, der Süden, nahmen an diesem Aufschwung teil. Die Emissionstätigkeit war zuletzt abnorm überhitzt. Nicht weniger als 1476,8 Mill. Doll. Neuemissionen wurden in den ersten 3 Monaten des laufenden Jahres beschlossen; davon sollten 1153 Mill. Doll. alsbald durchgeführt werden. »Selbst wenn man«, urteilte die *Vossische Zeitung* hierüber, »von der letztgenannten Ziffer die 247 Mill. Doll. abzieht, die zur Refundierung alter Bonds und Aktien bestimmt sind, verbleibt noch die ungeheure Höhe von 906 Mill. Doll. oder 3850½ Mill. M. neuen Titres. Das heisst, allein in den 3 ersten Monaten des Jahres sind in den Vereinigten Staaten mehr Emissionen beschlossen worden, als im ganzen vorigen Jahre in Deutschland herausgekommen sind. In 1905 betrug nämlich der Kurswert der im Deutschen Reich neugeschaffenen Effekten 3085 Mill. M., in 1904 aber nur 1806 Mill. M.« In der Roheisenerzeugung stand schon der vorjährige Monat März (mit 1,97 Mill. t) hoch über allen früheren amerikanischen Monatsleistungen. Im jetzigen März war das Wetter weniger vorteilhaft für den Hochofenbetrieb, aber dennoch überstieg die Roheisenerzeugung die vom März 1905 noch um reichlich 10 %. Es wurden nach dem *Iron Age* in diesem Monat in den steinkohlenfeuernden Hochofen der Vereinigten Staaten 2 165 632 t Roheisen gewonnen, und selbst die bisherige Höchstausbeute vom Januar 1906 wurde noch um 100 000 t überstiegen. Die für den Markt arbeitenden Öfen erbliesen durchschnittlich pro Woche 172 368 t gegenüber 169 318 t im Februar, und in

den Hochofen der Stahlwerke war die Zunahme der Erzeugung noch bedeutender. Letztere produzierten 1 400 395 t und rund 30 000 t mehr, als in ihrem bisher besten Monat, dem Oktober 1905; auf die Öfen des Stahltrusts allein entfiel eine Ausbeute von 1 001 226 t gegen 947 476 t im Oktober 1905. Dabei waren verschiedene Hochofen durch Schneefälle und die Wirkung ihrer seit Monaten sehr starken Inanspruchnahme verhindert, die Produktionsrate des Februar aufrechtzuerhalten. Nimmt man an, dass an Holzkohlenroheisen eben so viel, wie im März 1905, hergestellt wurde, so berechnet sich die gesamte Roheisenerzeugung für März 1906 mit rund 2 200 000 t. Ähnliche Ziffern liessen sich noch für andere Produktionsgebiete wiederholen.

Einen jähen Stimmungsumschlag brachte die Katastrophe von San Francisco, weniger direkt durch die Unterbrechungen von Produktion und Warenabsatz, als durch die Rückwirkungen auf die Börse und den Geldmarkt. Die Beängstigung, die jeden Augenblick zu einer allgemeinen Panik ausarten konnte, und der Kampf um das Bargeld und Leihkapital ging hier von den Versicherungsgesellschaften aus. Die Schadenersatzleistungen infolge der Feuersbrünste und des Erdbebens — letzterwähnte Ursache ist wohl bei den meisten Versicherungen ausgeschlossen — werden auf etwa 1 Milliarde M. geschätzt. Trotz aller verwickelten und unter Umständen recht langwierigen Voruntersuchungen und Vorverhandlungen wird sich ein riesiger Zahlungsbedarf rasch auf einen kurzen Zeitraum zusammendrängen, denn die Versicherungsgelder sind nur ein Bruchteil des allgemeinen Bedarfes. Um sich zu decken, warfen die Versicherungsgesellschaften grosse Massen von Effekten aus ihrem Anlagebestand auf den Markt. Dieses kursdrückende, plötzliche Angebot erfuhr noch von anderer Seite eine Steigerung: die Besitzer von Versicherungsaktien, durch die Gerüchte über die Verlegenheiten der Gesellschaften erschreckt, stiessen nach Möglichkeit ihren Aktienbesitz ab, um später nicht unter noch niedrigeren Kursen leiden oder verkaufen zu müssen. Das ganze künstliche Gebäude der masslosen amerikanischen Börsenspekulation hätte so ins Wanken kommen können, wenn London und die kontinentalen Börsen und Banken nicht durch umfassende Übernahmen von Effekten und durch starke Goldabga-

ben Öl auf die erregten Wogen gegossen hätten. Nach vielen Mühen und Anstrengungen scheint nunmehr eine ernstere Gefahr nicht mehr zu befürchten.

× **Geldmarkt.** Aber dafür hat unser Unternehmenertum die Hoffnung auf eine beginnende Leichterflüssigkeit des Leihkapitals vorläufig wieder einsargen müssen. Am 3. Mai machte die Bank von England sogar ihre Zinsfussherabsetzung vom 5. April rückgängig; der Diskont ist statt auf $3\frac{1}{2}$ % wieder auf 4 % festgesetzt; ohne die starke Unterstützung, welche die Pariser Bankwelt der Londoner City zu teil werden liess, wäre wahrscheinlich die bereits vorausgesagte Weitererhöhung des englischen Banksatzes zur Wirklichkeit geworden. Solange diese Verhältnisse fortbestehen, wird die deutsche Reichsbank kaum von ihrem 5prozentigen Satz abgehen.

× **Anleihen** Je leichter es dem Leihkapital bleibt, sein Geld höherverzinslich anzulegen, desto schwieriger wird es unseren öffentlichen Körperschaften, ihren Anleihebedarf in gewohnter Weise zu befriedigen. So wird eben bekannt, dass Wiesbaden sowohl, wie Mannheim auf die Aufnahme einer $3\frac{1}{2}$ prozentigen Anleihe zunächst zu verzichten gedenken, weil die Angebote der Banken allzu ungünstig sind.

Wenn dagegen die russische Anleihe Ende April äusserlich glänzend gelang, so wirken dabei politische Motive und nicht zum wenigsten auch täuschende Börsengaukeleien mit; aber die Zinshöhe ist gerade in diesem Falle eine wahrhaft wucherische (Emissionskurs 88 für eine 5prozentige Anleihe).

× **Produktionsvermehrung und Preisaufbesserung** Das Produktionsbild gestaltet sich trotzdem zunehmend günstiger. Das sicherste Anzeichen dafür ist wohl, dass zur fortgesetzten Produktionsvermehrung mehr und mehr die allseitige Preisaufbesserung tritt. So hat sich, um ein paar charakteristische Beispiele herauszugreifen, der Stahlwerksverband am 11. Mai über eine weitere Heraufsetzung der Trägerpreise um 5 M. pro t schlüssig gemacht, nachdem bereits 14 Tage vorher eine Steigerung um 5 M. stattgefunden hatte. Weiter lesen wir in der *Vossischen Zeitung* vom 12. Mai: »Die in der Eisenindustrie neuerdings auf der gan-

zen Linie eingetretenen Preiserhöhungen beruhen auf einem sich gerade zurzeit sehr fühlbar machenden Mangel an Rohmaterialien. In den letzten Tagen wurden unter anderem Preiserhöhungen für Schweisseisen, Bandeseisen, Formeisen und Formbleche gemeldet, nachdem in den letzten Monaten die Preise für Halbzeug zweimal erhöht worden sind, und die rheinisch-westfälischen Werke die Preise für Stabeisen, das zurzeit 120 bis 122 M. per t notiert, Schritt für Schritt gesteigert haben. Die neuen Preisbemessungen der grossen Verbände werden in nächster Zeit auch auf den Berliner Eisenmarkt zurückwirken.« In der Sitzung des Roheisensyndikats vom 12. Mai wurde nach der *Cölnischen Zeitung* beschlossen, die Preise für Qualitäts-, Puddel- und Stahleisen, sowie für Walzgusseisen und Bessemereisen um je 3 M. pro t für das letzte Viertel des laufenden Jahres zu erhöhen. In dieser Sitzung ist auch die Verlängerung des Roheisensyndikats auf die Dauer von zwei Jahren festgelegt worden. Kupfer, Zinn und andere Rohmaterialien, die Häute, fast alle gangbaren Holzsorten finden wir auf aussergewöhnlicher Preishöhe.

Das gilt natürlich nicht nur für Deutschland, sondern international. So kommt die auf englischen Daten fussende letzte Sauerbeckesche Preisstatistik vom April zu dem Ergebnis, dass für *materials* der letztperiodische Höhepunkt (Februar 1900) zwar nicht vollständig, aber beinahe erreicht sei. Kupfer, Zinn, Baumwolle, Jute stehen sogar höher, wie damals.

Die agrarischen Preise verlieren in Deutschland allmählich ihre vorübergehende Ausnahmestaltung — das heisst: die *Notfleischpreise* beginnen zu sinken, die durch eine abnorme Voreinfuhr gedrückten Getreidepreise folgen einer entgegengesetzten Tendenz. Wir denken in der nächsten Rundschau auf diese bereits eingetretenen und weiter sich ankündigenden Preiserscheinungen zurückzukommen.

× **Kurze Chronik** Der englische Kohlenausfuhrzoll wird nach Mitteilung der Londoner Regierung am 1. November in Fortfall kommen. × Da die *Ostdeutsche Spiritfabrik* die Beitrittsbedingungen ablehnte, so scheint die Erneuerung des Spiritusringes gefährdet. × Dem Reichstag ging eine Denkschrift zu über das Ergebnis der zur Prüfung der Frage

nach der Einführung eines 3 M.-Stücks angestellten Ermittlungen.

× **Literatur** Der Kampf der russischen Volksvertretung gegen den alten Absolutismus wird wesentlich mit abhängen von dem Schicksal der russischen Finanzen, vor allem von dem Schicksal der russischen Renten an den europäischen Börsen. Das Gelingen der letzten Riesenanleihe schenkte dem Zarismus abermals eine Galgenfrist, während deren er in grösserer Ruhe und Stärke die Dinge nochmals an sich herankommen lassen kann. Mit dem Wegfall solcher Krücken ist er der hilfloseste Greis, der im eigenen Interesse am besten tut, sich dem Willen der *Duma* unweigerlich zu beugen. Andererseits: ist der grosse finanzielle Zusammenbruch trotz aller krampfhaften Anstrengungen der zarenfreundlichen, russenwertbelasteten Hochfinanz Mittel- und Westeuropas unvermeidlich, so ist eine rechtzeitige Warnung zugleich ein Verdienst um unsere eigenen ökonomischen Interessen. Die Nation, die in der jetzigen, vielleicht überraschend kurzen Übergangszeit ihren Besitz an russischen Staatswerten nach Möglichkeit abstösst, wird von den schlimmsten Zukunftssorgen befreit aufatmen können. Sehr zu rechter Zeit erscheinen deshalb gesammelt die Artikel Georg Bernhards und seiner Wochenschrift *Plutus, Russlands Bankrott* /Berlin, *Plutus-Verlag*/ (I. *Zur Warnung*. II. *Beiträge zur Zeitgeschichte*. III. *Polemisches*). *Plutus* kann mit Recht darauf hinweisen, dass er lange vor den beiden Martinschen Schriften den Ereignissen in Russland die Prognose gestellt habe, die sich immer mehr als richtig erwies. Die lehrreichen, flott und lebendig geschriebenen Beiträge zur finanziellen Zeitgeschichte bieten unseren Parteiredaktionen und Parteigenossen zugleich eine vortreffliche politische Waffe im literarischen Kampfe gegen den Zarismus. × Von weiteren Publikationen seien zunächst nur registriert: Dr. Riesser *Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen* /Jena, Gustav Fischer/, Dr. Friedrich Raffel *Englische Freihändler vor Adam Smith* /Tübingen, Laupp/. Max Nitzsche *Die handelspolitische Reaktion in Deutschland* /Stuttgart, Cotta/. Auf diese Schriften soll in den *Sozialistischen Monatsheften* ausführlicher zurückgekommen werden. × Es ging ferner

ein Silvio Gesell *Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform* /Leipzig, Hermann/.

Der *Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin für 1905* ist nunmehr rasch in stattlichem Umfange dem vorbereitenden *Überblick über das Wirtschaftsjahr 1905* gefolgt. Sowohl die eminente kommerzielle und industrielle Bedeutung des Berichtsbezirkes, wie die inhaltliche Ausgestaltung der Berichte — über die allgemeine wirtschaftliche Lage, über die einzelnen Geschäftszweige, über die organisatorische, beratende und begutachtende Tätigkeit der Handelskammer selber — erhebt diese Jahresrevue weit über den Durchschnitt der üblichen Kammerberichte. MAX SCHIPPEL

Politik

Reichsfinanzreform Die sogenannte *Reichsfinanzreform* ist von der Majorität des Reichstages glücklich durchgeführt worden: 200 Mill. M. werden dem Reiche jährlich mehr zufließen, und zwar aus der Brau-, der Zigarettensteuer, aus dem Frachtturkunden- und Personalfahrkartenstempel, aus dem Automobilstempel, aus der Tantiemen- und der Erbschaftssteuer. Der Vorsitzende der Kommission, die die Reichsfinanzreform für das Plenum vorbereitete, der nationalliberale Abgeordnete Büsing, hat die Durchführung dieser Reform als die Lösung der grössten Aufgabe bezeichnet, die dem Reichstag seit dem Bestehen des Reiches je gestellt worden sei. Bei der Einigung über die neuen Steuern hätten die Abgeordneten der Mehrheitsparteien schwere Opfer ihrer persönlichen Überzeugung bringen müssen. Die angenommenen Steuern seien keineswegs einwandfrei, aber bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages hätte sich für andere Steuern keine Majorität finden lassen; die neuen Steuern seien also geboren aus der Notlage des Reiches und fänden darin ihre Rechtfertigung. Wie der Vorsitzende der Steuerkommission ausserten sich auch Vertreter des Bundesrats, so vor allem der preussische Finanzminister, der die Berechtigung sehr erheblicher Bedenken gegen die eine oder die andere der neuen Steuern zugab, aber mit Rücksicht auf die *salus publica* sich über alle Bedenken hinwegsetzte. Aus allen diesen und anderen ähnlichen Reden klang's hindurch: Die Hauptsache ist, dass wir Einnahmen in Höhe von 200 Mill. M. erschlossen.

wie wir zu dem Gelde kommen, diese Frage bleibe unerörtert. Regierung und Reichstagsmajorität fühlen selbst das Unzulängliche ihrer finanzpolitischen Leistung, aber sie trösten sich mit dem Gedanken, dass es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages nicht anders ging. Und darin mögen die beiden Faktoren recht haben. Wenn zur Mehrung der *salus publica* Gesetze gemacht werden müssen, die von den Gesetzgebern selbst als unzulänglich empfunden werden — Welch ein Vorwurf liegt in dieser Tatsache gegen diejenigen, die diese Zusammensetzung des Reichstages verschuldet haben! Wie ein Appell an die Wähler des Reichstages von 1908 klangen die Schlussverhandlungen über die Reichsfinanzreform aus: Befreit das Reich aus der Notlage, die durch die heutige unglückselige Zusammensetzung des Reichstags entstanden ist, und als deren Frucht das Parlament auch die neuen Steuern darbringen muss! Und man darf annehmen, dass durch diese Reform der Reichstagsmajorität wenigstens eines gelungen ist: den Wählermassen durch die neuen Steuern das Unerträgliche der heutigen Zusammensetzung des Reichstags zum Bewusstsein zu bringen. Die Verteuerung des Reisens und auch die direkt sinnlose Verteuerung des Ortsportes — entgegen übernommenen Verpflichtungen —, zu der die Mehrheitsparteien die Postverwaltung von selbst aufgefordert haben, dürfte in agitatorischer Beziehung gegen die heutige Reichstagsmajorität sich als in ausserordentlich hohem Grade wirksam erweisen. Zwar, darin hatte Bismarck recht, dass — wenigstens beim indifferenten Publikum — eine indirekte Steuer weniger lästig empfunden wird, als eine direkte. In unserer schnelllebigen Zeit vergisst man leicht. Diese Verkehrsverteuerungen bewirken aber Änderungen gerade in liebgewordenen Gewohnheiten, zum Teil einen Verzicht auf Dinge, die man schwer entbehren kann, so dass man sich immer wieder ärgert und auch seinem Ärger Luft machen wird. Man wird es nur zu gerne glauben, wenn man den Wählern sagt: Dieses Steuerbukett habt ihr glücklich; was aber wird erst im Interesse des Staatswohls noch kommen, wenn der Reichstag in der durch seine heutige Zusammensetzung bedingten Notlage abermals neue Steuern ausbrütet?! Wenn man erst das Fahren auf der Eisenbahn besteuert, warum schliesslich nicht auch den Verkehr auf Märkten, über

Brücken, den Besuch schöner Aussichtspunkte und alter Ruinen, warum schliesslich nicht auch den Verkehr auf Strassen, warum nicht das einfache Spazierengehen? Als im Jahre 1894 der Versuch einer Reichsfinanzreform gemacht wurde, geriet Graf Posadowsky in helle Verzweiflung, als er die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter bei ihrer Arbeit gegen seine wohlgemeinten Pläne sah. »Den Sozialdemokraten«, meinte er, »muss dabei das Herz im Leibe lachen, denn sie brauchen den Baum gar nicht mehr zu schütteln, die Früchte fallen ihnen durch den Ansturm der Parteien von selbst in den Schoss.« In weit höherem Grade, als damals der Ansturm gegen die Posadowsky-Miquelsche Reform, nützt der Sozialdemokratie agitatorisch die positive Steuerarbeit der gegenwärtigen Reichstagsmajorität: sie hat einen Unzufriedenheitsbazillus geschaffen, dessen erfolgreiche Ausbreitung sich bei den nächsten Wahlen zum grossen Leidwesen seiner Schöpfer herausstellen wird.

× **Frankreich:** Die Kammerwahlen in **Kammerwahlen** Frankreich haben sowohl im ersten Wahlgang, als auch in der Stichwahl mit einem überraschenden Siege der Blockparteien geendet. Während in der vorigen Kammer 77 Reaktionäre, 44 Nationalisten, 122 Progressisten, 66 Republikaner, 118 Radikale, 116 Radikalsozialisten und 57 Sozialisten sass, werden in der neuen Kammer 78 Reaktionäre, 24 Nationalisten, 77 Progressisten, 77 Republikaner, 110 Radikale, 143 Radikalsozialisten, 75 Sozialisten und 1 Antisozialist sitzen. Mit diesem Siege der linksrepublikanischen Parteien und der Niederlage der Opposition haben die französischen Wähler die bisherige antiklerikale Politik in vollem Umfange gebilligt. Alle Versuche, die öffentliche Meinung vor den Wahlen durch die Skandale bei den Inventaraufnahmen, durch die Machinationen im Streikrevier gegen die Regierung zu beeinflussen, sind kläglich gescheitert. Freilich, der augenblickliche Sieg der Blockparteien garantiert noch keineswegs die Fortführung der bisherigen Politik. Es haben sich in letzter Zeit wiederholt Anzeichen bemerkbar gemacht, die ein weniger festes Zusammenhalten der linksrepublikanischen Parteien nicht unwahrscheinlich machen. Nur die unglücklich ungeschickte Art der klerikalen Gegner und vornehmlich der Nationalisten hat die Blockparteien schliesslich immer wie-

der gegen die gemeinsame Gefahr zusammengeführt. Jedenfalls ist es bei dem Charakter der einzelnen linksrepublikanischen Parteien durchaus verfrüht, angesichts des Wahlergebnisses den weiteren Gang der Politik Frankreichs vorauszusagen zu wollen.

× **Kurze Chronik** Am 27. April starb der preussische Eisenbahnminister von Budde.

Sein Nachfolger wurde der Präsident der Eisenbahndirektion Cöln Breitenbach. × In Österreich stürzte über die Wahlreform das Ministerium Gautsch. Ministerpräsident wurde Prinz Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst. × Graf Witte trat als russischer Ministerpräsident zurück; an seine Stelle kam Goremynkin. × Am 10. Mai fand die feierliche Eröffnung der *Duma* statt. × Die Diätenvorlage ist vom Reichstage am 16. Mai in dritter Lesung und vom Bundesrate am 17. Mai mit den an der Regierungsvorlage durch den Reichstag vorgenommenen Änderungen angenommen worden. × Am 14. Mai ist Karl Schurz gestorben. RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Verein für Sozialpolitik

Die wuchtigen Agitationschriften Lassalles stellen sich als wirklich bahnbrechende Taten in der Geschichte der deutschen Nationalökonomie dar. Der erbitterte Streit zwischen den sogenannten *Kathedersozialisten* und den Aposteln der reinen Lehre von Sankt Manchester ist in letzter Linie auf die tiefgehende Revolution zurückzuführen, die der grosse Agitator in den jungen aufstrebenden deutschen Nationalökonomien der sechziger und siebziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts hervorrief. Die kleinen Streitschriften der Manchesterschule und des Kathedersozialismus, die der Tag schuf, hat der Tag wieder verschlungen, und von ihnen überdauerte eigentlich nur das Schmollersche *Offene Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft* die kurze Kampfperiode zwischen den Gönnern und den Todfeinden des Sozialismus. Als eine Folgeerscheinung der von Lassalle provozierten gewaltigen Erschütterung in der sozialpolitischen Welt darf wohl mit Recht die Gründung des *Vereins für Sozialpolitik*, dessen Konstituierung am 13. Oktober 1873 in Eisenach erfolgte, betrachtet werden. Gerade die

gärende Unzufriedenheit in der Arbeiterbevölkerung rief nach der Rede Schmollers vom 6. Oktober 1872 die Zweifel an der manchesterlichen Doktrin wach. Wer anders aber, als Lassalle, hatte die Arbeitermassen aus ihrer verfluchten Bedürfnislosigkeit aufgepeitscht!

Der *Verein für Sozialpolitik* hat jetzt in Dr. Else Conrad (*Der Verein für Sozialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage* /Jena, Gustav Fischer/) eine befähigte Geschichtsschreiberin gefunden, die das Werden und die gesamte Tätigkeit dieses Vereins im engsten Zusammenhang mit den gewaltigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ereignissen der sechziger und siebziger Jahre des XIX. Jahrhunderts schildert. Wir werden Zuschauer der tollen Tänze der Grunderzeiten um das goldene Kalb, jener wilden, die altväterliche Moral derb verspottenden Jahre, in denen sich die bourgeoisen Wienerinnen auf ihren Badereisen stolz als *Gründersgattinnen* in die Kurlisten enttrugen. So lebenswahr die Geschichte der Gründerjahre aus der Feder des Fräulein Dr. Conrad floss, so verzeichnet fiel ihre Darstellung über die Entwicklung der Sozialdemokratie aus. Welches Zerrbild entwirft Dr. Else Conrad zum Beispiel von Marx, dem Demokraten und dem Bewunderer der englischen Kooperativebewegung: »Das allgemeine, gleiche Wahlrecht«, schreibt sie, »wünschte er [Marx] nicht, ebenso wenig Produktivassoziationen, denn eine *Vereindung* war für die Gegenwart nur nach seinem Sinn; um so rascher musste die Selbstvernichtung der bürgerlichen Gesellschaft eintreten.« Man glaubt den Pastor Stoecker reden zu hören, wenn man folgende Jeremiade der Dr. Else Conrad über die moraluntergrabenden Tendenzen der Sozialdemokratie der siebziger Jahre vernimmt: »Systematisch wurde der Glaube an die sittlichen Grundlagen der bestehenden Verhältnisse unterminiert, das Vaterland geschmäht, der Klassenhass geschürt.« In den leidenschaftlichen, bis zur Rotglut erhitzten Klassenkämpfen der siebziger und achtziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts bricht der *Verein für Sozialpolitik* als Bannerträger bestimmter, ausgeprägter sozialpolitischer Ideen in sich zusammen. Er geht unter die Buchhändler und betreibt die Herausgabe wissenschaftlicher sozialpolitischer Werke. Er wird zu einem blossen wissenschaftlichen Diskussionsklub. Er entkleidet sich, wie Dr. Else Conrad her-

vorhebt, »seiner ausgeprägten Parteistellung und seines agitatorischen Charakters«, und er nimmt sich damit zugleich »die Möglichkeit, in Zukunft mit dem Gewicht seines Ausschusses für bestimmte sozialpolitische Ansichten und Bestrebungen einzutreten«. Und die Selbstpensionierung des *Vereins für Sozialpolitik* war eine kluge, sehr reiflich überlegte Tat; denn unweigerlich wäre dieser Verein an seinen eigenen Gegensätzen zu Grunde gegangen, wenn er sich zum Agitator eines bestimmten sozialpolitischen Programms gemacht hätte. Es war eben keine einheitliche Aktion unter den Vertretern der verschiedenen sozialen Klassen im Vereine möglich. Der Klassenkampf wurde der eigentliche Totengräber der agitatorischen Wirksamkeit des *Vereins für Sozialpolitik*. Das Verdienst des Vereins ist die Publikation gründlicher wissenschaftlicher Werke über die deutsche Hausindustrie, die bäuerlichen Zustände Deutschlands, die Wohnungsfrage etc. etc. Aber die Herausgabe derartiger Werke kann eigentlich auch ein wissenschaftlich gebildeter Buchhändler mit einem Stab sachkundiger Gelehrten besorgen. Der *Verein für Sozialpolitik* hat sich vor dem Klassenkampf in das stille Gelehrtenstübchen geflüchtet.

× **Selbstverwaltung im Versicherungswesen** Dr. Mugdan und seine treue Gefolgschaft unter den deutschen Ärzten

schwärzten nach Möglichkeit das von den heutigen Krankenkassen betätigte Prinzip der Selbstverwaltung an. Das Allzumenschliche in den heutigen Kassenverwaltungen wurde faustdick in Wort und Schrift unterstrichen, damit der letzte Spiessbürger im Deutschen Reiche einen Eid auf die vollendete Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur Selbstverwaltung getrost ablegen konnte. Der Liberalismus schlug sein eigenstes Lebenselement, das Prinzip der Selbstverwaltung, tot und öffnete damit eine Gasse dem üppig um sich greifenden Staatsbureaukratismus. Endlich durchschneidet einmal blitzartig ein Arzt den trüben Dunstkreis des ärztlichen Standesinteresses mit einem tief überzeugten Bekenntnis zu dem Grundsatz der Selbstverwaltung. Dr. A. Grotjahn hat in der *Zeitschrift für soziale Medizin* einen Aufsatz. *Die objektiv notwendigen und subjektiv befriedigenden Leistungen in ihren Beziehungen zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung* veröffentlicht. Dr. Grotjahn beklagt die

Überhäufung des heutigen Kassenarztes mit geradezu lächerlichen Bagatellsachen. Auf Grund seiner Erfahrung als vielbeschäftigter Berliner Gewerkschaftsarzt trägt er die Tatsache vor, dass etwa drei Viertel aller Sprechstundenbesucher auch ohne jede ärztliche Hilfe gesund werden und sicher den Arzt nicht aufsuchen würden, wenn sie nur die Hälfte der verordneten Arznei bezahlen müssten. Das grossstädtische Kassenpublikum passiert nach seiner Meinung das Sprechzimmer des Kassenarztes mit der nämlichen Leichtigkeit, wie etwa eine öffentliche Bedürfnisanstalt. Gerade aber weil das subjektive Moment bei der Krankenversicherung eine so durchschlagende Rolle spielt, deshalb erhebt Dr. Grotjahn kraftvoll seine Stimme für die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Im Hinblick auf die Erfahrungen der angelsächsischen Länder meint er fein psychologisch, dass alle Übelstände von der Bevölkerung ertragen würden, wenn die Behörden, aus deren Funktionen sich diese Mängel nebenher entwickelt hätten, aus der Bevölkerung selbst hervorgegangen wären. Seine Ideen über die unerlässliche Notwendigkeit des Prinzips der Selbstverwaltung in den Krankenkassen legt Dr. Grotjahn in folgendem Leitsatz nieder: »Die trotz aller Fürsorge im Versicherungswesen niemals ganz zu erreichende subjektive Befriedigung der einzelnen Individuen muss dadurch kompensiert werden, dass das Prinzip der Selbstverwaltung bis zu der verwaltungstechnisch möglichen Grenze im Versicherungswesen, insbesondere im Bereiche der Krankenversicherung zur Anwendung gebracht wird.«

× **Heilanstaltswesen** Die deutsche Arbeiterversicherung hat die Entwicklung der öffentlichen Heil-

anstalten treibhausmässig gefördert. Nach dem an Material so reichen Aufsatz des Professors Dr. A. Guttstadt *Die Betriebskosten der öffentlichen Heilanstalten und die Verpflegungssätze für Kranke* in der *Zeitschrift für soziale Medizin* wurden in Preussen im Jahre 1904 in 2229 allgemeinen Heilanstalten mit 125 000 Betten 934 000 Kranke behandelt, während die Zahl der verpflegten Kranken nur 206 000 in 1021 allgemeinen Heilanstalten im Jahre 1876 betrug. Die deutschen Kommunen zahlen durchweg sehr erhebliche Zuschüsse zu den einzelnen Verpflegungssätzen der Patienten hinzu. Aus der Tabelle, die Professor Guttstadt über die Selbstkosten für einen

Verpflegungstag der Patienten und die Verpflegungskostensätze der kommunalen Anstalten herbeibringt, wird die grosse Differenz zwischen den Selbstkosten und den Verpflegungssätzen der Krankenhäuser ersichtlich. In Berlin zum Beispiel betragen die Selbstkosten der Stadt für den Kranken 4,22 M., dagegen wird von den zahlungsfähigen Kranken nur ein Verpflegungssatz von 2 bis 3 M. täglich entrichtet. Um die Krankenhauspflege gleichsam ganz unabhängig vom Geldbeutel zu gestalten, fordert Professor Dr. Guttstadt die Begründung eines Reichsfonds zur Unterstützung der Krankenfürsorge für die wenig bemittelte Bevölkerung. Diesen Reichsfonds will er durch eine Steuer auf die Hinterlassenschaften speisen.

× **Prostitution** × Die Frage einer grundstürzenden Reform der Reglementierung der Prostitution ist für Deutschland nach den vielen heftigen Angriffen sachkundiger Hygieniker und Verwaltungsmänner auf dieses Reglementierungssystem brennend geworden. Auf der Jahresversammlung der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* am 11. März dieses Jahres erklärte Dr. Blaschko, die Anregung, die der Abgeordnete Münsterberg im Februar dieses Jahres im preussischen Landtag gegeben habe, nach dem Vorbilde Frankreichs eine ausserparlamentarische Sachverständigenkommission über diese Frage einzuberufen, sei mit Dank und Freude zu begrüssen. »Die Erklärung des Ministers, dass er diesem Gedanken sympathisch gegenüberstehe, so führte Blaschko weiter aus, »und die von autoritativer Seite uns gewordene Mitteilung, dass man sich behördlicherseits schon seit längerer Zeit mit dem Plane trage, eine solche Konferenz zu berufen, beweisen, dass die Anregung in kurzer Zeit realisiert werden wird.« Die *Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* sprach in einer von Münsterberg vorgeschlagenen Resolution ihre Befriedigung über die bevorstehende Einberufung einer Sachverständigenkommission aus. »In dieser Kommission, so heisst es in der auf Antrag der Frau Cauer und des Fräulein Dr. Stöcker amendierten Resolution weiter, »sollen auch Mitglieder unserer Gesellschaft, Frauen und Männer, zur Beratung zugezogen werden.« Die Gesellschaft gab gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass auch in den

anderen Bundesstaaten in ähnlicher Weise vorgegangen werde.

× **Wohnungsfrage** × Einen wertvollen sozialkulturellen Gesichtspunkt trägt Stadtrat Dr. K. Flesch in die Wohnungsfrage durch folgende sozialpolitische Betrachtung hinein: Das Wohnen stellt sich als ein Lebensverhältnis dar, das fast wie das Arbeitsverhältnis von entscheidendster Bedeutung für das Wohl der gegenwärtigen und das Gedeihen der künftigen Generation ist. Das Wohnen ist aber nicht in dem blossen Hausen in nackten, leeren Räumlichkeiten beschlossen. Zum Wohnen gehört als unentbehrliche Voraussetzung eines geordneten Wohnens ein gewisser Mobilienbesitz. Ein besonderer Schutz, den die amerikanischen Gesetze über die von der Zwangsvollstreckung befreiten Dinge dem Haushalter mit Familie gewähren, muss in Deutschland ebenfalls zielklar ausgebaut werden. Die städtische Wohnung des Proletariats ist nicht isoliert, sie hängt auf das engste mit dem Haus und den Grundstücken der Nachbarschaft zusammen. Und wahrlich eine Fülle von Störungen kann die Nachbarschaft dem Wohnzweck zufügen! Nach dem Aufsatz des Stadtrats Dr. Flesch *Das Wohnen und das Recht im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* macht wenigstens der preussische Wohnungsgesetzentwurf den Versuch, mit Mitteln des öffentlichen Rechts zum Schutz des Mieters in ähnlicher Weise einzugreifen, wie die Arbeiterschutzgesetze, die dem Arbeitnehmer Garantien in hygienischer und sittlicher Beziehung schaffen. Dieser Versuch ist allerdings nach unserer Ansicht schwächlich genug ausgefallen. Aus der Fleschschen Betrachtung der inigen Verketzung der *Arbeitskraftmiete* und der *Wohnungsmiete* ergibt sich eine ganz eigenartige, in Tiefe gehende sozialkulturelle Wertung der Wohnungsfrage.

× **Arbeiterssekretariate** × Trefflich durchgearbeitet ist, wie seit Jahren, der 5. Bericht des Arbeiterssekretariats Lubeck. Die lehrreichen Ausführungen Wissels und Schneiders über die Unfallversicherung nehmen den grössten Teil des Berichts in Anspruch. Der 8. Jahresbericht des *Muncheuer Arbeiterssekretariats* erweitert diesmal den Rahmen seines Geschäftsberichts und berücksichtigt mehr, als bisher, das bürgerliche Recht, das Strafrecht, die Straf- und Zivilprozessordnung und die staat-

lichen und kommunalen Verwaltungsfragen. Die vorgetragenen Rechtsfälle aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung sind direkt unter dem Gesichtspunkte der Rechtsbelehrung der Arbeiterschaft ausgewählt worden.

Aus dem II. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg ist abermals eine sehr erfreuliche Steigerung der Frequenz festzustellen. Rund 20 000 Personen fanden sich Rechtshilfe suchend im Jahre 1905 im Arbeitersekretariat Nürnberg ein. In Nürnberg wurde zuerst eine Arbeitersekretärin angestellt. Der Abschnitt des Geschäftsberichts über die Arbeiterversicherung trägt ein reiches Material über die Handhabung der Versicherungsgesetzgebung durch die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen herbei.

× ×
Kurze Chronik Am 27. Mai trat in Frankfurt a. M. die 1. deutsche Berufsvormünderkonferenz zusammen. × Auf der am 12. Mai in Nürnberg eröffneten bayerischen Landesausstellung führten die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate Nürnberg und München die Besucher der Ausstellung in die sozialpolitischen und kulturellen Leistungen der deutschen Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle ein. Zu diesem Zwecke stellten sie ihre Jahresberichte aus und verteilten instruktive Schriftchen über die Geschichte und den sozialpolitischen Wirkungskreis der Gewerkschaftsvereinigungen und Arbeitersekretariate.

× ×
Literatur In seinem trefflichen Schriftchen *Der Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene* /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ trägt der Arzt Dr. M. Epstein-München eine ganze Reihe eigener Untersuchungen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Münchener Metallarbeiterwerkstätten vor. Die hygienische Forderung nach 20 cbm Lufttraum pro Person und einer dreimaligen Erneuerung dieser Luft pro Stunde muss für die Werkstätten als geradezu zwingend betrachtet werden. •Die Untersuchung, so schreibt er, welche ich in München in 16 Werkstätten mit 19 Arbeitsräumen bei den Gürtlern und Metallgiessern gemacht habe, hat ergeben, dass von 19 Räumen nur 9 das Mindestmass der obigen Forderung erreicht und überschritten haben,

während die übrigen weit unter diesem Minimum zurückgeblieben sind Für Werkstätten, in denen giftige Stoffe verarbeitet oder Gase erzeugt werden, fordert die Hygiene einen Mindestlufttraum von 35 cbm, dieser ist in keiner der untersuchten Werkstätten erreicht worden. • Epstein tritt, wie der Verfasser dieser Zeilen, für den Vorschlag ein, die zentralisierten Krankenkassen in den Dienst der Gewerbehygiene zu stellen. Auch er will den Krankenkassen das Recht verleihen, Betrieben, die sich durch grössere Erkrankungszahlen unvorteilhaft auszeichnen, Auflagen zu machen. Das vom österreichischen Handelsministerium herausgegebene *Amtsblatt für die Handels- und Gewerbeverwaltung* bringt zum Abdruck: 1. Gesetze und Verordnungen, 2. Durchführungserlasse und Weisungen des Handelsministeriums und anderer Zentralstellen, 3. Judikate des k. k. Reichsgerichts etc., 4. Verfügungen in Angelegenheiten der Industrieförderung, 5. Aufsätze über rechtliche, administrative und volkswirtschaftliche Fragen, 6. verschiedene Mitteilungen, 7. eine Bücher- und Zeitschriftenschau und 8. Personalnachrichten.

PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitslosenversicherung Von dem Eingreifen der öffentlichen Körperschaften in die Arbeitslosenversicherung ist es in Deutschland ganz still geworden. Nach Ausführungen Professor Jastrows, die er gelegentlich der Besprechung der Charlottenburger Arbeitslosenzählung in der Stadtverordnetenversammlung dieser Stadt machte, darf daraus aber nicht der Schluss gezogen werden, dass sich die Regierungsbehörden, insbesondere die des Reiches, nicht mit der Sache beschäftigten. Nach Jastrow soll sogar eine umfassende Publikation von seiten des Reichsamtes des Innern bevorstehen. Wie dem auch sein mag, das kann nicht bestritten werden, dass Deutschland in dieser Sache zweifellos hinter den anderen Kulturnationen zurückgeblieben ist. Nicht in der Theorie: wir haben eine ungeheure Literatur über die Arbeitslosenfrage, die die jeder anderen Nation sicherlich an Umfang, vielleicht auch an Qualität übertrifft. Aber die Leistungen in der Praxis stehen in Deutschland stets im umgekehrten Verhältnis zu den Bergen von Theorie, die ein unermüdliches Sozialreformertum mit

grossen Eifer aufhäuft. Wir haben bereits öfter Gelegenheit gehabt, in unserer Rundschau über die Fortschritte der kommunalen Arbeitslosenversicherung im Auslande, die meist dem Genter System angehörten, zu berichten. Wir können heute auf einige Gesetzentwürfe hinweisen, die eine staatliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen anstreben, werden sie aber nur so weit behandeln, als sie die Kommunen zu der Ausführung des Gesetzes heranziehen.

Im September vorigen Jahres hat eine Kommission, die vom königlichen Handelsdepartement in Norwegen eingesetzt war, einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Zahlung von Staats- und Kommunalbeiträgen zu den norwegischen Arbeitslosenkassen regelt. Nach § 1 dieses Entwurfes sollen alle norwegischen Arbeitslosenkassen, welche die Bedingungen des Gesetzes erfüllen, von den Staatskassen ein Drittel desjenigen Geldbetrages zurückerstatte erhalten, womit sie ihre im Lande ansässigen Versicherten unterstützt haben. Zwei Drittel des vom Staate auszubehaltenden Betrages werden vom Departement jährlich einmal an die Gemeindebezirke und Stadtgemeinden verteilt, in welchen diejenigen, die Arbeitslosenunterstützung erhalten haben, zuletzt ein Jahr lang ihren Wohnsitz gehabt haben. Falls dieser nicht festgestellt werden kann, oder die Unterstützten überhaupt nicht ein Jahr lang in irgend einer norwegischen Gemeinde gewohnt haben, trägt der Staat die ganze Ausgabe. Die Frage, ob irgend eine Kommune, beziehungsweise welche, zur Unterstützung verpflichtet ist, unterliegt der Entscheidung des Departements. Die Arbeitslosenkassen sollen monatlich an die Kommunalverwaltung derjenigen Kommunen, in welchen Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt ist, Berichte nach einem vom Departement festgesetzten Schema einsenden. Die Kommunalverwaltung kann eine Kontrollstelle ernennen, bestehend aus einer oder mehreren Personen, mit der Aufgabe, die erhaltenen Berichte einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Die Kommunalverwaltung oder die von ihr ernannte Kontrollstelle hat das Recht, darüber zu wachen, dass die Rückerstattung nur für solche Beträge geleistet wird, die von den Arbeitslosenkassen in Übereinstimmung mit dem Gesetze ausgezahlt wurden. Sie haben sich auch mit den Büchern und Rechenschaftsberichten der Arbeitslosenkassen bekannt zu

machen, und können, wenn notwendig, von den Kassenverwaltungen Aufschlüsse einfordern. Für die Geschäftsführung der Kontrollstelle wird von der Kommunalverwaltung eine Geschäftsordnung aufgestellt, die der Zustimmung des Departements unterliegt. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kommunalverwaltung oder der Kontrollstelle und einer Arbeitslosenkasse über die Rechtmässigkeit der gezahlten Unterstützung entscheidet das Departement. Soweit aus der offenbar nicht ganz einwandfreien Übersetzung des norwegischen Gesetzentwurfes hervorgeht, scheint die Kommune zu einem Drittel, der Staat zu zwei Dritteln an der Zahlung der an die Arbeitslosenkassen abzuführenden Beiträge beteiligt zu sein. Die Gemeinden werden also durch das Gesetz zur Zahlung von Arbeitslosenbeiträgen herangezogen; ausserdem hat es ihnen die Kontrolle übertragen und weitgehende Vollmachten gegeben, um diese Kontrolle ausüben zu können. In Dänemark wurde im Jahre 1903 eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung einberufen. Im folgenden Jahre wurde ihr ein von Rasmussen eingebrachter Gesetzentwurf zur Beratung überwiesen, nach dem an anerkannte Arbeitslosenkassen Beiträge gezahlt werden sollten. Zugleich erhielt die Kommission den Auftrag, sich gutachtlich über die Frage der Arbeitslosenversicherung zu äussern, und geeignete Vorschläge zu machen. Im März 1906 hat diese einen ausführlichen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Unter einer Arbeitslosenkasse versteht das Gesetz eine Vereinigung von Lohnarbeitern, die in einem oder mehreren bestimmten Berufen beschäftigt sind, und sich zusammengeschlossen haben, um sich gegen Zahlung eines bestimmten Beitrages im Falle von Arbeitslosigkeit gegenseitig zu unterstützen. Erfüllt die Kasse die in dem Gesetz enthaltenen Vorschriften, und wird sie auf Vorschlag des Arbeitsloseninspektors vom Minister des Innern genehmigt, so hat sie damit Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Die anerkannten Arbeitslosenkassen erhalten jährlich aus der Staatskasse einen Zuschuss in Höhe eines Drittels des gesamten Prämienbetrages der Kasse, der jedoch über 250 000 Kr. nicht hinausgehen soll. Der Zuschuss wird unter die Kassen nach dem Verhältnis der Prämienbeträge verteilt. Die jährliche

Prämie muss derart festgesetzt sein, dass sie in Verbindung mit dem Zuschuss aus öffentlichen Mitteln ausreicht, um den Mitgliedern vorkommenden Falles die satzungsgemässe Unterstützung zu gewähren, und zwar in solcher Höhe, dass sie wirklich von Bedeutung ist. Ausser dem Staatsbeitrage kann auch ein Kommunalbeitrag gezahlt werden. Nach § 9 kann die Gemeinde, in der ein Mitglied aufenthalts- oder versorgungsberechtigt ist, ohne Zustimmung einer höheren Instanz einen Zuschuss zur Bestreitung der Leistungen für das laufende Rechnungsjahr leisten, der jedoch nicht mehr als ein Sechstel der Prämien betragen darf. Gemeinden, in denen anerkannte Arbeitslosenkassen ihren Haupt- oder Zweigstellen haben, sind berechtigt, gleichfalls ohne Einwilligung der höheren Instanz den anerkannten Arbeitslosenkassen einen Zuschuss zu leisten; doch darf er ein Sechstel der Prämien der in der Gemeinde aufenthaltsberechtigten Kassenmitglieder nicht übersteigen. Also auch hier ist das Verhältnis zwischen den Leistungen des Staats und der Gemeinde wie 2 zu 1. Der dänische Gesetzentwurf weicht aber von dem norwegischen vor allem darin ab, dass die Zuschüsse nicht nach den gezahlten Unterstützungen, sondern nach den in die Kasse eingezahlten Prämiensummen berechnet werden. Das ist in günstigen Jahren ein Vorteil, in schlechten Jahren ein Nachteil für die Arbeitslosenkassen und die Vereine, welche solche Arbeitslosenkassen unterhalten. Die Kontrolle über die Tätigkeit der Arbeitslosenkassen ist nach dem dänischen Entwurf einem besonderen Arbeitsloseninspektor übertragen.

× **Städtische Arbeiter**

Wir haben schon des öfteren Gelegenheit gehabt, auf die sehr zweideutige Haltung hinzuweisen, welche die städtischen Verwaltungen gegenüber dem Koalitionsrechte ihrer Arbeiter einnehmen. Ein besonders krasser Fall von Nichtachtung des Koalitionsrechtes hat sich vor kurzem in Leipzig abgespielt. Hier traten am 8. April die im Transportarbeiterverbande organisierten Arbeiter der *Leipziger Düngerexport A. G.* in den Streik. Sie verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Bezahlung der Stallwachen etc. Die Löhne bei dieser Gesellschaft sind miserabel. Der Anfangslohn für Kutscher beträgt 2,75 M., der Maximallohn 3,25 M. Die Arbeitszeit für die Kutscher ist 91 bis

93 Stunden wöchentlich ohne die Überstunden. Dazu müssen die Stallwachen noch unentgeltlich von den Kutschern geleistet werden. Ebenso viel lassen die sanitären Einrichtungen zu wünschen übrig. Es fehlt an Waschorrichtungen, an Raum zum Trocknen der Kleider u. s. w. Die Gesellschaft ist von der Stadt Leipzig privilegiert. Die Tarife für die Grubenentleerung werden von den städtischen Kollegien festgesetzt und sind in den letzten Jahren, zum letzten Male im Jahre 1902, mehrfach erhöht worden, um der Gesellschaft die Zahlung von Dividende an ihre Aktionäre zu ermöglichen. Da die Gesellschaft die Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligte, kam es zum Streik. Schon am ersten Tage kommandierte der Stadtrat 12 Schleusenräumer zur Arbeit bei der Gesellschaft. Diese lehnten jedoch die Zumutung ab, für die Gesellschaft Streikbrecherdienste zu tun, nachdem sie erfahren hatten, dass diese Arbeit nicht zu ihrer vertragsmässig ausbedungenen Tätigkeit gehörte. Da sie bei dem Verhör vor dem Ressortchef bei ihrer Weigerung blieben, wurden sie entlassen. Von 12 Strassenkehrern, die nunmehr den Auftrag erhielten, weigerten sich 8 und wurden ebenfalls entlassen, während 4 die neue Beschäftigung antraten. Am Tage darauf erhielten weitere 12 Schleusenräumer den Befehl, bei der Gesellschaft zu arbeiten. Der gleichen Weigerung folgte in gleicher Weise die Entlassung. Am nächsten Tage wurde der Streik durch Vergleichsverhandlungen vor dem Gewerbegericht beendet. Die streikenden Arbeiter nahmen tags darauf ihre Tätigkeit wieder auf, die gemassregelten städtischen Arbeiter blieben aber gesperrt. Der Stadtrat rechtfertigte sein Vorgehen damit, dass die Stadt aus gesundheitspolizeilichen Gründen für die rechtzeitige Räumung der Düngergruben zu sorgen habe. Nicht die *Düngerexport A. G.*, sondern in erster Linie der Rat, sei für die gesundheitsmässige Fäkalienabfuhr verantwortlich. Er habe nur der Gesellschaft die Ausführung dieser kommunalen Aufgabe vertraglich übertragen. Diese Behauptung kann nicht bestritten werden. Daraus folgt aber durchaus noch nicht, dass sich der Rat in einer Zwangslage befunden habe und deshalb gezwungen gewesen wäre, seine städtischen Arbeiter in Bewegung zu setzen, um mit ihnen die der Stadtverwaltung zustehende Aufgabe der Fäkalienabfuhr bei dem Versagen des Unter-

nehmers auszuführen. Er hatte in erster Linie die private Gesellschaft zur Erfüllung ihrer vertragsmässigen Pflichten anzuhalten. War sie dazu aus irgend einem Grunde nicht im stande, so hatte die Stadt das Recht, auf Kosten der Gesellschaft die notwendigen Grubenräumungen ausführen zu lassen. Dazu wären auch die Ausständigen bei angemessener besserer Bezahlung sicherlich sofort bereit gewesen. Der Rat aber zog es vor, seine im Dienst der Stadt beschäftigten, für städtische Zwecke vertraglich angenommenen Arbeiter zu Dienstleistungen bei der privaten Gesellschaft zu kommandieren. Er stellte sie so vor die Alternative, zu Streikbrechern zu werden oder die Arbeit zu verweigern.

Der Rat weigert sich nunmehr, die von ihm entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, angeblich im Interesse der Disziplin. Insbesondere wird dabei den Arbeitern vorgeworfen, dass sie sich nicht direkt oder durch Vermittelung des zuständigen Arbeitersausschusses an die Vorgesetzten gewendet, sondern statt dessen durch einen Vertreter ihrer Organisation verhandelt hätten. Die Verweigerung der Wiedereinstellung wird ausserdem damit zu rechtfertigen gesucht, dass sich die städtischen Gemeindearbeiter in einer Resolution mit den Ausgesperrten solidarisch erklärten. In dem Antwortschreiben des Rates auf das Gesuch der ausgesperrten Arbeiter heisst es wörtlich: »Wenn wir nun mit Rücksicht darauf, dass ein solcher Fall erstmalig vorgekommen ist, dass Sie die Folgen Ihres Verhaltens nicht übersehen konnten, und dass Sie für die Zukunft aus dem Vorgange eine Lehre für ihr Verhalten ziehen würden, eine mildere Strafe in Erwägung ziehen wollten, so ist uns dies durch das Verhalten Ihrer Mitarbeiter in der öffentlichen Versammlung der städtischen Gemeindearbeiter vom 12. April 1906 unmöglich gemacht worden, insofern als die Versammlung erklärt hat, gegebenenfalls genau so handeln zu wollen, wie Sie. Obwohl nun der in dieser Versammlung gewählten Kommission städtischer Arbeiter durch Herrn Stadtbaurat Franze am 14. des Monats eingehende Aufklärung darüber gegeben worden ist, dass dieser Versammlungsbeschluss zu Ihrer Wiedereinstellung in die bisherigen Stellen nicht führen könne, und dass die städtischen Arbeiter sich bis zum 17. des Monats nochmals genau überlegen sollten, ob sie diesen für Ihre

Wiedereinstellung ausschlaggebenden Beschluss aufrechterhalten wollten, ist man in der am 18. des Monats abgehaltenen anderweiten Versammlung der städtischen Arbeiter bei diesem Beschluss stehen geblieben. Hiernach haben wir auf eine mildere Beurteilung Ihres Verhaltens nicht weiter zukommen können und lehnen die Genehmigung Ihres Gesuches um Wiedereinstellung ab. Es werden also nach diesem Ratsschreiben an den ausgesperrten Arbeitern nicht nur ihre eigenen Sünden — über die hätte man weggesehen, wenn sie demütig zu Kreuze gekrochen wären —, sondern in erster Linie die Sünden der städtischen Arbeiter überhaupt, ihre Solidaritätserklärung, gestraft. Das ist Geist vom Geiste der *Kühnemänner* und ihrer Aussperrungstaktik, wie überhaupt das ganze Schriftstück des Rates von einem patriarchalischen Herrenstandpunkte aus verfasst ist, den man nachgerade von den Stadtverwaltungen überwunden glauben sollte. Dass sich die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung auf den Standpunkt des Rates stellte, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

× **Kurze Chronik** Dem Landesausschuss für Elsass-Lothringen ging ein Grundsteuerentwurf zu, wonach in Zukunft für die Veranlagung der nicht überbauten Grundstücke in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern nicht mehr, wie bisher, der katastrierte Reinertrag, sondern der fiktive Ertrag einer 3½prozentigen Verzinsung des gemeinen Wertes zu Grunde gelegt werden soll. 30% der veranlagten Grundsteuer sollen den Gemeinden überlassen werden, aus der Erwägung, dass der im Laufe der Zeit eingetretene Wertzuwachs vorzugsweise der Fürsorge und opferwilligen Tätigkeit der Gemeinden zu verdanken sei. × Die *Hanauer* Stadtverordnetenversammlung hat die Grundsätze des Magistrates über die Abgabe von Säuglingsmilch angenommen, die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge dagegen abgelehnt. Die Kindermilch wird unentgeltlich auf Anweisung der Milchkommission auf Antrag der Kinder- und Waisenpflegerin, nach Feststellung der Bedürftigkeit der Eltern des Kindes, zu ermässigten Preisen an alle Arbeitnehmer und diesen gleichzustellende Familien abgegeben, die sich unter Darlegung ihres geringen Einkommens bei der Milchkommission darum bewere-

ben. × Die Metzger Stadtverwaltung hat infolge der starken Zunahme des Konsums an Pferdefleisch beschlossen, das Pferdefleisch dem Oktroi zu unterwerfen. In Zukunft sind an Oktroi 2 M. per 100 kg Lebendgewicht zu zahlen. Die Schlachtgebühren wurden von 50 Pf. auf 2,50 M. erhöht. × Die Wiesbadener Gaswerksverwaltung hatte beantragt, mit der Einrichtung der Gasautomaten Minderbemittelten ausser den Leitungen die ganze zur Beleuchtung und zum Kochen mit Gas erforderliche Einrichtung städtischerseits leihweise zu liefern. Der Antrag wurde aus Rücksicht auf die in Betracht kommenden Handwerker und Geschäftsleute von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

× Literatur

Unter dem Titel *Municipalisation by provinces* hat die *Fabian Society* eine kleine Broschüre veröffentlicht, in der sie in höchst interessanter Weise untersucht, wie am besten die lokale Verwaltungsmaschinerie den wechselnden sozialen und ökonomischen Bedingungen angepasst werden kann. Mit dem Wachsen kommunaler Unternehmungen ist diese Anpassung ganz besonders notwendig geworden. Jedem, der sich mit den Fragen grossstädtischer Verwaltung beschäftigt hat, drängt sich der Konflikt zwischen dem Verwaltungsgebiet und den Forderungen auf, welche die möglichst vollendete technische und wirtschaftliche Ausgestaltung einer Unternehmung hinsichtlich des Versorgungsgebietes stellt. Die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität für Licht- und Kraftzwecke, der Betrieb der Verkehrsmittel u. s. w. arbeiten um so wirtschaftlicher in dem Masse, wie das von ihnen versorgte Gebiet wächst. Sobald aber die Städte ihre Tätigkeit über die Grenzen ihres Gebietes erstrecken wollen, sehen sie sich auf Schritt und Tritt durch die Rechte der Gemeinden beschränkt, in deren Gebiet sie eindringen. Der einzige Ausweg aus dem Konflikt zwischen dem Verwaltungsgebiet und dem wirtschaftlich notwendigen Gebiete bestand bisher in dem Abschluss von Verträgen zwischen den lokalen Verwaltungskörpern oder der Einrichtung von Gemeindeverbänden. Die ungeheuren Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten, mit denen beides verknüpft ist, haben sehr häufig die rationelle und schnelle Entwicklung der städtischen Unternehmungen aufgehalten, wenn nicht un-

möglich gemacht. Je dichter ein Gebiet bevölkert ist, je näher die Gemeinden einander liegen, desto notwendiger wird es, den Konflikt zwischen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet zu überwinden. Die Broschüre schlägt nun vor, die Verwaltungsgebiete der grösseren Städte bedeutend zu vergrössern und nach dem Vorbilde Londons einen grossen zentralen Verwaltungskörper für die Unternehmungen und Verwaltungszweige zu schaffen, die zentralisiert und zentral verwaltet werden müssen, für die Verwaltung lokal begrenzter Aufgaben dagegen, wie zum Beispiel Bibliotheken, Strassenreinigung, das lokale Kanalnetz u. s. w., untergeordnete selbständige Verwaltungskörper einzurichten, denen gegenüber der zentrale Körper zugleich Kontrollinstanz ist. Ausserdem sollen für Unternehmungen provinzieller Ausdehnung, wie sie die Broschüre nennt, insbesondere für den Ausbau und die Verwaltung eines Strassenbahn- und Kleinbahnnetzes und die Lieferung elektrischer Energie, besondere Verwaltungskörper abgegrenzt und besondere Verwaltungskörper eingesetzt werden, wobei vor allem darauf zu achten wäre, die Gebiete möglichst elastisch und die Verwaltungsmaschinerie möglichst beweglich zu machen. Die provinziellen Verwaltungskörper sollen von den verschiedenen lokalen Behörden innerhalb des ihrer Verwaltung unterstehenden Gebietes ernannt werden. Die Broschüre hält die indirekte Wahl dieser Zweckkörperschaften für besser, als die direkte Wahl. Die direkte Wahl würde eine Vermehrung der Wahlkämpfe bedeuten, für die die Öffentlichkeit bereits jetzt wenig Interesse beweise. Wofern nur die Wähler der vergrösserten Städte, der Grafschaftsräte und der anderen öffentlichen Verwaltungskörperschaften, die für die Wahl der Mitglieder der Zweckkörperschaften verantwortlich sind, das genügende Interesse an der städtischen Verwaltung hätten, um taugliche Personen zu wählen, würde die indirekte Wahl sicher befriedigende Resultate ergeben. So richtig der Gedanke ist, dass für die Entwicklung des Kollektivismus, die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in die heute noch der privaten Unternehmung überlassenen Gebiete die grösste Beweglichkeit und Ausdehnungsfähigkeit der lokalen Verwaltungsorganisation notwendig ist, so scheinen uns doch in den Vorschlägen der Broschüre sehr wichtige Momente vernachlässigt zu sein.

Es wird zum Beispiel unmöglich sein, für die mit sehr beschränkten Aufgaben ausgestatteten untergeordneten Verwaltungskörper die geeigneten Personen zu finden. Bei den grossen Zweckkörperschaften liegt auf der anderen Seite die grosse Gefahr nahe, dass sich ein Bürokratismus herausbildet, dessen Wesen in direktem Gegensatz zu der angestrebten Ausdehnungsfähigkeit der Verwaltungsorganisation steht.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Parteitage und Konferenzen In Zwickau tagte Ostern die sächsische Landeskonferenz. An den Bericht des Zentralkomitees (vergl. pag. 433) knüpfte sich eine ausgedehnte Debatte, die sich besonders um die Parteipresse im Erzgebirge, die Agitation, das Organisationsstatut und die Organisation der Jugend drehte. Hierauf folgte ein Referat Geyers über die Wahlrechtsbewegung. In der Diskussion beschäftigte man sich in der Hauptsache mit der verflochtenen Wahlrechtsdemonstration und dem Mittel des politischen Massenstreiks zur Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts. Die Meinung ging dahin, dass die Wahlrechtsbewegung mit aller Energie weitergeführt werden müsse; Beschlüsse wurden indessen nicht gefasst. Hieran schloss sich der Bericht Goldsteins über seine Tätigkeit im sächsischen Landtag. Dieser bekanntlich einzige sozialdemokratische Abgeordnete im sächsischen Landtag hat durch sein Eingreifen die Wahlrechtsfrage sehr gefördert. Die Konferenz sprach ihm in einer Resolution für seine Tätigkeit ihr Vertrauen aus und kennzeichnete den Dreiklassenlandtag als nackte, einseitige Interessenvertretung. Darauf referierte Schulze-Cossebaude über die Taktik bei den Gemeindevahlen. Nach der Resolution des Referenten haben die Parteigenossen bei den Gemeindevahlen überall selbständig vorzugehen und die Aufstellung der Kandidaten nur unter Mitwirkung der Wahlkreisorganisation vorzunehmen. Als Sitz des Zentralagitationskomitees wurde wieder Dresden bestimmt. Dort findet auch die nächste Landeskonferenz statt.

Zum Bezirk der oberen Rheinprovinz gehören 20 Reichstagswahlkreise. Von diesen waren auf der 9. Jahreskonferenz, die zu Ostern in Trier tagte, 16 durch 44 Delegierte vertreten; die Tagung fand in dem eigenen Heim statt, das sich die Trierer Genossen unter Aufwendung grossen Opfermutes erbaut ha-

ben. Einen Begriff von dem Kampfe, welchen die Genossen in jener ruckständigen Stadt zu führen haben, gibt der Umstand, dass die Trierer Machthaber noch immer die Schankerlaubnis für das *Volkshaus* verweigern. Wer in diesem Hause etwas verzehren will, ist gezwungen, Mitglied des Vereins zu werden, was denn auch die Delegierten und Gäste vorher getan hatten. Den Hauptverhandlungsgegenstand bildete die preussische Wahlrechtsbewegung, zu dem eine Resolution Hofrichters angenommen wurde.

× **Polnische Sozialdemokratie in Deutschland** × In Kattowitz tagte in den Osterfeiertagen der 9. Parteitag der P. P. S. Mit den Mitgliedern des Vorstandes, den Kontrolleuren u. s. w. waren im ganzen 56 Teilnehmer versammelt. Ausländische Delegierte und selbst Journalisten wurden auf Anordnung des Regierungspräsidenten nicht zugelassen. Im Vordergrund der Verhandlungen stand auch in diesem Jahre die Frage der Vereinigung mit der deutschen Sozialdemokratie. Diesmal kam sie zu stande durch Annahme folgender Beschlüsse: Die polnischen Sozialdemokraten Deutschlands stellen eine selbständige Organisation dar, welche den Zweck hat, die Agitation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Partei ist ein Bestandteil der allgemeinen deutschen Partei, sie anerkennt deren Parteinstanzen, also den deutschen Parteitag als die höchste Instanz. In Presssachen sind die Polen autonom: die in polnischer Sprache erscheinenden Schriften unterliegen der Aufsicht des Vorstandes und des Parteitags der polnischen Organisation. Die *Gazeta Robotnicza* ist das offizielle Organ aller polnischen Genossen des Deutschen Reiches. Zur Kontrolle wird eine Presskommission gewählt, in die der deutsche Vorstand ein Mitglied entsendet. Die Kandidaten für den Westen werden in Konferenzen der Genossen aus dem Wahlkreise ernannt; bei Streitigkeiten hat sich der polnische Vorstand mit dem deutschen ins Einvernehmen zu setzen, um eine Einigung zu erzielen.

Für die vorgelegten Einigungsvorschläge stimmten 49, dagegen 5 der Delegierten. Dem neuwählenden Vorstande wurden eine Reihe von Anträgen zur Berücksichtigung überwiesen. Beschlossen wurde die Herausgabe einer Maifestschrift, wie eines Kalenders für 1907. Die *Gazeta Robotnicza* erscheint vom 1. Juni ab 3mal

wöchentlich; sie soll möglichst bald zu einer Tageszeitung werden.

× Österreich

Der 14. Landesparteitag der niederösterreichischen Sozialdemokratie wurde Ostern in Wien abgehalten. Der Bericht gibt ein anschauliches Bild über die Entwicklung der Partei im vergangenen Jahr. In 45 Gemeinden beteiligte sie sich an den Wahlen; in 26 erzielte sie einen vollen oder partiellen Erfolg, in den 19 anderen brachte sie es auf ansehnliche Minoritäten. In Wien und der Provinz bestehen 40 politische Vereine und 629 gewerkschaftliche Organisationen mit einem Mitgliederstand von 90 373. Die *Volkstribüne* hatte am Schlusse des vorigen Jahres eine Auflage von 62 000 Exemplaren. Auch die *Arbeiterinnenzeitung* konnte auf einen grossen Aufschwung ihres Abonnenntenstandes zurückschauen. Auf dem Landesparteitag bildete die Wahlrechtsbewegung den wesentlichsten Beratungsgegenstand.

Die Wiener Gemeindevahlen haben mit einem glänzenden Sieg der Sozialdemokratie geendet. Die Stadtteile Favoriten, Ottakring und Florisdorf wurden mit gewaltigen Majoritäten behauptet, und Margareten, Weidling, Rudolfsheim und Brigittenau sind neu erobert. Die einzelnen Kandidaten der Sozialdemokratie vereinigten enorme Stimmzahlen auf sich; so wurde Domes mit 7407 Stimmen, Neumann mit 10 751, Skaret mit 6510 Stimmen, Schumeier gar mit 13 760 Stimmen gewählt. Die Christlichsozialen hatten gehofft, die 3 Genossen, die bisher im Wiener Rathause gesessen, bei dieser Wahl wieder verdrängen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen, im Gegenteil, sie werden in Zukunft in ihrem Karpfenteiche mit 7 sozialdemokratischen Hechten zu rechnen haben. Das Resultat zeigt gleichwohl die Ungeheuerlichkeit des herrschenden Wahlsystems auf: Der sozialdemokratischen Partei gehört fast ein Drittel sämtlicher Wiener Wähler an, und doch kann sie nur eine Vertretung von 7 Gemeinderäten unter 145 für sich erobern.

× Österreich: Angesichts der Schwierigkeiten, die sich der Wahlreform in Österreich neuerdings in den Weg gestellt haben, ist die Gesamtexekutive unserer Bruderpartei dort zu einem wichtigen und unter Umständen folgeschweren Beschluss gekommen. Es wurde einstimmig einer Re-

solution zugestimmt, in welcher es heisst: In der österreichischen Arbeiterschaft steige die Entrüstung über die Wahlintrigen der Feudalen von Tag zu Tag, es müsse den Machthabern deutlich gezeigt werden, dass Österreichs Proletariat gesonnen sei, sich keinerlei Tröstungen oder Enttäuschungen mehr gefallen zu lassen. Die Arbeiterschaft sei gewillt, lieber in einem entscheidenden Ringen für die Wahlreform zu kämpfen, als sie langsam — unter welchem Vorwand auch immer — zu Tode verschleppen zu lassen. Der Gesamtexekutive wurde die Vollmacht gegeben: bei dem ersten Zeichen, dass die Wahlreform ernstlich bedroht sei, oder dass man sie verschleppen wolle, unverzüglich die Vertrauensmänner der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, auf deren Tagesordnung die Anordnung und Durchführung des Massenstreiks zu stehen habe.

× Dänemark: Zu Ostern fand in Kopenhagen im alten Versammlungsgebäude der Arbeiterschaft in der Rømersgade der 11. Parteitag der dänischen Sozialdemokratie statt.

Erschienen waren 225 Delegierte und 46 Mitglieder des Hauptvorstandes des sozialdemokratischen Verbandes: im ganzen waren 148 Abteilungen des Verbandes vertreten, die zusammen 29 651 Mitglieder zählen. Der Parteivorsitzende P. Knudsen berichtete über die Tätigkeit der Partei in den seit dem vorigen Parteitag verflossenen 3 Jahren. Er wies auf die Erfolge der letzten *Folkething*wahl hin, bei der 55 479 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden und die Zahl der Abgeordneten von 14 auf 16 stieg. Er schilderte sodann ausführlich die Tätigkeit der Fraktion, erwähnte schliesslich die Erfolge bei den letzten Gemeindevahlen, die der Partei in 50 Gemeinden 155 Vertreter brachten, wogegen bei den vorigen Wahlen in nur 25 Gemeinden nur 56 Vertreter der Sozialdemokratie gewählt wurden. In der Debatte über den Bericht wurde von einigen Delegierten Kritik an der Fraktion geübt, weil sie für den Wiederaufbau des Schlosses *Kristiansborg*, das bekanntlich dem *Folkething* und *Landstthing*, sowie dem höchsten Gericht ein Heim bieten, aber auch Repräsentationsräume für den König enthalten soll, gestimmt hatte; der Fraktion eine Missbilligung ihrer Haltung auszusprechen, wurde jedoch mit 200 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Der

ganze Tätigkeitsbericht wurde dann mit 250 gegen 4 Stimmen gutgeheissen. Sodann wurde über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung *Die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Folkethingwahlen* beraten. Einige Redner wandten sich gegen jedes Wahlbündnis mit den Radikalen. Es wurde jedoch mit 214 gegen 49 Stimmen eine von den Genossen Borgbjerg und Harald Jensen vorgeschlagene Resolution angenommen, durch die den Parteigenossen in solchen Wahlkreisen, wo es nicht zweckmässig erscheint, eigene Kandidaten aufzustellen, empfohlen wird, den radikalsten Kandidaten gegenüber dem mehr konservativen zu unterstützen; unbedingte Voraussetzung ist jedoch, dass diese Kandidaten versprechen, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf Grund der durch die Verfassung gegebenen Mittel wirken zu wollen. Ferner werden in der Resolution 62 Wahlkreise (von im ganzen 114) angeführt, in denen eigene Kandidaten der Sozialdemokratie aufgestellt werden sollen.

X X
Norwegen: Der 19. Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie, der vom 13. bis 16.

April in Kristiania tagte, ist der erste, auf dem die Worte *Revolutionarismus* und *Revisionismus* ausgesprochen wurden. Die Reden, die auf dem Parteitag gehalten wurden, waren in ihrer Tonart *revolutionär*; es wurde unter anderm auch Kritik geübt an der Haltung des norwegischen Vertreters auf dem Amsterdamer internationalen Kongress, Kringen, der dort gegen die Dresdener Resolution gestimmt hatte. Kringen, der bereits einige Monate vor dem Parteitag die Chefredaktion des Zentralorgans niedergelegt hatte, antwortete auf die Angriffe nicht; die Hauptursache seiner Demission hatten unerquickliche Verhältnisse in der Redaktion abgegeben. Im übrigen war der Parteitag keineswegs so revolutionär, wie die Reden vermuten liessen. Im Gegenteil. Die Abänderungen, die an dem Parteiprogramm vorgenommen wurden, waren zum Teil etwas schwächlich. So wurde zum Beispiel ein Antrag verworfen, der die völlige Trennung der Schule von der Kirche und den Zwang für alle, die Volksschule zu besuchen, verlangt. Sehr scharf kritisiert wurden die Genossen, welche gegen das Karlstädter Übereinkommen und für den neuen König gestimmt hatten. Gleichwohl wurden die selben Personen ohne Wider-

spruch wieder zur Leitung der Partei berufen. Die Politik der Partei wird also im grossen und ganzen auch in Zukunft von der selben *revisionistischen* Farbe bleiben, wie bisher, und wie sie auch die schwedische und dänische Bruderpartei aufweist.

Das abgeänderte Parteiprogramm kann im allgemeinen ein gutes genannt werden. Die Zahl der Anhänger der Partei steigt beständig. Am Schluss des Jahres 1905 gehörten der Partei 370 Ortsvereine mit ungefähr 16 500 Mitgliedern an. Seit dem vorigen Parteitag sind 11 verschiedene Agitationsbroschüren herausgegeben in einer Auflage von 500 bis 3000 Exemplaren. Das ist für das kleine norwegische Volk eine sehr stattliche Zahl. Die Parteileitung ist gleichartig zusammengesetzt. Der neue Redakteur des Zentralorgans, Jeppesen, ist ein sehr gewandter Politiker, so dass also insgesamt für die zukünftige Entwicklung der Partei sich im wesentlichen nur Günstiges voraussagen lässt.

X X
Holland: Par- Die holländische Sozialdemokratie hielt ihren diesjährigen Parteitag in Utrecht ab, und zwar, wie stets, in den Ostertagen. Aus dem Bericht des Parteisekretariats entnehmen wir, dass die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres von 6100 auf 6816 gestiegen ist, die Zahl der Ortsgruppen von 137 auf 152. Die Stimmzahl, die die Partei auf sich vereinigte, ist bei den letzten Wahlen von 39 000 auf 65 000 gewachsen, während die Zahl der Abgeordneten von 8 auf 7 zurückgegangen ist. Die Parteipresse besteht aus dem Zentralorgan *Het Volk*, 11 wöchentlich und 2 monatlich erscheinenden Blättern.

Auf dem Parteitag waren 170 Delegierte anwesend. Den wichtigsten und alles überragenden Verhandlungsgegenstand bildeten die Differenzen innerhalb der Partei selber. Die Ursache, die diese Differenzen hervorgerufen, sowie die wichtige Entscheidung, die dieser Parteitag fällte, finden die Leser dieser Zeitschrift in dem Artikel Vliegens *Prinzip und Praxis in der niederländischen Sozialdemokratie*, pag. 451 ff., ausführlich dargelegt. Es erübrigt sich hier eine Wiederholung. Der Parteitag hat sich in seiner weit überwiegenden Mehrheit gegen die *Prinzipienretterei* der sich *marxistisch* nennenden *Nieuwe Tijd*-Gruppe ausgesprochen. Durch die Annahme dieses Fadelsvotums und vor allem der wei-

teren prinzipiellen Erklärungen hat die Partei sich auf den Standpunkt der sogenannten *Revision* gestellt, die in täglicher, nie rastender Arbeit für das Proletariat Vorteil um Vorteil von den herrschenden Klassen zu erringen trachtet, ohne die sozialistischen Ziele aus den Augen zu verlieren.

× Belgien: Par- toitag Der 21. Parteitag der belgischen Arbeiterpartei tagte am 15. und 16. April in der *Maison du Peuple* zu Brüssel. Genosse de Brouckère eröffnete ihn mit dem Hinweis auf die Bedeutung des nahenden Wahlkampfes. Vertreten waren 262 Gruppen durch 461 Delegierte. In der Diskussion zu den Kammerwahlen werden von einigen Delegierten gegen Anseele Vorwürfe erhoben wegen des vlämischen Wahlkartells. Dieses Kartell ist kürzlich abgeschlossen worden zwischen den Liberalen, christlichen Demokraten und Sozialisten in den vlämischen Gebieten Belgiens. Von Anseele und anderen wurde geltend gemacht, dass dieses Kartell allen Parteien ihre volle Selbständigkeit sichere; der Zusammenschluss der Parteien sei veranlasst durch des allen gemeinsamen Bestreben, die klerikale Regierung zu stürzen. Vandervelde referierte sodann über die Wahlen. Alle Parteien der Opposition seien sich heute über das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts einig, und es sei kein Zweifel: die erste Reform, welche nach dem Sturz der klerikalen Regierung in Angriff genommen werde, sei die Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit proportioneller Vertretung. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen. Über den obligatorischen Schulunterricht referierte Dewinne. Er unterbreitete eine Resolution, in der der obligatorische Schulunterricht bis zum 14. der gewerbliche Fortbildungsunterricht bis zum 18. Lebensjahre, ferner die Errichtung von Schulkantinen und das gesetzliche Verbot jeder Kinderarbeit unter 14 Jahren gefordert wird. Auch diese Resolution gelangte nach einer ausgiebigen Debatte zur Annahme. Hierauf wurde über die Errichtung einer Versicherung durch die Partei verhandelt. Der Referent, Senator Hendricks, wies darauf hin, dass die Zahl der Versicherungsgesellschaften immer mehr zunähme, dass diese Gesellschaften ungeheure Profite einheimsten, die zum grossen Teil aus den Taschen der Arbeiter kämen. Er schlug vor, dass die Partei selbst eine

Versicherungsgesellschaft etablieren sollte, wodurch dem Versicherten und auch der Partei grössere Vorteile zugeführt werden könnten. Nach langer Diskussion beschloss der Parteitag die Einsetzung einer Kommission, die zunächst noch weitere Berechnungen und Ermittlungen anstellen soll. In seiner letzten Sitzung behandelte der Parteitag die Alkoholfrage. Vor 2 Jahren wurde der Beschluss gefasst, dass die sozialistischen Genossenschaften den Verkauf von Alkohol einzustellen haben; diejenigen, die diesen Beschlüssen nicht nachkommen, sollten aus der Partei ausgeschlossen werden. Obwohl diesem Beschlüsse durchaus nicht alle *Volkshäuser* — denn um solche handelt es sich vor allem — nachgekommen sind, hat man bis jetzt von der obigen Bestimmung noch keinen Gebrauch gemacht. In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass diejenigen *Volkshäuser* und Genossenschaften, welche sich dem Beschlüsse gefügt haben, gegenüber den anderen schwer geschädigt seien, ohne dass dem Alkohol Abbbruch getan sei. Nach langer Diskussion werden auch diesmal die Konsequenzen des obigen Beschlusses nicht gezogen, die Frage wurde bis zum nächsten Parteitag vertagt. Auf den Generalversammlungen der Genossenschaften sollen Mitglieder des Parteivorstandes sich bemühen, jene zu veranlassen, den Wünschen der Partei nachzukommen.

× England: I. L. P. Der Jahreskongress der I. L. P. tagte Ostern in Stockton. Es war, wie einige Redner mit Recht andeuteten, eine Siegesfeier, welche die Partei hier begehen konnte. Keir Hardie sagte: Niemals habe eine Partei von 30 Mitgliedern solchen Einfluss in irgend einem Lande gehabt. Das komme nicht von den 30 Stimmen, über die die Partei im Parlament verfüge, der Einfluss der Partei liege ausserhalb des Hauses. Snowden meinte, dass Presse und Regierung jetzt die Sache der Arbeiter *entdeckt* habe, sei nicht zum wenigsten das Verdienst der I. L. P. Auch was die Fortschritte der Organisation anlangt, hat die I. L. P. alle Ursache, zufrieden zu sein. Es sind im Laufe des letzten Jahres 134 neue Lokalgruppen gebildet worden. Die Abrechnung bilanziert mit 67 680 M.; zu den Wahlkosten wurden 96 920 M. aufgebracht. Es wurden zunächst einige Statutenänderungen vorgenommen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde auf

13 Mitglieder erhöht, von denen 6 auf den Jahreskongress, die anderen 7 von den einzelnen Distrikten gewählt werden sollen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde MacDonald gewählt. Am zweiten Tage kam die Verschmelzungsfrage zur Verhandlung. Von Johnsen wurde eine Resolution begründet, in der es heisst, dass der Parteitag die Zeit für gekommen erachte, entsprechend dem Amsterdamer Beschluss von 1904 eine Einigung mit den übrigen sozialistischen Parteien Englands herbeizuführen. Burgess-Glasgow brachte hierzu ein Amendement ein, des Inhalts, dass der Parteitag der Einigung sympathisch gegenüber stehe, dass es aber wesentlich für das Wohl des Sozialismus und der Arbeitersache sei, wenn die *I. L. P.* ihre gegenwärtige Organisation und auch ihr Programm aufrechterhalte. Hieran schloss sich eine Diskussion, bei der es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Keir Hardie führte an, er sei mit der Absicht zum Parteitag gekommen, für die Einheit aller sozialistischen Organisationen einzutreten, aber nach den Erklärungen des Kongresses der *S. D. F.* (siehe weiter unten) könne er dies nicht mehr. Die *S. D. F.* habe ihren Wiederanschluss an die neutrale Arbeiterpartei abgelehnt; das sei aber eine unerlässliche Bedingung für die sozialistische Einheit. Hierauf wurde das Amendement als selbständige Resolution erklärt und mit 108 gegen 58 Stimmen angenommen. Von sonstigen Beschlüssen sei noch eine Resolution erwählt, durch welche die Fraktion beauftragt wird, einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Frauen das Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen verleiht, wie den Männern.

× England: *S. D. F.* Die *S. D. F.* hielt während der Ostertage in Bradford ihren 26. Jahreskongress ab; sie war von 91 Delegierten besucht, darunter einigen Frauen. Hartley bedauerte in seiner Eröffnungsrede die Zersplitterung der sozialistischen Kräfte, die dem fortgesetzten Diskutieren der die Sozialisten trennenden Punkte zu danken sei; das erste Bestreben aller Genossen sollte doch das sein, die Kräfte zusammenzufassen. Im übrigen trat er für die Schaffung einer grossen Presse ein. Die wichtigsten Anträge waren die, betreffend den Anschluss an die Arbeiterpartei und die Verschmelzung mit der sozialistischen *I. L. P.* Von der Arbeiterpartei (damals *L. R. C.*) hatte sich die *S. D. F.* seinerzeit bekanntlich getrennt,

weil diese ein sozialistisches Programm nicht annehmen wollte. Der Antrag auf Anschluss wurde auch diesmal mit 55 gegen 29 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Hyndman angenommen, in welchem der neuen Arbeiterpartei die Sympathie der *S. D. F.* ausgesprochen wird, und in welchem es ferner heisst, dass die *S. D. F.* bereit sei, sich ihr anzuschliessen, sobald ihre Organisationen und Abgeordneten sich öffentlich für den Sozialismus erklären und ein in diesem Sinne gehaltenes Programm annehmen. Auch der Antrag auf Verschmelzung mit der *I. L. P.* wurde abgelehnt, und zwar mit 48 gegen 43 Stimmen. Es wurde aber von den meisten Rednern betont, dass die Verschmelzung beider Flügel nur noch eine Frage der Zeit sein könne, da prinzipielle Unterschiede nicht mehr bestünden. Sodann wurde noch die Arbeitslosenfrage und die Stellung der Partei im Falle eines Krieges behandelt. Hyndman betonte, dass die sozialistische Partei die einzige Friedenspartei sei. Wenn die Mehrzahl der Bevölkerung von den Ideen des Sozialismus durchdrungen sei, würden die Kriege unmöglich werden. Im übrigen erklärte er sich aber für eine militärische Erziehung der Jugend. Ein Teil der Verhandlungen wurde hinter verschlossenen Türen geführt.

× Persönliches Unsere deutsche Partei ist jetzt in das Lebensalter gelangt, wo sich die sechzigjährigen Kämpfer mehren. Am 28. April konnte sie wieder einen begrüssen: Wilhelm Bock, den *König von Gotha*. Bock gehörte seit dem Jahre 1866 der modernen Arbeiterbewegung an. Als Lassalleaner, dann *Eisnacher* trat er lebhaft für die Einigung ein, und er war es, der den Einigungskongress in Gotha 1875 eröffnete. Im Jahre 1884 wurde er von Gotha in den Reichstag gewählt. 1887 unterlag er, 1890 wählte ihn Magdeburg an Stelle des doppeltgewählten Genossen von Vollmar. Seit dem Jahre 1890 hat Gotha wieder ihn ständig in den Reichstag entsandt. Seit langer Zeit ist er auch Mitglied des gothaischen Landtags, und entsprechend der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion wurde er vor einigen Jahren dessen Vizepräsident. Auch als Mitglied des gothaischen Landesauschusses und des gothaischen Verwaltungsgeschichtshofes hat er sich mit Geschick und in strenger Sachlichkeit betätigt. Der Scherzname *König von Gotha*, dem ihm seine Freunde vor Jahren bei-

gelegt haben, spielt auf seine grosse Popularität und erfolgreiche Wirksamkeit in Gotha an. Möge er noch lange sein Szepter über Gotha schwingen!

×
Presse

Der Hannoversche *Volks-wille* wird seit dem 1. April in eigener Druckerei und in eigenem Heim hergestellt. In diesem Hause finden auch das Partei- und das Arbeitersekretariat, sowie die Bureaus einiger Gewerkschaften Unterkunft. Die *Bremer Bürgerzeitung* ist vom 1. April ab ein Abendblatt geworden. Einen erfreulichen Aufschwung hat das Nürnberger Parteigeschäft zu verzeichnen. Der Abonnenstand der *Tagespost* ist seit Beginn dieses Jahres um nahezu 2000 gestiegen. Der Reingewinn des Geschäftes betrug 17 836, wovon je 6000 zur Bildung eines Hausbau- und eines Reservefonds zurückgelegt wurden. Sobald sich die Möglichkeit bietet, soll ein eigenes Haus errichtet werden.

Sämtliche sozialistischen Zeitungen der romanischen Schweiz haben sich zu einem Wochenblatt verschmolzen, das unter dem Namen *Le Peuple Roman* als offizielles Parteiblatt erscheinen wird. Der Redaktionsstab der *Humanité*, des Organs des Genossen Jaurès, ist durch den Eintritt einer ganzen Anzahl neuer Mitarbeiter wesentlich erweitert worden. Zu den alten, wie Rouanet, Pressensé, Thomas, Jean Longuet u. s. w., treten hinzu Allemane, Bracke, Dubreuilh, Lafargue, Sembat, Vaillant und andere, also Vertreter aller Nuancen des französischen Sozialismus. Durch die Mitarbeit aller dieser Genossen soll die äusserlich vollzogene Einigung der Partei an innerer Festigkeit gewinnen, und die *Humanité* sich nach und nach zum Zentralorgan der geeinten Partei entwickeln.

×
Kurze Chronik

Die Kontrollkommission der Sozialdemokratie Deutschlands wählte an Stelle des verstorbenen Genossen Meister den Genossen Kaden zum Vorsitzenden. × Der diesjährige Parteitag wird vom 23. bis zum 29. September in Mannheim stattfinden. × Im Wahlkreise Darmstadt-Gross Gerau wurde in der Ersatzwahl für Cramer Genosse Berthold mit 16 656 Stimmen gewählt, während der Nationalliberale Stein es auf 15 921 Stimmen brachte. × In Biel (Schweiz) errangen unsere Genossen einen schönen Sieg mit ihrer Liste

zur Gemeindevahl; 8 Sozialdemokraten wurden gewählt.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat soeben seinen 2. Bericht, und zwar über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1904 /Berlin, Verlag der *Generalkommission/* veröffentlicht. Er umfasst Einzelberichte aus 16 Ländern (England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz, 3 australische Staaten), die teilweise allerdings unvollständig sind. Aus einem vom internationalen Sekretär, Carl Legien, veröffentlichten Briefwechsel geht übrigens hervor, dass der Anschluss der australischen Gewerkschaften an das internationale Sekretariat bald bevorsteht, und dass auch eine Annäherung der *American Federation of Labor* herbeigeführt worden ist. Belgien und Frankreich haben leider nicht berichtet. Aus den Berichten geht hervor, dass von 1903 auf 1904 nur in England und Serbien ein Rückgang in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften eingetreten ist, und zwar um 33 190 respektive 568 Mitglieder; in allen übrigen Staaten waren Fortschritte zu verzeichnen, und zwar in Deutschland ein Mehr von 189 794, in Österreich um 28 059, in Ungarn um 12 131, in Dänemark um 3462, in Schweden um 25 000 und in Norwegen um 231 Mitglieder. Über die Mitgliederzahl in den einzelnen Ländern gibt folgende Übersicht das Nähere:

Land	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder	Der Landeszentrale gehören an:		Lokalverbände	
		Zentralverbände	Mitgl.	Zahl	Mitgl.
England	1 889 590	100	469 590	—	—
Niederlande	37 221	14	5 521	26	1 150
Dänemark	89 788	47	66 030	14	573
Schweden	104 999	30	81 680	1	56
Norwegen	16 227	10	8 598	11	445
Deutschland	1 466 625	63	1 052 108	—	—
Österreich	205 651	45	189 121	446	16 530
Ungarn	53 169	17	47 657	27	5 512
Serbien	2 932	21	2 932	—	—
Bulgarien	1 672	—	—	38	1 672
Schweiz	41 862	22	26 784	—	—
Italien	260 102	20	175 102	?	85 000
Spanien	56 900	9	23 933	184	32 967
in summa	4 226 738	398	2 149 956	747	143 905

Die australischen Gewerkschaften haben Angaben über ihre Mitgliederziffer nicht gemacht, ebenfalls fehlen die Berichte aus Belgien und Frankreich. Stellt man für Belgien rund 95 000 Mitglieder (siehe weiter unten den Abschnitt *Belgien*) und

für Frankreich (nach der allerdings unzuverlässigen amtlichen Statistik) 715 576 organisierte Arbeiter in Rechnung, so würden in den 15 dem internationalen Sekretariat zurzeit angeschlossenen Ländern 5 Millionen organisierte Arbeiter in Betracht kommen.

Über die Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der berichtenden Landesgewerkschaftsgruppen gibt folgende kleine Übersicht Auskunft:

Land	Zahl der Mitglieder	Jahres-einnahme	Jahres-ausgabe	Kassenbestand	Ausgabe für						
					Streiks	Fach-organ	Reise-unterstützung	Arbeits-losen-unterstützung	Kranken-unterstützung	Inva-liden-unterstützung	Ver-waltung
England	469 590	20 757 408	22 159 377	48 451 530	752 698	2 080	858 758	7 274 293	2 907 306	873 976	2 825 257
Niederland	6 682	25 545	37 322	2 430	14 292	4 271	1 918	315	176	—	1 706
Dänemark	83 643	1 792 116	782 496	1 884 642	312 084	36 359	—	430 173	98 703	14 391	243 495
Schweden	81 736	1 884 509	1 187 347	697 162	752 369	20 756	81 849	17 200	5 380	—	133 445
Norwegen	16 227	376 979	206 016	333 737	97 016	11 656	758	54 414	20 301	1 81	42 902
Deutschland	1 052 108	20 100 724	17 728 753	16 109 900	5 669 519	1 092 257	646 821	1 599 424	1 410 935	213 626	2 092 218
Oesterreich	189 121	2 884 025	2 353 537	3 754 020	205 019	—	81 422	556 731	443 772	117 390	995 416
Ungarn	53 169	413 797	600 543	56 699	—	50 164	31 736	105 355	79 417	40 010	164 994
Serbien	2 932	19 272	7 704	15 408	872	—	420	416	412	792	1 788
Bulgarien	13 204	13 204	13 204	10 688	4 768	1 684	—	4 456	—	—	4 452
Schweiz	41 862	460 608	35 464	622 736	35 204	36 684	9 244	18 300	79 244	36 328	3 188
in summa	1 998 742	48 728 247	45 793 219	71 937 761	8 103 678	1 619 636	1 712 926	10 060 121	5 057 646	1 297 694	6 538 941

Bemerkenswert sind die enormen Ausgaben der englischen Gewerkschaften für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, die sich 1903 auf 4,67 Mill. M., 1904 aber auf 8,13 Mill. M. beliefen. Aber auch die deutschen Gewerkschaften können sich mit ihren Aufwendungen für Unterstützungs-zwecke sehen lassen, sie zeigen sich ganz besonders leistungsfähig auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes und der Aufklärung, wie ihre enormen Aufwendungen für Streiks und für die Fachpresse erweisen.

Die meisten Berichte enthalten auch eine Übersicht über die Arbeitergesetzgebung des betreffenden Landes. Dadurch wird der Bericht des internationalen Sekretärs, dem auch das Protokoll der 4. internationalen Konferenz der Sekretäre beigefügt ist, zu einem guten Informationsbuch der internationalen Arbeiterbewegung.

Im Monat April hat eine ganze Anzahl von Kongressen und Verbandstagen stattgefunden. Während der Osterferietage fand in Berlin ein allgemeiner Handelshilfsarbeiterkongress statt. Die Wünsche und Forderungen der Handelshilfsarbeiter wurden nach dreitägigen Beratungen in einer Resolution zusammengefasst, in welcher die reichsgesetzliche Festlegung des 9-stündigen Maximalarbeitstages für über 18 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen, der gesetzliche 8 Uhr-Laden- und 6 Uhr-Postschalterschluss, vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe, Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe und Errichtung von Handelsinspektoraten gefordert wird. Von einer Debatte über die Frage der Zweckmässigkeit einer Einheitsorganisation für sämtliche Handelshilfsarbeitervereine wurde Abstand genommen, dagegen wurden die anwesenden Vereine aufgefordert, diese Frage zu diskutieren. Wenn notwendig, soll dann seitens des Vorstandes des Handels- und Transportarbeiterverbandes eine besondere Konferenz zur Erledigung dieser Frage einberufen werden.

Die Gastwirtsgehilfen, die am 25. bis 28. April in Köln tagten, beschlossenen Anstellung eines Gauleiters für Rheinland-Westfalen, Erhöhung der Verbandsbeiträge von 30 auf 40 Pf. und verschiedene Modifikationen der Bestimmungen über das Unterstütswesen:

so wurde die bisherige dreitägige Karenzzeit fallen gelassen. An den grösseren Organisationsorten sollen Branchensektionen für die weiblichen Angestellten gebildet werden, auch sollen den weiblichen Mitgliedern trotz des um 10 Pf. niedrigeren Beitrages die selben Unterstützungen gewährt werden, wie den anderen Mitgliedern.

Die Glaser, die ihren Verbandtag am 14. bis 16. April in Mannheim abhielten, beschlossen einige geringe Verbesserungen der Unterstützungseinrichtungen und erhöhten den Verbandsbeitrag von 30 auf 45 Pf. Auf dem Hauptbureau wurde ein zweiter Beamter angestellt. Der Anschluss an den Holzarbeiterverband wurde abgelehnt.

Dagegen beschloss aber der Verbandstag der Vergolder, am 16. bis 19. April in Leipzig, mit 19 gegen 4 Stimmen die Verschmelzung seiner Organisation mit dem Holzarbeiterverband am 1. Oktober vorzunehmen. Und der zu gleicher Zeit in Leipzig tagende Verband der Stukateure beauftragte seinen Vorstand und Ausschuss, mit dem Vorstand des Maurerverbandes zwecks Verschmelzung mit dieser Organisation in Verbindung zu treten und über ein eventuelles Ergebnis dieser Verhandlungen eine Urabstimmung der Mitglieder herbeizuführen. Es wurde eine Reiseunterstützung eingeführt und der Beitrag auf 50 Pf. erhöht. Die Gehälter der Beamten sollen nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses geregelt werden.

Sehr wichtige Beschlüsse fassten die Textilarbeiter, die am 14. bis 17. April in Mühlhausen (Thüringen) tagten. Zunächst beschlossen sie, das Fachorgan mit dem Vorstand in Berlin zu vereinigen, ferner wurden fakultative Staffelbeiträge zu 20, 30, 40 und 50 Pf. eingeführt, und die Streikunterstützung für die einzelnen Klassen in der Höhe von 7, 9, 11 und 13 M., daneben an Unterstützung für Kinder der Streikenden in Höhe von 75 Pf. respektive 1 M., die Krankenunterstützung je nach der Höhe des Betrages und der Dauer der Mitgliedschaft in Höhe von 2 bis 5,60 M. normiert. Neu eingeführt wurde eine Sterbefallunterstützung. Es wurden vier neue Gaubeamte, ein weiterer Vorstandsbeamter und ein zweiter Redakteur angestellt.

Auch die Maschinisten und Heizer, die an den Ostertagen in Mannheim tagten, beschlossen die Anstellung eines Vorsitzenden und dreier Gauvorsteher.

Die bestehende Arbeitslosenunterstützung wurde in eine Erwerbslosenunterstützung umgewandelt, und der Beitrag auf 30 Pf. für die Haupt- und 10 Pf. für die Lokalkasse erhöht.

Die Wäschearbeiter beschlossen auf ihrem zur gleichen Zeit in Berlin abgehaltenen Verbandstag Erhöhung der Beiträge von 25 auf 40 Pf. für männliche, von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder, der Krankenunterstützung von 5 auf 7 M. für männliche, von 3,50 auf 4,50 M. für weibliche Mitglieder, sowie Anstellung eines Vorstandsbeamten sowie für Bielefeld eines Gaubeamten. Die Kürschner, die am 16. bis 18. April in Weissenfels tagten, beschlossen ebenfalls die Besoldung ihres Vorsitzenden. Sie erhöhten den Beitrag von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 15 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder und beschlossen die Einführung einer Kranken- und Sterbefallunterstützung.

Von der an den gleichen Tagen in Dresden abgehaltenen Tagung der Sattler ist bemerkenswert eine Erhöhung des Verbandsbeitrages von 40 auf 45 Pf., die Anstellung eines zweiten Vorstandsbeamten und die Votierung einer Resolution auf Anbahnung der Gründung eines Lederarbeiterverbandes, der die Organisationen der Handschuhmacher, Lederarbeiter, Sattler, Schuhmacher und Portefeuller umfassen soll.

In den Ostertagen fand auch in Berlin die Generalversammlung des der *Generalkommission* nicht angeschlossenen Verbandes des technischen Bühnenpersonals statt. Beschlossen wurde unter anderm, Erhöhung des Beitrages von 80 Pf. monatlich auf 25 respektive 15 Pf. wöchentlich und Herausgabe eines monatlich erscheinenden Fachorgans. Einstimmig sprach sich die Generalversammlung für Anschluss an die *Generalkommission* aus.

Schliesslich ist noch die 3. internationale Konferenz der Kürschner zu erwähnen, die in der zweiten Aprilwoche in Leipzig tagte. Sie beschloss Errichtung eines internationalen Sekretariats, das in Hamburg seinen Sitz hat.

×
Presse ×
 Über ein Ereignis, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung ohne Beispiel dasteht, kann diesmal berichtet werden: Die Auflage der *Metallarbeiterzeitung* hat 300 000 überschritten. Die Nr. 17, die bereits in einer Auflage von

307 500 Exemplaren herauskam, erschien aus diesem Anlass in festlichem Gewande. Und in der Tat, sie und mit ihr die gesamten deutschen Gewerkschaften können sich dieses Erfolges von Herzen freuen. Im Zeitraum von 1¼ Jahren hat der Metallarbeiterverband sich um 100 000 Mitglieder, in den letzten 5 Monaten hat er sich um 50 000 Mitglieder vermehrt. Und das in einer Zeit der schwersten Kämpfe mit den Scharfmachern, unter beständiger erbitterter Bekämpfung durch die lokalistischen, Hirsch-Dunckerschen und christlichen Organisationen! Es ist, als seien alle diese Kämpfe nichts weiter als eine Quelle neuer Kräfte für den Metallarbeiterverband. Auch jetzt wieder hat diese grösste der bestehenden Gewerkschaften infolge einer von ihr inszenierten Formerbewegung, in Sachsen, Braunschweig, Hannover und Breslau eine gewaltige Gesamtaussperrung abzuwehren. Auch diese Aussperrung, über die wir erst in unser nächsten Rundschau berichten können, wird, möge sie ausgehen, wie sie wolle, nur eine neue Stärkung des Metallarbeiterverbandes zur Folge haben. Und die Steigerung der Mitgliederziffer hält an; bereits die Nr. 19 der *Metallarbeiterzeitung* erschien in einer Auflage von 310 500 Exemplaren. Auch in den anderen Gewerkschaften geht's vorwärts. Die Auflage des *Grundsteins*, des Maurerblattes, beträgt zurzeit 185 000 Exemplare, die der *Deutschen Bäckerzeitung* 15 200, das sind rund 3000 Exemplare mehr, als am Beginn des Jahres, die *Allgemeine Steinsetzerzeitung*, Ende 1902 gegründet mit einer Auflage von 2700, hat eine Auflage von 10 000, und die *Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung* eine Auflage von 6000 Exemplaren erreicht.

×
Lokalisten Die lokalistischen Gewerkschaften, die sich bisher als die allein wahren sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgaben und auf Grund dieser ihrer Gesinnung von gewissen Parteigenossen vor den freien Gewerkschaften ausgezeichnet wurden, haben sich auf ihrem letzten Kongress, in der Osterwoche in Berlin, in aller Form ausserhalb des sozialdemokratischen Programms gestellt. Diese Entschliessung war seit langem zu erwarten. Denn seit Jahren schon fraternisieren sie mit den Anarchisten, und im letzten Herbst, als die Diskussion über den Generalstreik ihren Höhepunkt erreicht

hatte, sprachen sie sich in einer Versammlung in Berlin offen für den anarchistischen Generalstreik aus. Auch die sogenannte *Programmdebatte* auf dem letzten Kongress liess unzweideutig erkennen, dass es sich bei den Lokalisten um eine Mauerung zum Anarchismus handelte, als sie aus dem Rahmen des Parteiprogramms heraustraten. Die Lokalisten wollen durch diese Frontschwankung es auch jenen Elementen, die ihnen aus gewissen politischen Gründen bisher fernstanden, das heisst den Anarchisten, ermöglichen, in ihren Organisationen mitzuarbeiten. Man kann gespannt sein, ob sie auch weiter, wie bisher, von *radikalen* Parteiführern protegirt werden werden.

×
Schweiz Während der Ostertage fand in Basel der allgemeine Gewerkschaftskongress statt. Seine Hauptaufgabe war Stellungnahme zur *direkten Aktion*. Nur ein Baseler Anarchist und der Sekretar des Malerverbandes traten für sie ein, alle anderen Redner aber, darunter auch Greulich, bekämpften sie. Es kam eine Resolution zur Annahme, die den Gewerkschaften empfiehlt, an der bisherigen Taktik festzuhalten, im Bewusstsein, dass dies der einzige richtige Weg ist, welcher zunächst zum Achtstundentag und schliesslich zur wirklichen Volksfreiheit führt. Heute die *druckte Aktion* ernsthaft zu propagieren hiesse nichts anderes, als, was durch jahrzehntelange mühselige und opfervolle Arbeit aufgebaut wurde, in einem einzigen Augenblick mutwillig aufs Spiel setzen. Unsere Arbeiterorganisationen müssen ihre ganze Tätigkeit darauf richten, die Arbeiter durch eine planmässige und unermüdliche Agitation zu sammeln und zu einigen. Unter den bestehenden Verhältnissen würde durch die *direkte Aktion* nicht der Arbeiterorganisation, wohl aber deren Gegnern ein Dienst erwiesen. Wer es aber mit der Arbeitersache ernst meint, kann dies nicht wollen. Der Gewerkschaftskongress lehnt es daher ab, sich mit der *direkten Aktion* näher zu befassen, und geht damit zur Tagesordnung über. Weiter wurde eine Reorganisation des *Gewerkschaftsbundes* vorgenommen.

×
Belgien Die *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht eine aus den Jahresberichten einiger Organisationen und Verbände gewonnene

Übersicht der belgischen Gewerkschaftsbewegung, aus der hervorgeht, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften Anfang des Jahres 1906 rund 95 900 Mitglieder zählten, gegen rund 72 000 am Ende des Jahres 1902. Und zwar zählten die Organisation der Transportarbeiter 2000 (600), Bergleute 47 000 (35 000), Textilarbeiter 14 700 (8500), Metallarbeiter 7200 (7000), Glasarbeiter 6000 (6000), Arbeiter im Bekleidungs-gewerbe 2500 (2000), Steinarbeiter 6000 (4000), Holzarbeiter 2000 (2000), Zigarrenarbeiter 1500 (1400), Buchdrucker 2000 (2000), Diamantarbeiter 3000 (2000), Bauarbeiter 2000 (1500) Mitglieder. In den letzten Jahren wurden mit Hilfe der Gewerkschaften längere und grossartige Streikbewegungen geführt, über deren Ergebnisse ein zusammenfassendes Bild aber erst möglich ist, wenn eine vor kurzem von der *Commission syndicale* vorgenommene Enquete, die sich auch auf die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeit, die Beiträge und Ausgaben der Gewerkschaften erstreckt, abgeschlossen vorliegt.

Die *gelben* Gewerkschaften haben in den letzten Jahren in Belgien wenig Fortschritte gemacht. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder beträgt höchstens 17 000.

× **Kurze Chronik** Der **Dachdecker**verband führte im Monat April eine umfassende

Hausagitation durch. × Der **Portefeuille**verband beabsichtigt, nach dem Beispiel anderer Gewerkschaften, die Herausgabe einer Geschichte der Arbeiterbewegung in der Portefeuilleindustrie Deutschlands und fordert daher im Verbandsorgan auf, alles diese Geschichte etwa betreffende Material zur Verfügung zu stellen. × Der **Mal**erverband hat in Anbetracht der schweren Kämpfe, die er zu führen hat, für die Monate April bis Juni einen Extrabeitrag von im ganzen 3 M. pro Mitglied ausgeschrieben.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Grosselinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Unsere *G. E. G.* ist jetzt in das Stadium des gesunden, gleichmässig-ruhigen Wachstums eingetreten. Der Geschäftsbericht für 1905 weist eine Erhöhung der Zahl der angeschlossenen Vereine von 348 auf 386 und der überhaupt kaufenden von 1366 auf 1395 auf. Der Umsatz ist von 33 929.406 M. in 1904 auf 38 780 199 M. gestiegen. Davon entfielen nur 2 540 176 auf Schuh- und Manu-

fakturwaren; der ganze übrige Betrag wurde in Kolonialwaren und sonstigen Haushaltungsartikeln umgesetzt. Aus der eigenen Kaffeerösterei der Gesellschaft gingen diesmal 811 920 kg gegen 782 756 kg im Vorjahre hervor. Eine grössere Steigerung wurde durch die Errichtung eigener Brennereien seitens einer Anzahl grösserer Vereine hintangehalten. Ein nicht unerheblicher Teil der von der Gesellschaft vermittelten Waren stammte, wie gewöhnlich, aus anderen genossenschaftlichen Quellen. So wurden von deutschen Produktiv- und landwirtschaftlichen Genossenschaften für 802 840 M., von dem schweizerischen Konsumvereinsverband für 36 160 M. und von der englischen *C. W. S.* für 13 900 M. Produkte bezogen. Die Zahl der Angestellten belief sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 226, 15 mehr, als Ende 1904, die an sie gezahlte Gehaltssumme auf 345 600 M. Neue Einrichtungen wurden im Berichtsjahre nicht in Angriff genommen. Der Bau der Seifenfabrik hat sich aus den sattsam bekannten Gründen bislang verzögert; für die Generalversammlung sind weitere Mitteilungen über das Projekt in Aussicht gestellt. Ebenso wird die Versammlung über die Errichtung eines Lagerhauses in Düsseldorf zu entscheiden haben.

Trotz einer Reihe ungünstiger Umstände ist das geschäftliche Ergebnis ein etwas besseres, als im Vorjahre. Zwar ist der erzielte Warenbruttogewinn prozentual gesunken (von 2,7 auf 2,4 %), in noch stärkerem Verhältnis aber die Unkosten, so dass der Reinüberschuss diesmal 238 605 M. = 0,61 % des Umsatzes gegen 200 344 M. = 0,59 % des Umsatzes im Vorjahre beträgt. Nach Vorschlag der Verwaltung würde sich die Verteilung dieses Überschusses folgendermassen gestalten: 5 % Kapitaldividende auf die Stammeinlagen = 29 812 M., 2 % Umsatzrückvergütung an die angeschlossenen und 1 % an die nichtangeschlossenen Vereine = 69 804 M., 133 820 Zuweisungen an die verschiedenen Fonds, wodurch diese auf den Betrag von 380 228 M., das ist die Hälfte des gegenwärtigen Anteilkapitals, anschwellen würden, und 570 M. zur Disposition der Generalversammlung. Die Verwaltung beantragt ausserdem die Erhöhung des Stammkapitals auf 1 Mill. M., eine Massnahme, die angesichts des wachsenden Umfangs der Geschäfte auf selbstverständliche Zustimmung rechnen darf. Ausser den genannten weist die am 22.

Juni in Stettin stattfindende Generalversammlung keine besonders interessierenden Punkte auf.

× **Zentralverband deutscher Konsumvereine** ×

Die ausserordentliche Entwicklung der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung weist ihrer Zentralorganisation eine drängende Fülle von Aufgaben und Arbeiten zu. Der soeben veröffentlichte Vorstandsbericht des Verbandes beweist, dass sich die leitenden Persönlichkeiten dessen wohl bewusst sind. Sie haben mit Unterstützung des Verbandssekretariats im verflossenen Jahre wiederum eine Reihe wichtiger Materien durchgearbeitet, über die die Leser dieser Rundschau grösstenteils unterrichtet sind. Die bedeutendste Leistung des vergangenen Jahres war die Errichtung der Unterstützungskasse für die Angestellten und Arbeiter der Verbandsvereine. Ihr schliesst sich als ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Schaffung mustergültiger Arbeitsbedingungen die Ausarbeitung eines Lohn- und Arbeitstaris mit dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an, der dem kommenden Genossenschaftstag zur Beschlussfassung vorliegen wird. Um die Durchführung dieses Tarifs zu gewährleisten, beantragt der Vorstand und Ausschuss ferner die Schaffung eines Tarifamtes, das aus je einem Vertreter aller im Tarifverhältnis stehenden Gewerkschaften und der gleichen Zahl Genossenschaftler bestehen soll. Die Kompetenz des Tarifamtes erstreckt sich auf die Durchführung und eventuelle Abänderung der geschlossenen Verträge, auf die Nachprüfung der Ortszuschläge, die zum Teil Härten für die Arbeiter enthalten, auf die Schlichtung von Streitigkeiten und auf die Bildung von Berufungsinstanzen für schiedsgerichtlich geregelte örtliche Differenzen.

Endlich hat der Vorstand noch die vorbereitenden Schritte für einen intensiveren Ausbau der genossenschaftlichen Institutionen, das heisst für die Schaffung von Revisionsverbandssekretariaten erledigt. Bereits der vorige Genossenschaftstag hat diese Frage anlässlich des selbständigen Vorgehens der württembergischen Vereine in dieser Richtung gestreift und sich dabei für die Errichtung nach einem einheitlichen Plane und unter Anschluss an die Zentralstelle ausgesprochen. Ein erster Vorschlag des Vorstandes, der diese Abhängigkeit zu stark betonte, wurde, da er nicht die allseitige

Billigung des Ausschusses finden konnte, wieder fallen gelassen, und darauf gemeinschaftlich die jetzige Vorlage ausgearbeitet, die mehr eine Abgrenzung und Teilung der Funktionen der beiden Organisationen vorsieht. Demnach wird den *Verbandsbeamten*, wie sie heissen sollen, die Verbandsrevision, die Unterstützung des Vorstandes bei der Korrespondenz, den Verwaltungsarbeiten und der Aufstellung der Statistik und die Agitation obliegen, während dem *Zentralverband* die Ausbildung des Pressewesens, Herausgabe von Flugblättern u. s. w. überlassen bleibt. In Bezug auf letzteres ist eine, aus technischen Gründen übrigens erst vom 1. Januar 1908 ab mögliche, Umwandlung des *Frauen-genossenschaftsblattes* in ein *Genossenschaftliches Volksblatt* vergrösserten Formates in Aussicht genommen, das 4 Seiten allgemeinen Text enthalten wird, während von den letzten 4 auswechselbaren Seiten 3 den Revisionsverbänden und 1 den einzelnen Vereinen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Mittel für den Verbandsbeamten sollen in erster Linie von dem betreffenden Verbands selbst, sodann aber durch einen Zuschuss seitens des *Zentralverbandes* aufgebracht werden.

Die Abrechnung des *Zentralverbandes* ergibt im Berichtsjahr eine Gesamteinnahme von 27 315 M., der Ausgaben in Höhe von 25 567 M. gegenüberstehen. Die Verlagsanstalt des Verbandes hat sehr gut abgeschnitten. Sie schliesst mit einem Nettoüberschuss von 14 288 M. ab. Der Ausgang an Drucksachen (Fachblätter, Buchhandel, Broschüren, Geschäftsbücher, Rollenmarken) erreicht die Höhe von 244 411 M.

× **Belgien** ×

Der belgische Konsumvereinsverband hielt am 24. und 25. März in der Brüsseler *Maison du Peuple* seine diesjährige Tagung ab. Der Verband umfasst zurzeit 93 Konsum- und Produktivgenossenschaften. Die mit ihm verbundene Einkaufszentrale stand jedoch mit 171 Vereinen in Geschäftsbeziehungen und hatte im Jahre 1905 einen Umsatz von 2 217 842 fr., gegen 1 608 475 im Vorjahre, ein hübscher Fortschritt. Von diesem Umsatz entfielen 776 967 fr. auf produktivgenossenschaftliche Erzeugnisse. Die Zentrale wirtschaftet mit einem Anteilkapital von 75 300 fr. und erzielte im letzten Jahre einen Überschuss von 23 961 fr., wovon 1 % Rückvergütung

bezahlt und 14 516 fr. den Fonds überwiesen wurden. Eine Erweiterung des Geschäftsbetriebs der Gesellschaft durch den Ankauf einer Shwalfabrik wurde vom Genossenschaftskongress beschlossen, während die Frage der Errichtung einer besonderen Agentur für den Ankauf und die Verwertung landwirtschaftlicher Produkte zunächst einer Kommission überwiesen wurde. Des weiteren beschloss der Kongress die Einsetzung einer Studienkommission behufs Einrichtung einer Angestelltenunfallversicherung, die Veranstaltung regionaler Zusammenkünfte zwecks genossenschaftlicher Aussprache, die Organisation eines Auskunfts-bureaus und die Beschickung der Ausstellung in Mailand. Von Interesse ist es, dass auf Grund des letzten Kongressbeschlusses, betreffend das Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke, 18 Konsumvereine aus dem Verband ausgeschlossen wurden.

× **Schweiz: Gewerkschaften und Genossenschaften** × Nachdem der letzte schweizerische Genossenschaftstag sich in sehr vorurteilsfreier Weise mit dieser Frage befasst hatte, hat nunmehr auch der Gewerkschaftskongress in Basel am 14. April dazu Stellung genommen. Er nahm auf Antrag des Arbeitersekretärs Kaufmann folgende Resolution einstimmig an: »Das *Bundeskomitee* wird beauftragt, der Propaganda für das Genossenschaftswesen die verdiente Beachtung zu schenken und mit den Organen des *Verbandes schweizerischer Konsumvereine* in Verbindung zu treten, zum Zwecke der Unterstützung dieser Bestrebungen, mit ihnen überhaupt diejenige Annäherung zu suchen, die im Interesse beider wirtschaftlicher Organisationen geboten ist.«

× **Kurze Chronik** × Der Landtag von Lippede *Detmold* nahm eine Regierungsvorlage an, durch die sämtliche Konsumvereine der Gewerbesteuer unterstellt werden; der Konsumverein Stadthagen hat ausserdem Betriebs- und Vermögenssteuer zu zahlen. × Der am 27. März abgehaltenen ersten Schlussprüfung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule in Darmstadt unterzogen sich sämtliche 40 Teilnehmer mit bestem Erfolge, so dass die Fortführung der Winterkurse, sowie die Abhaltung von 3 wöchentlichen Sommerkursen für bereits praktisch tätige Genossenschafter und von 14tägigen Kursen für Wanderlehrer in Aussicht ge-

nommen ist. × Zwei neue Rekonvaleszentenheime wurden in Schottland und England eröffnet; das eine in Galashiels, das andere mit einem Aufwand von 160 000 M. und mit Aufnahmemöglichkeit für 50 Personen in Blackpool. × Die *Glasgower Bäckereigenossenschaft*, die 8 Konsumvereine mit insgesamt 54 000 Mitgliedern mit Brot versorgt, hatte im letzten Halbjahre einen Umsatz von 4 980 000 M. und stellte in 150 Backöfen wöchentlich 650 000 kg Brot her. × Die *englische C. W. S.* hat für die Hinterbliebenen der Opfer von Courrières 10 000 M. gespendet. × Der Präsident des letzten internationalen Gewerkschaftskongresses in Budapest, der hervorragendste auf dem Boden der *Rochdaler Pioniere* stehende ungarische Genossenschafter, *Graf Károlyi*, ist gestorben.

GERTRUD DAVID

Frauenbewegung

Anthony † Susan B. Anthony, die greise Vorkämpferin der Frauensache, ist am 13. März in Rochester gestorben. Am 15. Februar 1820 wurde sie in Adams (Massachusetts) in einer Quäkerfamilie geboren. Mit 17 Jahren wurde sie Lehrerin in einer Distriktschule. Sie übte diesen Beruf bis zum Jahre 1852 aus, gab ihn dann aber trotz ihrer Neigung dafür auf, um sich, zusammen mit ihrer treuen Mitkämpferin Elisabeth Cady-Stanton, ganz der Frauensache zu widmen. Bei ihren ersten Versuchen verhöhnt, verspottet, niedergeschrien, ging sie unbeirrt ihren dornenvollen Weg. 75 bis 100 Reden im Jahr, Reisen im Schlitten, im offenen Wagen, in Postkutschen, mangelhafte Nachtruhe oder gar keine, das war für Jahre und Jahre das Los Susan Anthonys. Erst in späten Jahren kam der Erfolg zu ihr, und ein Höhepunkt ihres Lebens mochte wohl der Augenblick sein, in dem die Vierundachtzigjährige bei Gelegenheit des internationalen Frauenkongresses in Berlin /1904/ die Gründung des *Weltbundes für Frauenstimmrecht* vollzog (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1904, II. Bd., pag. 673). Sie starb in den Sielen, denn den Keim zu der Lungenentzündung, die sie hinwegraffen sollte, hatte sie sich bei einer Stimmrechtsversammlung in Baltimore geholt. Ihr Vermögen hat sie dem Fonds zur Unterstützung für die Stimmrechtsbewegung hinterlassen. »Ich habe«, lauteten ihre Worte, »mein ganzes Leben und Sein dieser Sache geweiht, und so will ich denn, dass es die letzte Hand-

lung meines Lebens sei, alles, was ich besitze, dafür hinzugeben.« Ihre Biographie, Ida Husted-Harper, rühmt mit Recht von ihr, dass »jedes Mädchen, das heute [in den Vereinigten Staaten] einer höheren Bildung teilhaftig werden kann, jede Frau, welche das Glück hat, sich auf welchem Gebiete immer ehrlich selbst ihr Brot zu verdienen, jede Gattin, die das Gesetz als Herrin ihrer Person und ihres Vermögens anerkennt, jede Mutter, die Vormünderin ihrer eigenen Kinder sein darf, diese schwer erkämpften Rechte Susan B. Anthony vor allen anderen zu danken hat.« Auch auf den alten Kontinent herüber reichten die Wirkungen ihrer Persönlichkeit, da von ihr der kräftigste Ansporn zum Kampf um das Frauenstimmrecht ausging. An ihrer Bahre trauert mit ihrem Heimatlande das Frauentum der ganzen Welt.

× **Mutterschutz** Die Bewegung zum Schutze der Mutterschaft kommt in erfreulicher Weise aus dem

Stadium der Kindheit und der Kinderkrankheiten heraus. Statt die Reform der sexuellen Ethik als Sache für sich zu betreiben, greift allmählich die Einsicht Platz, dass praktische, in sozialreformersischen Massnahmen, wie Mutterschaftsversicherung, Stellungnahme zum Neomalthusianismus, zum Ausdruck kommende Ethik zweckentsprechender ist, als die Protagierung ethischer Theorien. In Italien, wo Paolina Schiff schon vor Jahren die Notwendigkeit des Mutterschutzes dartat, ist die Sache schon ein gutes Stück gediehen. Dort gelangt demnächst und mit guten Aussichten ein Gesetz zur Beratung, der die Gründung von Mutterschaftskassen zum Gegenstand hat. Umso eigentümlicher berührt, angesichts solch vorgeschrittener Massnahmen und Gesinnung im Ausland eine Dresdener Notiz, die besagt, dass das neue Statut der Dienstbotenkrankenkasse Schwangerschaft und Entbindungen von den Leistungen der Kasse direkt ausschliesst.

× **Rechtsschutz** Auf einer Frauenrechtsschutzkonferenz, die Ende März in Wien stattfand, wurden an erster Stelle und neben den Erfahrungen der einzelnen Rechtsschutzstellen die Fragen der Notwendigkeit einer Reform der Ehegesetzgebung, der zivilrechtlichen Gleichstellung der Frauen etc. behandelt. Eine unabhängige und stark fortschrittliche Gesinnung bekun-

dete sich auch bei der Besprechung der für die Unehelichen und ihre Mutter zu fordernden Rechte, wie bei den Vorschlägen zur Besserung des Armenrechtes respektive der Behandlung der Armenklientel.

Der *Bund deutscher Frauenvereine* hat in einer Eingabe an das Berliner Polizeiprasidium um Anstellung einer Polizeiasistentin gebeten, wie eine solche bereits seit 3 Jahren und mit bestem Erfolg in Stuttgart zu Schutz und Fürsorge der weiblichen Inhaftierten tätig ist. Für das immer wachsende Arbeitsgebiet musste dort bereits eine zweite Beamtin angestellt werden.

Zwei Eingaben des Vereins *Frauentum* an den preussischen Minister des Innern und den Staatssekretar des Reichsamtes des Innern sprechen den Wunsch aus, dass man sachverständige Frauen zu amtlichen Konferenzen und Arbeiten, zum Beispiel bei Verfolgung des Prostitutionsproblems, der Zustände innerhalb der Heimarbeit etc., heranziehen möge.

Begrüssenswert ist auch eine in jüngster Zeit sich bemerkbar machende Bewegung zu gunsten des sozialen Rechtsschutzes. Nach amerikanischem Muster sollen nun auch bei uns Konsumentenligen gegründet werden, die ihre Kauferkraft nur den Geschäften und Unternehmungen zuwenden, bei denen der Arbeiter durch Tarifverträge in seinem Lohnanspruch geschützt ist. In Bern hat sich bereits eine solche Käuferliga gebildet, die über die Firmen, deren gute Arbeitsbedingungen nachgewiesen sind, weisse Listen führt.

× **Wahlrecht** Das ablehnende Verhalten der schwedischen und österreichischen Sozialdemokratie, einschliesslich der Frauen, zur Frauenstimmrechtsfrage, hat im Lager der bürgerlichen Frauen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, der aber nur beweist, dass die bürgerlichen Frauen kleiner sind, als ihre Sache, während die Sozialdemokratinnen so weit über ihrer Sache stehen, dass sie, wenn die Lage es erheischt, für eine Zeit auf den Kampf um ein selbstverständliches Recht verzichten, diesen Kampf um des Grösseren willen, das auf dem Spiel steht, zeitweilig zurückstellen.

Die protestantischen Frauen Frankreichs sollen das kirchliche Wahlrecht erhalten. Auch in den Vorstand des Berliner Protestantinnenvereins sind kürzlich Frauen aufgenommen worden. Der deutsche Reichs-

tag hat bei einer Besprechung des Vereins- und Versammlungsrechts den Frauen eine platonische Liebeserklärung gemacht; die Regierung blieb stumm.

× **Gewerkschaftliche Organisation** Insgesamt waren nach dem 2. internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1904 organisiert: in Deutschland 48 604 Frauen, in Österreich 14 415, in England 10 340, in Schweden 6 023, in Ungarn 2 099, in Norwegen 221, in Serbien 55, in Bulgarien 27. Angaben aus anderen Ländern fehlen.

In Nürnberg wurde unter Leitung der Genossin Grünberg ein Dienstmädchenverein gegründet; es traten ihm sofort 100 Mitglieder bei, und heute zählt er deren bereits 300.

× **Bildung und Erziehung** Eine auf gründlichster Sachkenntnis beruhende Schrift des Stadtschulrats

Otto Lyon *Die Fortbildungsschule für Mädchen* /Leipzig, Teubner/ fordert energisch und mit guten Gründen sowohl den obligatorischen Fortbildungsunterricht auch für die Mädchen, wie die Eingliederung des Koch- und Haushaltsunterrichts in den Lehrplan der Volksschulen. Lyon ist die Mädchenfortbildungsschule, als Berufsschule gedacht, ein pädagogisches, soziales und wirtschaftliches Ideal, dessen Verwirklichung durch Landesgesetz aber, wie er meint, heute noch nicht möglich ist. Er schlägt daher ortsstatarische Regelung vor. Die jüngst in Preussen erfolgte Ablehnung des Eintritts von Frauen in die Schulverwaltung tut wieder einmal dar, dass man dort in der Tat noch nicht einmal für die selbstverständlichsten Forderungen einfacher Gerechtigkeit reif und zu haben ist. In Nürnberg dagegen ist vor kurzem die Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichtes für Mädchen beschlossen worden.

Der b a d i s c h e Oberschulrat teilt in seinem Jahresbericht mit, dass im Jahre 1905 800 Mädchen in Knabenschulen mitunterrichtet wurden, und zwar 694 in Realschulen, 19 in Oberrealschulen, 39 in Realgymnasien und 52 in humanistischen Gymnasien. Die damit gemachten Erfahrungen sind durchweg gute.

× **Kurze Chronik** Am 29. März ist Natalie von Milde, eine Vertreterin der Bestrebungen des Vereins *Frauenbildung - Frauenstudium*, in Weimar gestorben. × In

London wurde eine Liga proletarischer Frauen gegründet, die zusammen mit der Arbeiterpartei an allen sozialen und politischen Angelegenheiten tätig teilnehmen will. × In Österreich wurde in Fräulein Alice Ritter die erste Beamtin der Gewerbeinspektion angestellt. × Vom *Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands* wurde Genossin Krauss zur Sekretärin ernannt. × Der *Jüdische Frauenbund* hat die Errichtung eines Heims für gefährdete oder gefallene Frauen beschlossen. × Auch in Holland werden Beamtinnen im Falle der Verheiratung entlassen. × Die Pariser *Sorbonne* hat Frau Curie, die geniale Mitentdeckerin des Radiums, auf den Lehrstuhl für Chemie berufen, den ihr so tragisch verunglückter Gatte inne hatte.

× **Literatur** Das Buch Dr. Helene Stöckers *Die Liebe und die Frauen* /Minden,

Bruno/ ist eine Zusammenfassung all der Aufsätze, mit denen die Verfasserin im letzten Jahrzehnt für eine Reform der sexuellen Ethik und eine Umwertung vieler das Frauenleben bestimmenden Werte eingetreten ist. Die Abhandlungen haben den Vorzug der Aktualität, sind aber auch von den Schwächen der aktiven Subjektivität nicht ganz freizusprechen. Man merkt ihnen an, dass sie Kampfpunkte einer kampfesfrohen Natur sind, und sie behaupten manchmal mehr, als sie beweisen. Dagegen verfiert die Verfasserin mit gutem Grund den Standpunkt, dass Intellektualität im Verein mit Erotik beim Weibe nicht minder möglich und nicht minder berechtigt ist, als beim Manne, und dass die Mütterlichkeit durch diese Vereinigung nicht geschädigt, sondern bereichert werde. × *Marriage and race death* von Morrison J. Swift /New York, *The Morrison J. Swift Press*/ hält weniger oder vielmehr gibt etwas ganz anderes, als sein Titel vermuten lässt. Ein ganz kurzes Schlusskapitel ist dem 270 Seiten starken Buch angefügt, in dem davon die Rede ist, dass das arbeitende Weib die alte sexuelle Moral nicht mehr anerkennen und sich weder äusserlich noch innerlich durch sie gebunden fühlen dürfe, dass sie so sehr in den Vordergrund des Schicksals der Rasse gerückt sein werde, dass sie dem Manne in Dingen des Sexuallebens jedes Zugeständnis geradezu aufzwingen könne. Im übrigen aber ist das Buch ein ganz gewiss lesenswerter, wenn schon mit star-

ken Übertreibungen durchsetzer, flammender Protest gegen Cäsarismus, Kapitalismus und Glauben in allen ihren Äusserungen und Ausstrahlungen. Dieser *Revolutionär von ganzem Herzen* predigt zur siegreichen Durchführung seines Vernichtungskrieges gegen diese Drei den Generalweltstreik, die Steuerverweigerung, ja selbst die planmässige Begehung von kleinen Delikten, die zur Überschwemmung und Sprengung der Gefängnisse führen soll. Recht interessant, aber wenig praktikabel. × Auch in katholischen Kreisen kann man sich nicht länger der Einsicht verschliessen, dass die Verhältnisse heute dem Weibe eine ganz andere Stellung in und zu der sozialen Gemeinschaft aufdrängen. Diese Erkenntnisse und die daraus sich ergebenden Folgerungen sind das Bezeichnendste an den *Ratschlägen zur Berufsfrage der Frauen* /Cöln, Bachem/, die Clara Molsberger den katholischen Eltern, Vormündern und Erziehern gibt. Zwar finden sich eigentliche Ratschläge nur für den hausmütterlichen und verwandte Berufe. Die Hauptsache aber ist die Anerkennung, dass auch für das Weib in der Mehrzahl der Fälle berufliche Ausbildung und Berufsarbeit keine Sache der Wahl, sondern ein Muss ist, während noch vor zehn Jahren katholische Sozialpolitiker von einer Berufsarbeit der Frauen nichts wissen wollten.

HENRIETTE FÖRTH

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften

Natur und Gesellschaft In der wissenschaftlichen Welt lodert der hitzige Grenzstreit über die völlige oder partielle Zugehörigkeit der Soziologie zu den Natur- oder zu den Geisteswissenschaften noch mit ungeschwächter Kraft fort, und ein Friedensschluss zwischen den feindlichen Heerlagern dürfte noch in weiter Ferne liegen. Doch sind immerhin erfreuliche Anzeichen eines vertieften Nachdenkens über die Eigenart der soziologischen Probleme in beiden Lagern wohl zu entdecken. Der extreme Darwinist Schallmayer sieht in der Geschichte der Gesellschaft doch schon mehr, als ein blosses Stück Naturgeschichte. Über dem Tierreich schichtet sich das Menschenreich mit seinen sozialen Zwangsgeboten und seinen selbst gesetzten Zwecken. Schallmayer räumt rückhaltlos die gewaltige Kraft der den Daseinskampf umgestal-

tenden und die Auslese beeinflussenden menschlichen Intelligenz ein. Mit der Zunahme des menschlichen Intellekts tritt nach Schallmayer eine Rückbildung der menschlichen Sozialinstinkte ein. Die menschliche Einsicht führt zu einer äusseren Regelung des sozialen Lebens durch äusseren Zwang und bindende Sitte.

Dem Ringen nach Klarheit über das Verhältnis der Soziologie zur Naturwissenschaft verdankt das Buch des Privatdozenten Dr. L. von Wiese *Zur Grundlegung der Gesellschaftslehre* /Jena, Gustav Fischer/ seine Entstehung. Gerade um zu beweisen, wie unzureichend eine blosse naturwissenschaftliche Behandlung der Soziologie für die Darstellung und Erklärung der grundlegenden soziologischen Erscheinungen ist, hat L. von Wiese sein kritisches Messer an das System Herbert Spencers gesetzt. Kein starres Abweisen der Biologie findet sich in den soziologischen Darlegungen Wieses; im Gegenteil, unser Autor gesteht offen ein, dass sich ohne Zuhilfenahme biologischer Gesichtspunkte weder der Einzelwille, noch die Geschichte restlos erklären lasse. Je reicher und eigenartiger sich die menschliche Willenswelt aber entfaltet, um so ungeeigneter erweisen sich nach Wiese die naturwissenschaftlichen Spencerschen Erklärungsversuche der soziologischen Zusammenhänge. Die Spencerschen Grundlegungen reichen nur gerade zur Durchforschung der unzivilisierten Zustände aus. Spencer schaltet den wollenden Menschen in seiner Soziologie aus. Sein Mensch ist hohl und inhaltslos. Nicht die umgebenden äusseren Verhältnisse allein formen den Menschen und die Gesellschaft, sondern der Mensch und die Gesellschaft gestalten die äusseren Verhältnisse. Die inneren Beziehungen werden nicht nur fortwährend den äusseren angepasst, sondern die äusseren werden den inneren angepasst. Die Formel der Integration und Differenzierung, mit der Spencer die soziologischen Entwicklungsphänomene erfassen will, ist nichtssagend. Von allen Vorgängen könne man nach Wiese sagen, dass, wenn sie sich nicht differenzieren, sie sich integrieren müssen. Über das Wie der Integration und Differenzierung schweige sich die Spencersche Formel aus; aber gerade dem Wie gelte unser wissenschaftliches Forschen und Grübeln. Die von Spencer konstruierten Typen der gesellschaftlichen Entwicklung, den

militärischen und industriellen Typus, unterzieht von Wiese einer scharfen Kritik. Keine unüberbrückbare Kluft gähnt zwischen beiden Typen. Die sogenannte *friedliche industrielle Entwicklung* erzeuge eine schroffe Klassenbildung, eine tiefgehende nationale Absonderung, eine einschneidende sittliche Entfremdung der Individuen, kurz, soziale Erscheinungen, die ebenfalls vom militärischen System hervorgerufen werden. Das ökonomische System stelle gegenüber dem kriegerischen den vergeistigten Typus dar.

× Nationalbiologie

Ist man sich der ungeheuren Umwälzungen, die der zwecksetzende Wille in den sozialen und politischen Institutionen hervorrief, völlig bewusst, so lehnt man sich begreiflicherweise sehr energisch gegen die Anwendung darwinistischer Formeln zur Erklärung soziologischer Erscheinungen auf. Man wundert sich daher mit Recht, den Dr. Schallmayer, der doch bereits ein hellsehendes Auge für die Eigenart der gesellschaftlichen Einrichtungen hatte, noch mitten im Lager der Darwinisten zu treffen. Dr. W. Schallmayer gründet auf dem darwinistischen Prinzip der Auslese ein ganzes System nationalbiologischer Politik.

Gerade die Lehre Darwins eröffnet uns nach Schallmayer einen wirklichen Einblick in die Ursachen der aufsteigenden Entwicklung der Menschheit. Die Auslese ist eine unerlässliche Bedingung jeglichen Fortschritts. Die physiologischen Erbwerte menschlicher Gesellschaften, insbesondere ihre sanitäre Tüchtigkeit und ihre psychische Begabung, können nur unter entsprechender Auslese auf der erreichten Durchschnittshöhe erhalten oder noch gesteigert werden. Findet nun unter unseren gegenwärtigen sozialen und kulturellen Verhältnissen, diese Frage stürmt auf Schallmayer ein, tatsächlich eine Vervollkommnung der erblichen Beschaffenheit unseres Volkkörpers statt? Schallmayer verneint diese Frage auf das entschiedenste. In seiner Kritik des privatkapitalistischen Systems nähert er sich sehr dem Sozialismus. Eine Verurteilung des Kapitalismus aus dem Munde eines begeisterten Darwinisten zu hören, hat für uns Sozialdemokraten immer ein grosses Interesse. Der heutige Privatkapitalismus versagt vom nationalbiologischen Standpunkt in zwei grundlegenden Punkten: er spornt nicht jeden zu möglichst wertvollen so-

zialen Leistungen an, und er entfacht bei den erblich Tüchtigsten nicht den grössten Vermehrungsantrieb und die grösste Vermehrungsmöglichkeit. Der Kapitalismus schafft keine äusseren gleichen Wettbewerbsbedingungen, damit alle erblich Tüchtigen ihren Weg nach oben finden und sich in grossem Umfange fortpflanzen können. Unser heutiges Wirtschaftssystem arbeitet nicht im Sinne der natürlichen Auslese. Schallmayer verspricht sich sehr viel von der Beeinflussung der öffentlichen Meinung nach der Richtung hin, dass der Besitz einer grossen Familie ein wichtiger Faktor für das Ansehen jedes rassetüchtigen ehrgeizigen Mannes und jeder rassetüchtigen ehrgeizigen Frau wird. Die öffentliche Hygiene will Schallmayer zu einer praktischen Nationalbiologie erweitern, die nicht nur die Vervollkommnung der Volksgesundheit, sondern auch die Fortpflanzungshygiene, die Vermehrung und Steigerung der erblichen Qualitäten eines Volkes umspannt. Nach einer Richtung hin hat der Gedanke der Keimpflege schon allgemeine Anerkennung gefunden: in der Verhinderung der Fortpflanzung syphilitischer und erblich belasteter Individuen.

Das Vererbungsproblem liegt nun noch sehr im Dunkeln. Die grundlegende Frage der Vererbung erworbener Eigenschaften ist noch ungelöst, doch scheint die Anhängerschaft Weismanns, der diese Vererbung bestreitet, ständig zu wachsen. Aus dem Keimplasma geht das Individuum hervor, und dieses Plasma gibt es nach Weismann nur weiter, es erzeugt kein neues. Von grundlegender Bedeutung für die Steigerung der Erbqualitäten eines Volkes wäre die Beeinflussung des Keimplasmas; aber über diese Beeinflussung wissen wir bisher so gut wie nichts.

In seinen *Beiträgen zu einer Nationalbiologie* /Jena, Costenoble/ beurteilt Dr. Schallmayer die politischen und sozialen Institutionen nach ihrem Werte für den Sozialdienst und für den Rassedienst. Einrichtungen, denen eine hohe Bedeutung für die sozialen Interessen der gegenwärtigen Generation innewohnt, können sich als wenig erspriesslich für die dauernden Interessen der Rasse erweisen.

× Marxismus

Bei allen Einbrüchen des deutschen *Revisionismus* in die Marxschen Theorien vernachlässigte diese Ideenströmung

in der proletarischen Bewegung keineswegs die Pflege der Grundgedanken des Sozialismus. Der Verfasser dieser Zeilen hat in seinem Schriftchen *Mehr Macht!* mit Nachdruck die eminente Bedeutung der Propaganda der sozialistischen Prinzipien für die Emanzipation der Arbeiterklasse hervorgehoben. Im *Revisionismus* arbeitete sich sehr stark die Tendenz heraus, die Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus als das Werk mächtiger, bewusst handelnder ökonomischer und politischer Organisationen erscheinen zu lassen. Menschlicher Wille und menschliches Bewusstsein wurden als schöpferische Potenzen von den *Revisionisten* durchweg ganz anders gewertet, als von den Marxisten.

Die hier unterstrichenen charakteristischen Momente der *revisionistischen* Bewegung kamen jedoch in scharfer prinzipieller Ausprägung und in logischer Aufeinanderfolge in den *revisionistischen* Schriften bisher nicht völlig zum Ausdruck. Erst Rudolf Goldscheid stellte diese Momente in seiner geistvollen Arbeit *Verelendungs- oder Meliorationstheorie?* (Berlin, Verlag der *Sozialistischen Monatshefte*) in das helle Tageslicht.

Zwei in der kapitalistischen Entwicklung arbeitende Tendenzen kann der Sozialpolitiker erfassen: die Tendenz zur Konzentration der Betriebe, des Kapitals und zur proletarischen Verelendung und die Tendenz zur Akkumulation der Arbeitermassen und zur Qualifikation ihrer Willenskraft. Ergibt sich nun nicht aus dem Widerstreit beider Tendenzen ein eigenartig neuer, durch die Marxsche Entwicklungsformel nicht mehr zu erfassender Zustand? Je wichtiger sich die psychologischen Gegentendenzen des Kapitalismus durchsetzen, je kräftiger und erfolgreicher werden die rein ökonomischen Tendenzen des Kapitalismus in den Hintergrund gedrängt. Hiermit wird aber der Zusammenbruch des Kapitalismus aus sich selbst hinausgeschoben. In Deutschland sind bereits die psychologischen Gegentendenzen so in die Breite und Tiefe gewachsen, dass man bei dem Werden des Sozialismus vor allem auf den granitnen, schöpferischen Willen des zu grossen Machtorganisationen zusammengeschweissten Proletariats zu rechnen hat. Bei diesem Stand der Dinge muss man einen tüchtigen Schritt nach vorwärts tun und sich zu dem Ersatz der Verelendungstheorie durch die Meliorationstheorie entschliessen.

Aus dem heissen Ringen der psychischen Tendenz mit der ökonomischen, auf die Verelendung der Massen hinzielenden Tendenz erwächst ein verbessertes, gehobener Zustand der Arbeiterschaft. Jede Melioration hat die Tendenz, einem Niveau zuzudrängen, das höher ist, als jedes vorherige Niveau. Marx eröffnete uns wohl einen tiefen Einblick in die treibenden ökonomischen und psychologischen Kräfte, aber er verbreitete keine Klarheit über den kontinuierlichen Wechsel in dem Verhältnis der beiden Kräfte zu einander, er berücksichtigte nicht, dass die gestiegene Macht des Proletariats fortgesetzt den rein ökonomischen Prozess von seiner naturgemässen Richtung abdrängt.

Nicht eine Reihe mühelos erkämpfter Meliorationen führt das Proletariat von selbst in das Reich des Sozialismus hinüber. Wir dürfen nicht ohne weiteres, da in der Verbesserung der Lebenslage des Proletariats ein die psychologischen Gegenkräfte herabdrückendes Moment liegt, das Mass dieser kontinuierlichen Verbesserung als identisch mit dem Tempo der Bewegung zum Sozialismus erachten. Die intensivste Propaganda des sozialistischen Gedankens hat an die Seite der konservierenden und aufbauenden Tätigkeit des Proletariats zu treten. Diese Propaganda ist die notwendige Voraussetzung für die Begründung sozialistischer Organisationen. Eine Flut von Begeisterung geht durch die Stellen der Goldscheidschen Schrift, die von der Propaganda der sozialistischen Grundgedanken und von der Erweckung eines intensiveren Gefühls der Menschenwürde reden. Der Tag der Ethik, so verkundet er, ist für den Sozialismus gekommen. Der Sozialismus eines Marx und Engels knüpfte an den ökonomischen Liberalismus und an die starke dieser Richtung innewohnende Unterschätzung der Macht der Ideen an. Diese Anknüpfung wurde für den Marxismus verhängnisvoll und beschwor die Krisis in diesem sozialistischen Ideensysteme herauf. Die Befreiung des Sozialismus aus den Banden der Gedankenwelt des ökonomischen Liberalismus strebt Goldscheid mit leidenschaftlicher Energie an, und er legt selbst den Grundstein zu dem Ausbau des Sozialismus als eines ökonomisch-idealistischen Systems. Im revolutionären Idealismus liegt, wie Rudolf Goldscheid in dieser Schrift ausführt, die ganze Zukunft des Sozialismus.

×

×

Neuauflagen David Ricardos kleinere Schriften, I. *Schriften über Getreidezölle* (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister /Jena, Gustav Fischer/) hat Professor Dr. E. Leser ins Deutsche übertragen und eingeleitet. In seinem *Versuch über den Einfluss eines niedrigen Getreidepreises auf den Kapitalgewinn* stellt Ricardo den für die Frage der Getreidezölle so bedeutungsvollen Satz auf, dass ein hoher Getreidezoll einen niedrigen Kapitalgewinn bewirke. Die in dem Ricardoschen Versuche entwickelten Ideen stehen im unmittelbarsten Zusammenhange mit der Ricardoschen Grundrententheorie. Wird nämlich nach Ricardo Getreide billiger eingeführt, als es auf dem etwas besseren Boden zu produzieren ist, so findet ein Rückgang der Rente statt, und eine andere, bessere Bodenqualität wird bloss noch wegen des Kapitalgewinnes bebaut. »Mit jeder Stufe unseres Fortschrittes wächst der Kapitalgewinn und winkt die Rente und wird mehr Boden aufgegeben. Ausserdem spart das Land den ganzen Unterschied zwischen dem Preis, zu dem Getreide angebaut, und demjenigen, zu dem es eingeführt werden kann, auf die ganze Getreidemenge berechnet, die wir vom Ausland beziehen.« In dem Essay *Zollschutz zu gunsten der Landwirtschaft* verbreitet sich Ricardo unter anderem über den Einfluss einer Lohnsteigerung auf den Getreidepreis, über die Wirkung reicher Ernten auf den Getreidepreis, über die Einwirkung eines niedrigen Getreidewertes auf die Höhe des Kapitalgewinnes etc. Diese deutsche Ausgabe der Ricardoschen Schriften ist für jeden Sozialwissenschaftler sehr beachtenswert.

× ×
Kurze Chronik Mitte Februar wurde im Reichstag eine von allen Parteien unterzeichnete Resolution Hitze und Genossen eingebracht, in der die verbündeten Regierungen um Einstellung eines angemessenen Betrags für die Förderung des *Internationalen Instituts für Sozialbibliographie* ersucht wurden. Aus der Denkschrift, die dieses Institut zum Zweck der Unterstützung seiner Bestrebungen den Regierungen unterbreitete, verdient die Tatsache besondere Beachtung, dass die deutsche sozialwissenschaftliche literarische Produktion nach den Ermittlungen des Instituts über 50 % der literarischen Produktion überhaupt beträgt.

Literatur Das *Wörterbuch der Volkswirtschaft* /Jena, Gustav Fischer/ erscheint jetzt in 2., völlig umgearbeiteter Auflage. Das Werk pflegt die nationalökonomische Theorie. Es ist zum Beispiel die Theorie des Anarchismus ausführlich von Carl Grünberg in der ersten Lieferung behandelt worden. Die geistige und moralische Persönlichkeit Bakunins scheint uns von Grünberg sehr verzeichnet zu sein. Unter der Rubrik *Abolitionisten* ist merkwürdigerweise die grosse internationale Bewegung zur Beseitigung der Reglementation der Prostitution nicht berücksichtigt. Herausgegeben wird das zweibändige Wörterbuch von Professor Dr. Ludwig Elster.

Die *Kritischen Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften* bringen in ihrem Februarheft grössere literaturkritische Abhandlungen zur Geschichte und Kritik der neuesten Handelspolitik (Dr. W. Biermann), zur neueren kolonialen Literatur (Professor G. K. Anton), zum humanistischen und realistischen Bildungsprinzip, zur Arbitrage. Die Schrift *Gustave Hervés Leur patrie* wird von Dr. Robert Michels als der Niederschlag der sozialistischen Revisionsbewegung nach links, des in der Bildung begriffenen *revolutionären Revisionismus* hingestellt.

PAUL KAMPFMEYER

KUNST

Dichtkunst

Ibsen †

Nicht unerwartet, in ihrer verwundenden Wahrheit nun dennoch erschütternd, kommt uns die Nachricht vom Tode Henrik Ibsens. Er starb am 23. Mai, 78 Jahre alt, in der Hauptstadt seines Heimatlandes, an Entkräftung des Körpers. Mit den schmächtigen Gedenkzeilen versuchen zu wollen, das Bild dieses Hohen zu skizzieren, wäre frevelhaft. Nur die Augenblicksempfindung darf hier sprechen, die mehr ahnend, als mit kühlem Urteil das Mass der Bereicherung kundtun soll, die uns Henrik Ibsen mitteilte. Und diese Empfindung sagt: Der gigantische Intellekt eines mitleidslosen Künstlers hat uns emporgescheucht aus sentimental Vorurteilen über die so verworren bewerteten Güter der Liebe, des Glaubens, der sozialen Moral, der Freiheit und des Rechtes, auf der irdischen Welt als voll Lebender sich zu gebärden. Meist als Marotte hatte man die verwerfenden Grübeleien der Denker

über alle die Vorurteile angesehen. Erst als Ibsen, der konsequenteste und unbittlichste der Zerstörer, das Theorem im Menschen zum Beweis erstehen liess, begann man langsam, ihm zu glauben. Nicht jeder, wenige nur. Endlich siegten sie, und Ibsens Auge blieb das Auge einer Welt. Von den dichtenden Königen unserer Erde heute war er der natürlichste, man kann sagen: der rationalste. Werden die Namen der anderen genannt, man weiss sofort, wie eng deren Reiche laufen, wie weltweit Henrik Ibsen zu gebieten sich die Macht erkaufte.

× **Kielland** † ×

Der ätzende, verneinende Geist, der mit dem eben verstorbenen Alexander L. Kielland schied, ist in seinen Anfängen von einer formfrohen Zartheit gewesen. Der norwegische Dichter hat erst den dunklen und spitzen Ton des Spottes und des ethischen Verzagens gefunden, nachdem er in der leichten Satire das literarische Heil jugendlich gesucht hatte. Die Stufen seiner Entwicklung sind: gefälliges Beobachten des Lebens, dann vergrämtes Eindringen in das, was hinter diesem Leben verhüllt ist; als Resultat des scharfen Forschens eine herbe, entschlossene Trostlosigkeit. Wie sehr Kielland vom Poeten des Äusserlichen sich vertiefte zum Dolmetscher des so schwer zugänglichen Inneren, wenn man will: auch vom Phantasten zum heftigen Realisten, davon ist noch sein letztes Werk, das Napoléonbuch (*Ringsum Napoléon* /Leipzig, Merseburger/) Zeuge. Es erzählt sehr wenig *Balladen des äusseren Lebens*; es kennt allein das Zerfasern des Gemütes Zug um Zug. Mit diesem Toten ging der Erzähler, der unserer armseligen Gegenwart, die streckenlang kein volles Temperament hinstellt, noch ein befeuernd Vorbild werden könnte.

× **Erzählungen** ×
Die schreibenden Künstler suchen, weil sie der eigenen Schwäche deutlich oder ahnend nur sich bewusst werden, nach Wegweisern. Das zeigt sich so recht an zwei eben auftretenden Erzählern, Gustav Leutelt und Charlotte Knoeckel. Grosse Zeit- und Menschengemälde möchten sie in den *Königshäusern*, in den *Kindern der Gasse* /beides Berlin, S. Fischer/ schaffen. Die Ergebnisse ihrer völkischen Studien, die anschaulichen Szenen aus dem Sein ihrer Gestalten, die jedesmal Bauern- und Ber-

geskinder sind, haben sie gegenwärtig. Doch ist jeglicher von ihnen rührend ungeschickt im Erzählen, das aber ein pragmatisches Schildern hinausgeht. Darum bleibt es dem Leser so furchtbar gleichgültig, was die Wesen der fleissigen, aber ganz trockenen Beschreibung an Schicksalen durchpilgern. Des Romane schönster Schmuck kann die innige Verflechtung der Naturspiele mit den Seelen spielen sein. Von den besten Zeitgenossen gehören eine Ricarda Huch und der immer noch nicht genug bekannte Hermann Stehr in die Gruppe solcher preisenswerten Erzähler. Die Knoeckel und Leutelt wollen ihnen nach. Dass sich derartige Glücksgaben nicht erpressen lassen, hierfür ist ihr Beispiel lehrreich. Die bloss naturalistisch gesehene und skizzierte Situation kann uns gar nicht mehr sagen. Denn nicht die endgültige Wahrheit ist Inhalt der Dichtung, sondern der Schein. Der Schein aber muss so gleissen, dass er im Moment dem verblendeten Auge die einzige Wahrheit bedeutet.

× **Eeden** ×

Von der Sehnsucht nach so holdem Trug könnte es vielleicht kommen, dass man einen fremdsprachlichen Fabulierer, den Holländer Frederik van Eeden, jetzt bei uns liebgewinnt, da sein Buch *Der kleine Johannes* schon 21 Jahre alt wurde. Dieser umfangreiche Roman von 755 Seiten, den Else Otten verdeutschte /Berlin, Schuster & Loeffler/, wird von den Niederländern als eines ihrer hervorragendsten Werke aus der modernen Literatur gerühmt; van Eeden ist das Haupt einer begabten, vorwärtsstürmenden Dichterscholar, deren Pläne und Forderungen er in einem eigenen Organ bestimmte. Selbst ist er Nervenarzt, und seine Vertrautheit mit den Irrwegen des Herzens bekennt er nicht nur durch sehr ergötzliches Verhöhnern der falschen Irrenheiler und ihrer Methodik, sondern auch durch kluges, nur einem Fachmann so gut gelingendes Analysieren des Apostelwahns. Er lässt zwar seinen Träumerhelden, den kleinen Johannes, denken, dass der Heilandschwärmer Markus ein kerngesund- des Geisteskind sei, doch quillt durch den Stil des Erzählers ein feiner, skeptischer Humor, der vor jeder überlauten Tendenz zurückschrickt. Dem kleinen Johannes soll das Wunder vom Werden und Vergehen sich eröffnen. Der Erzähler versinnbildlicht mit körperlichen Spukgestalten das Wirbeln des Kna-

benhirnes. Das ist meistens recht langweilig, insofern, als zu viel Herumwälbern mit Gnomem, Geisterchen und dem winzigen Gesindel der Unterwelt ohne formelle Kunststücklein leicht abspannt. Hat man dies Hindernis jedoch überwunden, dann geht es schön fort. Der kleine Johannes, ein Dichter von Gottes Gnaden, nicht, wie andere, von Kritikern oder Buches Gnaden, kann sich gar nicht zurechtfinden auf der Erde, da man betet und nicht fühlt, da man Verse macht und kalt bleibt, da man von Neigung spricht und rechnet mit praktischer Nüchternheit. Er verliebt sich in einen Diensthofen, der ein tanzendes Zigeunerkind gewesen war, wo er eine veritable Grafentochter hätte heiraten können. Er hält bis ans Sterben zu einem Schwärmer, der mit Gottes Stellvertretern wie mit Schuhputzern umgeht und deshalb im Tollhaus verkommt. Er bezieht schliesslich eine enge, vom Lärm der Not, der Dürftigkeit und des Hungers durchhallte Kammer, obwohl über seinem Bette ein blauer, bestickter Seidenhimmel hätte schimmern können. Dieser kleine Johannes ist ein Glückspilz und ein Tropf zugleich.

Van Eeden will die Wirklichkeit und erzählt ein Märchen. Wenigstens ist das ganze Gewand der Geschichte so märchenhaft ersponnen. Oft ist die Sprache bilderreich, erinnernd an romantische Ausdrucksform. Die Quintessenz der Weltanschauung ist ein milder Willen nach dem Glücke aller Welt, eine beherzigenswerte Scheu vor jedem, was nicht im schnurgeraden Geleise der Wahrhaftigkeit, der Treue und der Reinheit aus menschlichen Seelen entfließt. Und weil keine imaginären Motive in dem Roman eine Rolle spielen, sondern die eingeborenen, unverdorbenen Instinkte, so dürfte sich mancher aus dem Märchen grössere Erquickung holen, als aus jenen Büchern, die mit ihrer ungeschminkten Wiedergabe des Natürlichen prunken.

✕ **Schnitzlers Ruf** Dem Rufe des Lebens **des Lebens** dann zu folgen, wenn der Tod nach Opfern ausgeht, ist ein heldenhaft Wagnis. Entweder tun dies Wagnis die vom Blut Gehetzten. Man meint, dass Frauen derartiger Verzücktheit fähiger sind, als Männer. Oder es sprengen dem Rufe nach Ruhmlüsterne, entsetzlich Kühne, die mit

in einem Schwertstreich die ganze Welt sich erobern können. Diese beiden flammenden Regungen aufzischen, blitzschnell verzüngeln zu lassen: ich wüsste nicht, was eines Dramatikers mehr wert sein sollte. Dass Schnitzler den prächtigsten Stoff, den er je erfand, in seinem *Ruf des Lebens* /Berlin, S. Fischer/ verdorben hat, wie noch nie einen, ist sehr beklagenswert. Das konnte als künstlerisches Ende des Dichters aber nur die Menge jener Kritiker ausposaunen, die ihr Urteil auf eine Stimmung begründen, nicht auf ein sorgsames, liebevolles Prüfen.

✕ **Kurze Chronik** Unter dem Titel *Entrecht* /Leipzig, Spohr/ sammelt Paul Hamacher apologetische Aufsätze für das Urningtum und einige herzlich schlecht gereimte Lyrik, die in das Innere des homosexuellen Mannes will schauen lassen. Dass beides, die Prosa und die Poesie, gleich wertlos sind, liegt nicht am Stofflichen. ✕ Über die Anfänge des nicht ganz unbegabten lyrischen Dilettantismus kann noch nicht hinaus Frido Lindemann in seinem Bande *Wir wandern* /Leipzig, Seele/. ✕ Walter Turzinsky ist ein Skizzenschreiber, der Leute mit Berliner Dialekt und Grossstadtmanieren geseicht reden und handeln lässt. Nur ist er kein Dichter, kein Erfinder. Wo er objektiv schildern kann, versagt er nicht. So ist die kleine Geschichte *Der alte Löwinoohn*, die dem ganzen Bändchen ihren Titel gab /Berlin, Freund/ besser gelungen, als zum Beispiel die schablonenmässig erfasste *Hochzeitsnacht* und das am Ende gänzlich missratene *Regimentsfest*. ✕ Die Pariser Nationalbibliothek veranstaltet gegenwärtig eine sehr interessante und lehrreiche Ausstellung von 300 000 literarischen Porträts, die eine anschauliche Illustration zur französischen Geistesgeschichte bieten. ✕ 300 Jahre sind am 6. Juni seit Pierre Corneilles Geburtstag verflossen. ✕ Der niederdeutsche Dichter Fritz Stavenhagen ist, kaum 30jährig, in Hamburg gestorben. Er besass ein sehr kräftiges, zu vielen Hoffnungen berechtigendes Dramatikertemperament. Die Jugendjahre der Not hatten ihn krank gemacht, und so musste er fortgehen, jetzt gerade, da er die ersten Früchte seiner Arbeit zu ernten begann. MAX HOCHDOORF